

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte

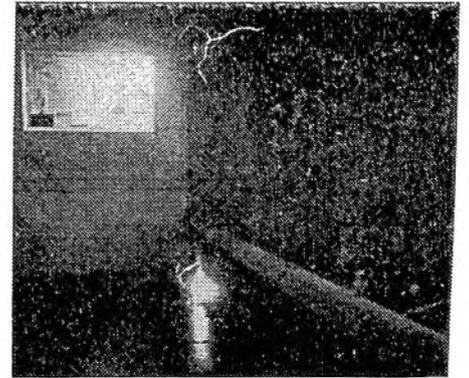
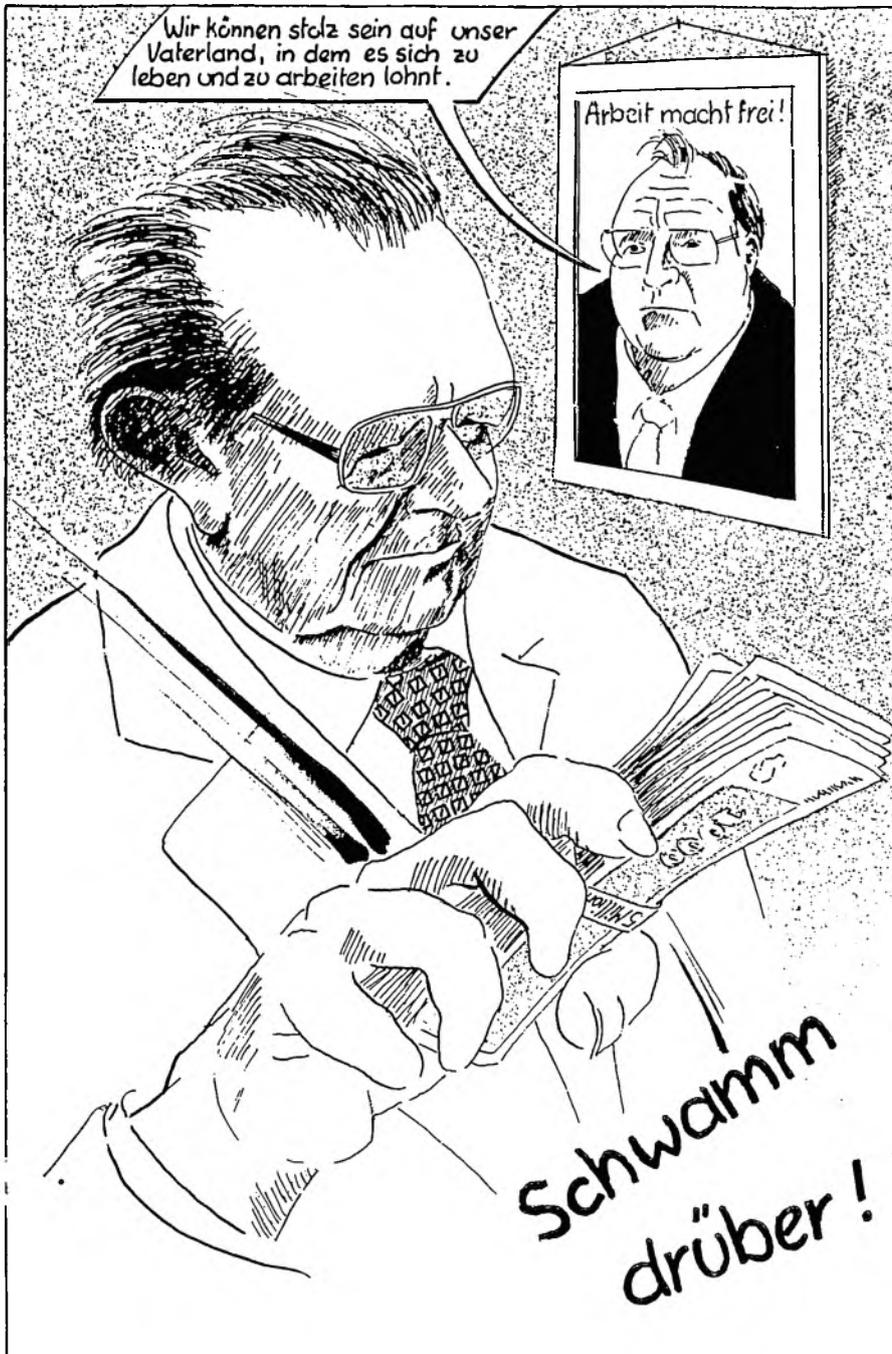


25. Januar 1986
Jg. 7 Nr. 2

G 7756 D

Preis:
2,50

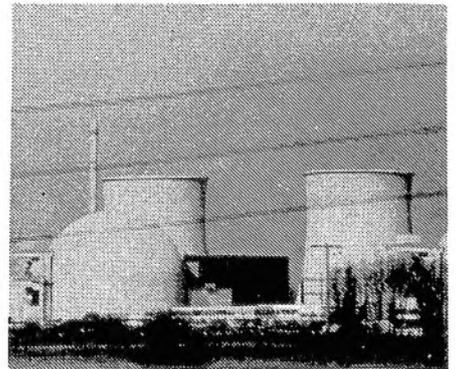
«Entschädigung» für vierzigtausend Zwangsarbeiter bei Flick



"Unfallverhütungsbericht": Die Blutspur der Konjunktur – Kritik der Gewerbeaufsicht nötig Seite 10



Bundestagswahlen 1987: Dokumentation der Beratung revolutionärer Sozialisten Seite 2 und 16



50 Jahre Energiewirtschaftsgesetz: "Rekommunalisierung": Reformkonzept der Grünen zu Struktur und Recht der Energiewirtschaft Seite 36

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK • 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Libyen: US-Wirtschaftssanktionen – kein Ersatz, sondern Vorbereitung für Militäraktion 4

NS-Verfolgte: Bürgerliche bekämpfen Rechtsansprüche 7

Öffentlicher Dienst: Zimmermanns Angebot enthält nur Hinterhältigkeiten 7

Auto-Jubiläum: 100 Jahre Daimler-Benz. Kein Grund zum Feiern! 8
 Radträgermontage: Angst vorm nächsten Tag 9

Unfallverhütungsbericht: Die Blutspur der Konjunktur – Kritik der Gewerbeaufsicht nötig 10
 Dokumente zur Gewerbeaufsicht 11

Auslandsberichterstattung

Südafrika/Azania: Gencor entläßt 20000 Streikende 12

Spanien: Enthaltung der Reaktiönäre beim Referendum 12

Indien: Neue Politik in regionalen Angelegenheiten 12

Kanada: Diverse Kapitalimporte, Freihandel umstritten 13

Brasilien: Die Mittelschichten haben zur Ablösung der Militärs beigetragen 13

Internationale Meldungen 14

Aus Parteien und Verbänden

Bundestagswahlen: Dokumentation über die Beratung revolutionärer Sozialisten 16
 Bericht/Stellungnahme des Roten Morgen 16
 BWK: Zu den Bedingungen und Möglichkeiten unserer Politik 16
 Position des Politischen Büros der GIM zu den kommenden Wahlen... 17
 Die revolutionären Sozialisten und die Bundestagswahlen – Eine erste Stellungnahme der AzD-Redaktion 18
 Aufruf der MLPD zur Aktionseinheit bei den Bundestagswahlen '87. 20

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

IBM: Erst Sonderschichten, dann Zwangsurlaub 22

Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen bzw. Vertreter von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD, PA

*

Mitteilung

Ergebnisse der Beratung über die bevorstehenden Bundestagswahlen '87 vom 11. Januar 1986

Zu Beratungen über die Bundestagswahlen '87, um eine Kandidatur revolutionärer Sozialisten zu prüfen, hatte das Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD, PA zu einer Sitzung am 11. Januar 1986 folgende Organisationen eingeladen:

Arbeiterpolitik, Arbeiterbund f. d. Wiederaufbau der KPD, Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA), Gruppe IV. Internationale, IMK Nürnberg, Kommunistischer Bund (KB), KPD, KG Ulm, Marxistische Gruppe (MG), MLPD, SAG.

An den Beratungen nahmen Vertreter folgender Organisationen teil: BWK, FAU-HD (A), GIM, Gruppe IV. Internationale, KG (NHT), KPD, MLPD. Schriftliche Stellungnahmen bzw. Vorschläge legten GIM, KG (NHT) und MLPD vor.

Positiv zu dem Vorschlag der GIM, zwecks Beteiligung an den Wahlen eine Aktionseinheit revolutionärer Sozialisten zu bilden, äußerten sich BWK, FAU-HD (A) und KPD.

Gegen die Bildung einer Kommission, die eine weitere Beratung am 9.3.1986 vorbereiten soll, sprach nur die MLPD.

Über die Aufgaben dieser Kommission bestand ansonsten Konsens unter den Anwesenden.

Sie soll anknüpfen an der Wahlplattform, die 1983 dem BWK und der KPD als Grundlage einer Kandidatur auf wechselseitig offenen Listen gedient hat. Sie soll die politischen Aufgaben, die der kommende Wahlkampf stellt, so zusammenfassen, daß das Streben nach inhaltlicher Zusammenarbeit auch mit solchen Kräften, die nicht für eine Kandidatur sind, deutlich wird. Sie soll dabei die bereits vorliegenden Stellungnahmen und Vorschläge (GIM, MLPD, KG (NHT)) berücksichtigen und weitere einholen.

Die Organisationen sollen Vertreter für die Kommission benennen. Die Sitzungen der Kommission sind darüber hinaus interessierten Organisationen zugänglich.

Geschäftsführung des Präsidiums der Vollversammlung der Leitungen bzw. Vertreter von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, GIM, KG (NHT), KPD und PA

Palamentsminderheit kann ausgeschaltet werden

Das Bundesverfassungsgericht hat den Ausschluß von Bundestagsfraktionen – im konkreten Fall der GRÜNEN – von der Kontrolle der Geheimdienste und dem geheim zu beratenden Teil des Zivilschutzes bekräftigt. Da dies der Parlamentsmehrheit grundsätzlich unter bestimmten Bedingungen den Ausschluß einer politischen Strömung und die Änderung der Geschäftsordnung (GOBT) des Bundestages durch ein Gesetz erlaubt, bahnt es den Weg zu einem Ermächtigungsgesetz. Zeitungen wie das Handelsblatt äußern, daß das Urteil "erhebliche Auswirkungen auf das künftige Verhältnis von Mehrheiten und Minderheiten im Parlament habe". Hatte laut Grundgesetz die Regierung Gesetze (z.B. Bundeshaushalt) zuvor allen Abgeordneten vorzulegen, so waren die Mittel für die Geheimdienste bereits vor Einzug der Grünen ins Parlament nur noch einem aus unter 10 Abgeordneten bestehenden Unterausschuß des Haushaltsausschusses (entsprechend der GOBT Mitglieder aller Fraktionen) in Details bekannt. Die Grünen verlangten nach den Wahlen Zugang, die CDU-CSU/FDP benutzte ihre Mehrheit dafür, mit den Haushaltsbegleitgesetzen 1983 diese Farce bürgerlicher Demokratie zu schlachten.

Jetzt kennt das Parlament nur die Gesamtsumme für die Geheimdienste, ein fünfköpfiger Ausschuß befaßt sich nach Verabschiedung eines Blankoschecks für die Geheimdienste mit den Einzelplänen. Mitglied wird, wer vom Parlament mehrheitlich als Person gewählt wird. Zwei Verfassungsrichter kritisieren den Weg über ein Gesetz statt über die Geschäftsordnung (2/3-Mehrheit) wie den Ausschluß der Fraktion der Grünen. Grüne und SPD spekulieren auf Hilfe der Liberalen für eine Änderung dieses Schritts der Faschisierung. – (düb)

IGM-Vorstand: Lohnbewegung mit Tariffdifferenzierung?

Erstmals hat der Vorstand der IG Metall den Tarifkommissionen nicht ein einheitliches Volumen für Lohnforderungen vorgeschlagen, sondern eine "Bandbreite von 6 bis 7,5%". Diese Spanne ist erheblich. Immerhin ist eine Forderung von 6% um 20% niedriger als eine von 7,5%. Entsprechende Abschlüsse würden die regionalen Tarife differenzieren, die effektiven Löhne erfahrungsgemäß noch stärker. Vorstandsmitglied Hans Janßen begründete die "Bandbreite" sowohl mit dem § 116 AFG als auch mit "unterschiedlichen tarifpolitischen Gegebenheiten" in den Tarifbezirken. (FAZ, 17.1.1986)

Die Empfehlung des IGM-Vorstands

macht schon bei der Aufstellung der Lohnforderungen Zugeständnisse. Sie signalisiert Bereitschaft zu einer stärkeren Differenzierung der Löhne nach Regionen und Branchen, wie sie seit Monaten von Kapitalisten, bürgerlicher Politik und Wissenschaft gefordert wird. Und sie gibt in der Sache dem Zweck der geplanten AFG-Änderung nach: bundesweit einheitliche tarifliche Regelungen Zug um Zug zu beseitigen.

Stumpfe, Präsident von Gesamtmetall, lehnte die Höhe der Empfehlung obligatorisch ab. Er kündigte eine "angemessene Beteiligung" der Beschäftigten am Erfolg der Metallunternehmen an. (Stuttgarter Zeitung, 18.1.1986) Das ist die Bekräftigung der Absicht, tarifliche Lohnbestandteile vom Geschäftserfolg der Unternehmen abhängig zu machen. - (rok)

informationen informationen informationen Januar 1986

Die BRD gibt dem südafrikanischen Regime, wie viele wissen, volle Rückendeckung. Meist weniger bekannt ist, wofür Südafrika die finanzielle, politische und militärische Unterstützung der BRD und anderer westlicher Mächte auch bekommt: für den Krieg gegen die Länder im südlichen Afrika.

"Zimbabwe unter der Drohung einer Invasion", meldet die Zeitschrift "AFRICASIA" im Januar. Südafrika macht Zimbabwe für die Explosion mehrerer Landminen in Nord-Transvaal verantwortlich. Das Regime ließ im Dezember starke Truppeneinheiten an der Grenze zu Zimbabwe aufmarschieren und kündigte militärische Vergeltungsschläge gegen den nördlichen Nachbarn an. Bereits 1982 hatte Südafrika einen Luftwaffenstützpunkt in Zimbabwe angegriffen.

Namibia wird von Südafrika gegen alles Völkerrecht besetzt gehalten. Gegen Angola, Mosambik, Botswana, Lesotho, Zimbabwe und andere afrikanische Länder entfaltet das Regime alle Mittel wirtschaftlicher und politischer Destabilisierung bis hin zu militärischen Aggressionen. Der verstorbene Vorsitzende der azanischen Befreiungsorganisation Pan Africanist Congress (PAC), J.N. Pokela, hatte die Rolle Südafrikas auf dem ersten Parteitag der ZANU im befreiten Zimbabwe 1984 so charakterisiert: "Der Imperialismus will durch das rassistische Siedler-Südafrika Afrika zurückerobern. Bevor es zu spät ist, Genossen, muß Südafrika erkannt werden als das, was es ist: eine imperialistische Basis, die benutzt wird und zukünftig benutzt werden wird, um den afrikanischen Kontinent zurückzuerobern."

Die westlichen Medien wissen nur zu gut, warum sie über den Krieg Südafrikas schweigen. Der PAC dagegen plant für die Zukunft die Verstärkung seiner Informationsarbeit u.a. in der BRD. Im Februar wird der PAC-Vorsitzende Johnson Mlambo auf Veranstaltungen in folgenden Städten in der BRD sprechen: Dienstag, den 18.2., in **Hamburg**; Mittwoch, den 19.2., in **Dortmund**; Freitag, den 21.2., in **München**; Samstag, den 22.2., in **Stuttgart**. Die Rundreise ist mit einer Sammlung verbunden, die die Anschaffung notwendiger Büroeinrichtungen ermöglichen soll, um eine regelmäßige, unzensierte, allein vom Wunsch des azanischen Volkes nach Befreiung bestimmte Informationsverbindung zwischen dem südlichen Afrika und der BRD zu schaffen.

Spendenkonto: R. Lötzer, BfG Köln, Kt.-Nr.

21 54 42 46 00 (BLZ 370 101 11)

Anzeige

Materialien zur Kommunalpolitik des BWK

Aus dem Inhalt: Grundlagen der Kommunalpolitik des BWK; Geschichte und Kritik der kommunalen Selbstverwaltung; Sozialstaatsprinzip und Subsidiaritätsprinzip; Kommunalwirtschaft und Gemeinwirtschaft; Kommunale Einrichtungen und Leistungen; Kommunalwahlrecht für Ausländer

Herausgegeben vom Bund Westdeutscher Kommunisten Preis 6,00 DM

Zu beziehen über:
GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

Gewerbsteuer: CSU, FDP und IHK beginnen eine Kampagne zur Senkung 22

Privatisierung: Gesundheitsversorgung nur noch als Kostenfaktor gesehen. 23

Dortmund: Hertie zu - 410 Entlassungen 23

Mord an R. Avci: Türkische Organisationen vereint im Kampf gegen den Rassismus. 24

"Schwarze Sheriffs": Verträge werden nicht verlängert 25

VGH: "Demonstrationsgebühren" weiter möglich. 25

Hannover: Viele Initiativen üben Kritik an der Stadt. 26
"Die Wirtschaftskraft stärken" ... 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung. 28

Kommunalwahlen Schleswig-Holstein: Chancen für weitere Frontpolitik mit den Kieler Grünen 29

Kultur und Wissenschaft - Diskussionsbeiträge

Arbeitsmaterialien: Arbeitsbedingte Krankheit und Gesundheitsverschleiß 30
Arbeitsbelastungen und Krankheit 30
Husten und Waldsterben 30
Sind Frauen häufiger krank? 30
Arbeitsschutz und Unfallforschung 30
Statistik der Betriebskrankenkassen. 30
Arbeit darf nicht krank machen!.. 31
Ein Reaktionär andersgleichem ... 31

Erzieherausbildung: Einschöpfung auf Erziehung in der Familie . 31

Vergewaltigung in der Ehe II: Vom Frühkapitalismus bis zu den "Alternativprofessoren" 32

Berufsverbote in der BRD II: Rechtliche Grundlagen und Anwendung 34

Spezialberichte

Energiewirtschaftsgesetz: "Rekommunalisierung": Reformkonzept der Grünen. 36
Antrag der Grünen zum Energiewirtschaftsgesetz 36

Titelbild: Karikatur: sip, Göttingen

Libyen

US-Wirtschaftssanktionen – kein Ersatz, sondern Vorbereitung für Militäraction der Imperialisten

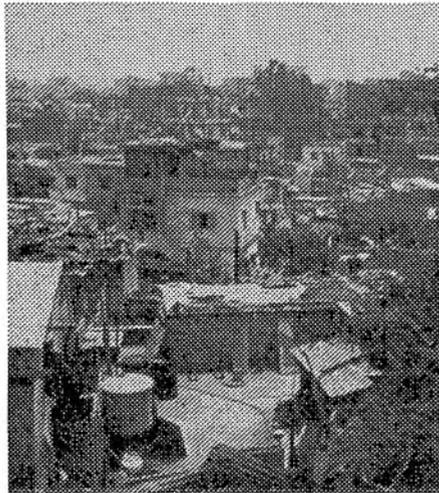
Auch wenn sich Reagan erst einmal für Boykott statt direkt für Bomben gegen Libyen entschieden hat, bleibt die militärische Lage im Mittelmeer zum Zerreißen gespannt. Mit der "Saratoga" ist letzte Woche ein zweiter US-Flugzeugträger ins Mittelmeer verlegt worden. Amerikanische Flakgeschütze wurden aus Nordeuropa auf NATO-Stützpunkte in Sizilien geschafft. Die griechische und die italienische Regierung sahen sich genötigt zu erklären, die NATO-Basen in ihren Ländern dürften nur für Aktionen im Geltungsbereich des Bündnisses (also z.B. nicht gegen Libyen) genutzt werden.

Es ist unübersehbar, daß sich die USA die "Option" eines militärischen Überfalls auf Libyen weiter offenhalten. Jetzt hat man's sogar schriftlich, daß der Propaganda- und Wirtschaftskrieg gegen das nordafrikanische Land nur das Vorspiel zu einem militärischen Angriff darstellen soll: Das amerikanische Nachrichtenmagazin "Newsweek" veröffentlichte letzte Woche einen "Sechs-Punkte-Plan" der Reagan-Regierung gegen Libyen.

Der Plan soll bereits im Herbst, also längst vor den Anschlägen in Wien und Rom, ausgearbeitet worden sein. Als Ziel der Propagandakampagne gegen Libyen und Gaddafi wird darin bezeichnet, "ein politisches Klima zu schaffen, in dem die US-Bürger, Westeuropa und sogar ein großer Teil der arabischen Welt eine US-Militäraction gegen Libyen unterstützen – oder wenigstens dafür Verständnis aufbringen – könnten."

Mit rüden Druckmitteln sollen die europäischen Verbündeten auf Vordermann gebracht werden. So müßten Länder, die den Flugverkehr mit Libyen nicht abbrechen oder nicht wenigstens "lästige Sicherheitsmaßnahmen (wie Leibesvisitationen)" einführen, damit rechnen, daß die Passagiere ihrer Fluggesellschaften in den USA solchen entwürdigenden Prozeduren unterworfen würden.

Die jetzt beschlossenen Sanktionen sollen die Wirtschaftskrise, in der sich Libyen durch den Fall des Ölpreises befindet, verschärfen. In den letzten fünf Jahren sind die Einnahmen des Landes aus dem Öllexport von 22 auf 10 Mrd. Dollar jährlich gesunken. Viele Entwicklungsvorhaben – wie z.B.



Das PLO-Hauptquartier in Tunis nach dem israelischen Luftangriff

gigantische Bewässerungsprojekte – sind durch Finanzierungsschwierigkeiten ins Stocken geraten. Zugleich verringern sich die Möglichkeiten, die Klassenwidersprüche im libyschen "Sozialismus" mit reichlich Geld aus der Örente abzupuffern. Jetzt hofft die CIA auf Ansatzpunkte für Subversion und Putschpläne. Freilich hat sich bisher offenbar noch keine Gallionsfigur für einen "prowestlichen" Umsturz in Libyen gefunden.

"Um das offensichtlichste Hindernis für einen militärischen Angriff aus dem Weg zu räumen", schließt der Plan, "müßten die noch in Libyen verbliebenen Amerikaner zur Abreise gezwungen werden." Auf den Aufenthalt von US-Bürgern in Libyen stehen ab 1. Februar zehn Jahre Knast. Freilich: das war nur ein Hinderungsgrund für einen Überfall. US-Bomber könnten durch die Mitte Dezember neu stationierten sowjetischen SAM 5-Raketen abgeschossen werden. Und Operationen zu Lande könnten leicht mit einer verlustreichen Blamage wie in Beirut enden.

Auf jeden Fall müßte ein passender Vorwand gefunden werden. Der wird – so muß man fürchten – nicht lange auf sich warten lassen. Die USA und Israel haben durch ihre Politik selbst den verzweifelten Haß produziert, aus dem Anschläge wie die von Wien und Rom allein entstehen können. Der einzige Überlebende des Kommandos von Rom ist im Flüchtlingslager Schatila geboren, wo 1982 libanesischen Falangisten unter dem Schutz der israelischen Armee hunderte palästinensische

Keine Meisterprüfung für italienischen Arbeiter?

Das Bundessozialgericht in Kassel hat den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg zur Entscheidung darüber angerufen, ob die Staatsangehörigen aus EG-Ländern in der BRD auch Fortbildungsleistungen aus der Arbeitslosenkasse bekommen können, (Akenzeichen: 11/7 RAr 95/84). Ein italienischer Arbeiter hatte dagegen geklagt, daß ihm die Bundesanstalt für Arbeit keinen Fortbildungskurs zum Meister gewährte. Die Bundesanstalt für Arbeit vertritt den Standpunkt, die Vorschriften in den Europäischen Verträgen über die Gleichstellung gelten nur für Leistungen bei Arbeitslosigkeit und nicht auch in vollem Umfang für die berufliche Weiterbildung. Der Prozeß vor dem Bundessozialgericht ist nun bis zur Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs ausgesetzt. Die beteiligten

Sozialgerichte in der BRD sind nach der Leitlinie verfahren: Die ausländischen Arbeiter werden in der BRD gebraucht, aber nur als niedrig qualifizierte Arbeiter, eine Position, die sich häufig in den Stellungnahmen der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Funcke, wiederfindet. – (eve)

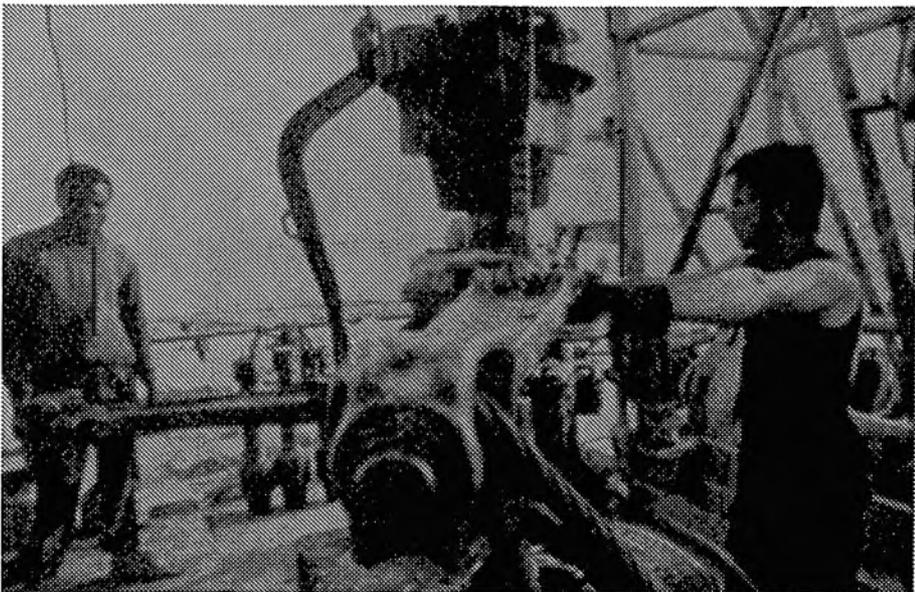
Taubstumm, behindert – der will eine Freifahrkarte?

Die "Bekämpfung des Anspruchsdenkens" der Lohnabhängigen geht weiter. Am 15.1. meldete die "FAZ": "Ein mongoloider, taubstummer Schwerbehinderter, der an Bewegungseinschränkungen der Hände leidet und weder lesen noch schreiben kann, hat keinen Anspruch auf Freifahrten im öffentlichen Nahverkehr. Das hat das Bundessozialgericht in Kassel ohne mündliche Verhandlung entschieden." Begründung des Gerichts: Der Mann "könne größere Strecken zu Fuß zu-

rücklegen." Die "FAZ" ergänzt, der Taubstummer sei 100% erwerbsunfähig. Die Aufhebung von Freifahrten für Schwerbehinderte war eine der ersten "Sparmaßnahmen" der Regierung Kohl. Damit stellten Blüm und Stoltenberg klar, daß künftig jeder Kapitalist und jedes Staatsorgan Lohnabhängige, die nicht oder nicht mehr zur Ausbeutung zur Verfügung stehen, wie Dreck behandeln dürfe. Das hat das Bundessozialgericht nun bekräftigt. (Aktenz. 9a RVs 7/83 – rül)

Prozessbeginn gegen Rheinmetall

Am 15.1. begann vor dem Düsseldorfer Landgericht der Prozess gegen vier Manager des Düsseldorfer Rüstungskonzerns. Sie sind angeklagt wegen der illegalen Ausfuhr von Waffen nach Saudi-Arabien, Argentinien und Südafrika. An das Rassistenregime soll Rheinmetall eine Anlage zum Füllen von 155-mm-Granaten ge-



Amerikanische Arbeiter in Libyen. Inzwischen haben sich schon 1400 Kanadier gemeldet, um die von Reagan zur Heimkehr gezwungenen zu ersetzen.

scher Greise, Frauen und Kinder massakriert haben. In der Tasche trug er einen Zettel mit den Worten: "Da ihr unsere Heimat, unsere Ehre, unser Volk vergewaltigt habt, werden wir überall zuschlagen, sogar gegen eure Kinder, damit ihr die Traurigkeit unserer Kinder empfinden könnt." Er selbst habe sich, so hat er ausgesagt, nach dem israelischen Luftangriff auf Tunis für ein Kommandounternehmen gemeldet.

Mit der Entführung des ägyptischen Flugzeugs im Oktober nach Sizilien hatten die USA signalisiert, daß in ihrem Kreuzzug gegen den "Terrorismus" das Völkerrecht ebensowenig zählt wie ein zur Rettung von Zivilisten zugesichertes freies Geleit. Die Anschläge von Rom und Wien waren denn auch prompt von vornherein als Selbstmordunternehmen angelegt. In Rom ballerten italienische und israelische

"Sicherheitskräfte" so wild um sich, daß ein erheblicher Teil der Opfer von ihnen getötet wurde.

Den objektiven Nutzen aus dem Attentat hatten jedenfalls vor allem die USA und Israel, die schon seit langem einem vom Imperialismus relativ unabhängigen Land wie Libyen eine blutige "Lektion" erteilen wollen und die jede politische Lösung des Nahost-Konflikts durch Verhandlungen mit der PLO ablehnen. War es Zufall, daß die Anschläge ausgerechnet in den beiden westeuropäischen Ländern verübt wurden, deren sozialdemokratisch geführte Regierungen seit langem relativ gute Beziehungen zu PLO unterhalten?!

Weil mit der Kampagne gegen Libyen offenkundig ein Entwicklungsland exemplarisch zum Kuschen gebracht werden soll, kriegt Libyen jetzt in der Dritten Welt breite Unterstützung,

und zwar auch von solchen Regierungen, mit denen es sonst gespannte Beziehungen hat. Die Außenminister der 46 Mitgliedsstaaten der Islamischen Weltkonferenz haben bei ihrer Tagung in Fes Libyen einstimmig ihre Unterstützung zugesichert und die US-Sanktionen verurteilt. Ägypten, das schon mehrfach hart am Rande eines Krieges mit Libyen stand, hat seine Panzertruppen demonstrativ von der Grenze abgezogen und erklärt, sein Territorium stünde für US-Aktionen gegen Nachbarländer nicht zur Verfügung.

Im Vergleich dazu ist das Verhalten der westeuropäischen Staaten, die sich jetzt viel auf ihre "Besonnenheit" zugutehalten, schäbig. Gegen den Wirtschaftsboykott, der einen glatten Völkerrechtsbruch darstellt, haben sie vor allem einzuwenden, Boykotts seien "erfahrungsgemäß" nicht wirksam genug.

Trotzdem bleibt die Frage, warum die europäischen Imperialisten dem amerikanischen Verbündeten in so schnöder Weise die kalte Schulter gezeigt und dadurch womöglich eine "Vertrauenskrise im Bündnis" provoziert haben. Die meisten EG-Länder hatten schon vor der Bekanntgabe der amerikanischen Sanktionen mitgeteilt, sie würden dabei jedenfalls nicht mitmachen. Die Sondersitzung der EG-Außenminister zu dieser Frage, die die USA für absolut vorrangig halten, ist am 21. Januar wegen "Verhinderung" einiger Minister nicht zustande gekommen und findet jetzt am 27. Januar statt, gerade noch einen Tag vor der ohnehin vorgesehenen Routinesitzung. Mehrere Regierungen hielten es für angebracht, ausdrücklich zu betonen, sie würden die Lage nicht nutzen, um die USA aus dem Libyen-Geschäft zu verdrängen. US-Botschafter Burt revanchierte sich

liefert haben. Seit fast sechs Jahren hat die Staatsanwaltschaft ermittelt. Trotz zweier Verhandlungstage wurde die Anklageschrift noch nicht verlesen. Die Rheinmetall-Manager sind gegen eine Kaution von insgesamt 23 Mio. DM auf freiem Fuß. — (rub)

Neue Heimat: Schwerer Druck gegen DGB

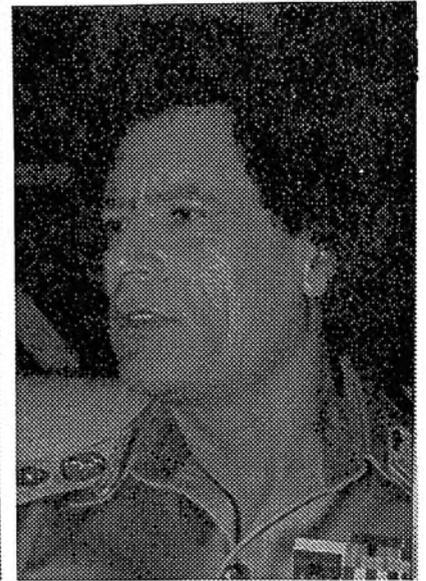
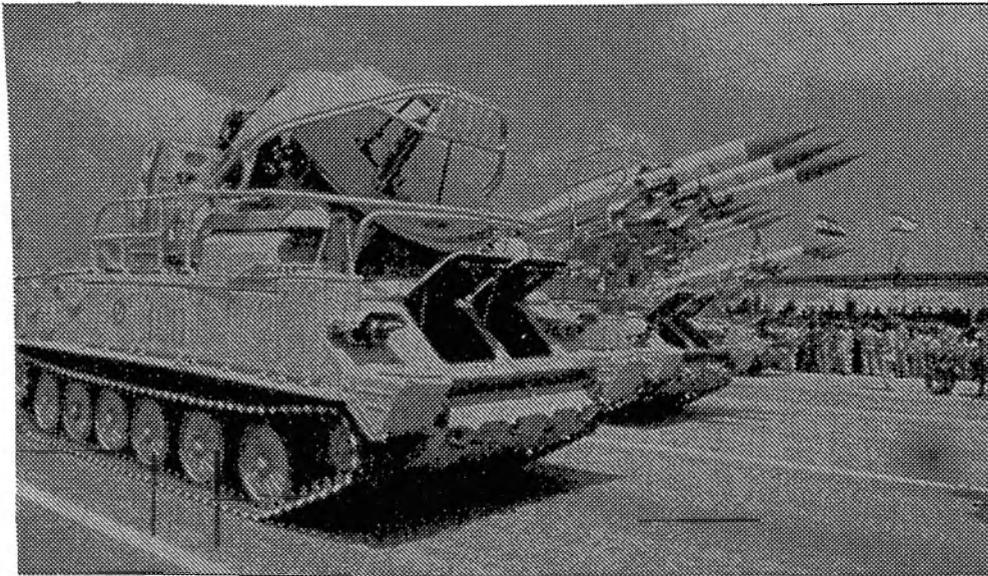
Der Druck von Kapitalisten und Regierung gegen die gewerkschaftliche Neue Heimat und weitere Unternehmen im Besitz der Gewerkschaften nimmt immer schroffere Züge an. Nachdem sich die großen Bankengläubiger Ende des Jahres noch scheinbar mit dem weiteren Verkauf von Wohnungen durch die Neue Heimat zur Bezahlung ihrer Zinsforderungen — die Schulden der Neuen Heimat sollen über 17 Mrd. DM betragen — zufrieden gaben, wollen nun offenbar Bauminister Schneider (CSU), Stoltenberg (CDU) und FDP-Bangemann sowie

Graf Lambsdorff den Kapitalisten helfen, dieses große gewerkschaftliche Unternehmen und evtl. noch weitere zu vernichten. Aus dem Bundesbauministerium wurde lanciert, die Neue Heimat stehe vor dem Bankrott. Der "Spiegel" folgte prompt mit neuen Enthüllungen: die Volksfürsorge und die Bank für Gemeinwirtschaft sollten verkauft werden, um die Neue Heimat zu retten. Stoltenberg forderte vor der CDU-Nordwürttemberg, der DGB solle besser 1 Mrd. DM für die Neue Heimat aufbringen, als dieses Geld "für demagogische Protestaktionen zu verplempern." — (rül)

Exportoffensive: Mehr Steuern von Stoltenberg

Die Exportoffensive der Kapitalisten wird von der Bundesregierung mit hohen Steuerzuschüssen gefördert. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen hervor. Die Grünen hatten

gefragt, wie hoch die Bundesregierung die Hermes-Ausfuhrbürgschaften subventioniere. Hermes ist eine Versicherung, die den Kapitalisten Zahlungsausfälle für exportierte Waren entweder aus den Versicherungsbeiträgen oder, wenn die nicht reichen, aus Steuern ersetzt. In letzter Zeit häufen sich nun Zahlungsausfälle, weil z.B. die belieferte Regierung ihre Devisen schon an westdeutsche oder andere Banken weggezahlt hat. So entstanden 1983 "Schadensfälle" von 1,5 Mrd. DM, von denen 733 Mio. durch staatliche Zuschüsse gedeckt wurden. 1984 stiegen die "Schadensfälle" auf 2,1 Mrd. DM, die Zuschüsse von Stoltenberg auf 1,2 Mrd. DM. Bis 1989 sind weitere Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt von 4,9 Mrd. DM geplant. So kann der Export der Kapitalisten blühen — bleibt die Zahlung für den Plunder aus, zahlt Stoltenberg aus der Lohn- oder Mehrwertsteuer! (BT-Ds. 10/4549 — rül)



"Ich halte die Anwendung von Gewalt für gerechtfertigt, wenn ein koloniales und unterdrücktes Volk seine Befreiung fordert und der Kolonialist oder Unterdrücker nicht aufgeben will." (Gaddafi) – Durch die Stationierung sowjetischer SAM-5-Raketen in Libyen sind Bomberüberfälle der Imperialisten riskanter geworden.

und nannte Kohls Stellungnahme zur Sanktionsfrage eine halbe Stunde später öffentlich "blanke Theorie".

Italien und Westdeutschland sind, seit die USA ab 1981 ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Libyen drastisch reduziert haben, die bei weitem größten Handelspartner und damit Hauptprofiteure im Libyen-Geschäft. Die italienischen Investitionen dort belaufen sich nach US-Angaben auf 1,2 Mrd. Dollar; unter anderem verfügt der Ölkonzern ENI in der früheren Kolonie über "seine" wichtigsten Ölquellen. Die BRD-Imperialisten haben immerhin 200 Mio. Dollar investiert. Die "FAZ" überschrieb einen Artikel: "Blendende Geschäfte mit Tripolis". Die will man sich natürlich ungern durch einen von den USA angezettelten Boykott verderben lassen, der die US-Konkurrenz selbst fast nichts mehr kostet.

Der DIHT-Präsident Wolff von Amerongen hat erklärt, die BRD dürfe sich an einem Boykott Libyens schon aus Rücksicht auf den italienischen Verbündeten nicht beteiligen. Eine bemerkenswerte Aussage. Offenbar sticht umgekehrte Rücksichtnahme auf den US-Verbündeten hier nicht. Das kann nur heißen, das nordafrikanische und namentlich libysche Angelegenheiten von den Europäern allein abgemacht werden sollen und die Amerikaner sich rauszuhalten haben. Mit einem Wort: eine Neuauflage der Parole vom "Mare Nostrum" (Unser Meer), mit der die italienischen Imperialisten im Mittelmeer Kolonialpolitik machten. Auch deutsch-italienische "Zusammenarbeit" – zuletzt unter einem gewissen General Rommel – hat dabei Tradition.

Anscheinend fühlen sich die europäischen Imperialisten heute wirt-

schaftlich und politisch wieder stark genug, ihre eigene Nordafrikapolitik zu betreiben. Vor dreißig Jahren, bei der britisch-französisch-israelischen Aggression gegen Ägypten am Suez-Kanal, zwangen die USA die "Verbündeten" zum Rückzug und warfen sich selbst zur Hegemonialmacht in Nordafrika und im Nahen Osten auf. Der Streit um die Libyen-Politik könnte eine Probe aufs Exempel sein, ob diese historische Niederlage der europäischen Imperialisten wieder rückgängig zu machen ist. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß sich die EG-Imperialisten gegen gehörige Beteiligung an der Beute schließlich an einer US-Militäraktion beteiligen.

Quellenhinweis: FAZ, Le Monde, Wall Street Journal, l'Unità; Newsweek 20.1., Al Hawadeth, 10. u. 17.1., Stat. Bundesamt: Länderbericht Libyen 1984. – (ulg, rül)

Wehrpflichtgesetz im Bundestag

In erster Lesung behandelte am 16.1. jetzt auch der Bundestag den Gesetzentwurf "zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und Verlängerung der Dauer des Grundwehrdienstes". Neben der Verlängerung des Wehrdienstes ab 1989 sollen zur Sicherung der Personalstärke der Armee Ausnahmen vom Wehrdienst drastisch reduziert werden (Kranke, Verheiratete, über 28 Jahre alte Männer). Wörner nennt das Wehrgerechtigkeit. Der Gesetzentwurf beinhaltet darüber hinaus eine Erweiterung der Möglichkeiten für Offiziere, an gesellschaftlichen und politischen Ereignissen in Uniform teilzunehmen. Die SPD sprach sich gegen den Gesetzentwurf aus, da die Verteidigungsfähigkeit der BRD nicht durch die Zahl der präsenten Soldaten, sondern durch deren Motivation und Ausbildung gewährleistet werde.

Die Grünen erklärten durch den Abgeordneten Schierholz, die allgemeine Wehrpflicht sei in Deutschland untrennbar verbunden mit dem preußischen Militarismus; derartige Elemente fänden sich auch im Gesetzentwurf. Die Grünen verlangten, die Wehrpflicht abzubauen und drastisch zu verkürzen. (bundeswehr-aktuell, 20.1.86 – jok)

AOK-Beiträge steigen: Folge zunehmender Überarbeit

169 von 269 Allgemeinen Ortskrankenkassen haben zum 1.1. ihre Beiträge um bis zu 1,8% erhöht. Angestellten- und private Krankenkassen konnten ihre sowieso zumeist niedrigeren Beiträge dagegen konstant halten. In den AOK's ist der Anteil der Lohnabhängigen, die zu schwerster und schlechtbezahlter Arbeit gezwungen sind, höher als in den anderen Kassen. Die steigenden Beitragssätze sind also ein Zeichen für zunehmende

und langwierigere Krankheiten, unter denen diese Lohnabhängigen leiden. Für Kapitalisten und Regierung sind die höheren AOK-Sätze Signal, um weitere "Kostendämpfungen" zu Lasten der Lohnabhängigen zu verlangen. Denn mit den AOK-Sätzen steigen die Krankenversicherungsbeiträge aller Kapitalisten. Diese müssen auch dann den halben Beitragssatz der AOK zahlen, wenn ihre Lohnabhängigen in einer anderen Kasse versichert sind. – (rül)

SPD: "Kompromißvorschlag" zur Versicherungspflicht

Am 8.1. hat Anke Fuchs von der SPD einen Vorschlag zur Sozialversicherung von Lohnabhängigen vorgelegt, denen der Kapitalist weniger als 560 DM im Monat zahlt. Diese sind bisher, so sie unter 410 DM im Monat erhalten, nicht sozialversichert. Zwischen 410 und 560 DM Lohn muß der Kapitalist den vollen Beitrag, inkl. "Arbeit-

NS-Verfolgte

**Bürgerliche bekämpfen
Rechtsansprüche**

Der CSU-Abgeordnete Fellner nahm in der Bundestagsdebatte am 16.1. 1986 seine Äußerung zurück, daß "die Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klumpert". Er hatte damit die Forderung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Flickkonzern solle 6 bis 8 Millionen DM Entschädigung an die Zwangsarbeiter des KZ-Programms "Vernichtung durch Arbeit" zahlen, antisemitisch bedroht. In seiner Erklärung, was er "eigentlich" habe sagen wollen, errichtete Fellner eine Minimalposition der bürgerlichen Parteien, was gegen die Juden vorgebracht werden darf: "Ich wollte eigentlich meine Sorge zum Ausdruck bringen, daß durch die Verknüpfung berechnete Entschädigungsforderungen mit dem Zeitpunkt der Veräußerung des Unternehmens falsche Eindrücke entstehen könnten." Für diesen Beitrag erhielt er Beifall aller Parteien. Er wollte also die Juden davor schützen, daß sie selber den Eindruck erwecken, sie griffen in unverschämter Weise nach deutschem Geld. "Schnell"? Es war der letzte Versuch in vierzigjährigen Bemühungen, den Konzern zu einer Entschädigungszahlung für die Arbeiter zu bewegen, aus deren Leben und Gesundheit das Kapital besteht, das Flick durch persönliche Aneignung "deutsch" machte. Flick zahlte in letzter Minute 5 Millionen aus "humanitären Gründen" und schlug damit alle rechtlichen und moralischen Ansprüche nieder.

Keinen Beifall erhielten in dieser Bundestagsdebatte die Grünen in der ersten Lesung ihres Gesetzentwurfs

"zur Regelung einer angemessenen Versorgung für alle Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in der Zeit von 1933 bis 1945". Das Gesetz soll folgenden Grundsätzen Rechnung tragen: "Alle Menschen, die persönlich in Deutschland oder in von Deutschen besetzten Gebieten auf der Grundlage nationalsozialistischer Politik, Ideologie, Weltanschauung und Wissenschaft verfolgt wurden, haben Ansprüche nach diesem Gesetz." Einbezogen wird damit ein Personenkreis, der nach dem 1956 erlassenen Bundesentschädigungsgesetz ausgeschlossen war, z.B. "die Kommunisten, die Homosexuellen, die Behinderten, die psychisch Kranken, die Zwangssterilisierten". Tatsachen müssen nur glaubhaft gemacht werden. Die Behörde muß, anders als im Bundesentschädigungsgesetz, das Gegenteil beweisen. Anspruch soll bestehen auf eine Rente "bis zur Höhe eines durchschnittlichen Industriearbeiterlohnes in der Metallindustrie" und 30% dieser Summe für jedes Familienmitglied, für das Unterhaltspflicht besteht, dazu lebenslang kostenlose Krankenbehandlung, Kur- und Heilbehandlung, ein jährliches Urlaubsgeld und auf Antrag Ehrenbürgerschaft. "Verfolgten, die als Kriegsgefangene oder Verschleppte zur Arbeit in Deutschland oder den besetzten Gebieten gezwungen wurden, steht der Lohn für die geleistete Arbeit zu."

Die bürgerlichen Parteien sind nicht gewillt, dem Antrag zu folgen. Im Namen aller berief sich der SPD-Abgeordnete Westphal auf Adenauer und zog eine Trennungslinie zu den Grünen, einer "jüngeren Generation, die sich der Leistungen und Bemühungen der Vorgänger in Parlament und Regierung nicht immer bewußt" sei. Auf Würdigung der bisherigen Verdienste zielt demnach der von der SPD verfer-

tigte Antrag ab. Sie verlangt nichts weiter als die Auflistung aller Zahlungen nach den bisherigen Gesetzen. Mit dem einzigen Zusatz, nämlich zu prüfen, ob Zwangssterilisierte auch Rente nach dem Kriegsfolgengesetz erhalten können, hat sie sich zudem für eine billige Lösung entschlossen, da diese Gruppe kinderlos ist.

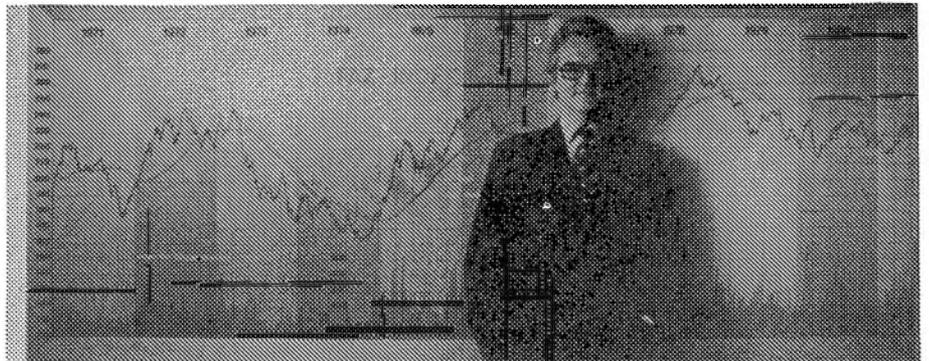
Die FAZ sagt voraus: "Die Grünen können nun damit rechnen, daß ihr Antrag in den Ausschüssen sorgfältig beraten wird." Ganz sicher werden die imperialistischen Sachwalter versuchen, den Gesetzentwurf der Grünen niederzumachen. Jeder Punkt ihres Antrags ist geeignet, Hindernisse für die westdeutsche Bourgeoisie zu errichten, die völkische Auffassungen erneut entwickelt und an Feindbildern außerhalb einer neuen deutschen Volksgemeinschaft arbeitet, die propagandistisch so weit tragen, daß sie den Krieg, den sie vorbereitet, gewinnen kann.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksachen 10/4040, 10/4638; FAZ, 14.1. 1986; Süddeutsche Zeitung, 7.1. bis 18.1. 1986 - (anl)

**Tarifkampf öffentlicher Dienst
Zimmermanns Angebot enthält
nur Hinterhältigkeiten**

In der zweiten Verhandlungsrunde hat Zimmermann angeboten, die Einkommen um 3% zu erhöhen. Die vorgesehene Laufzeit von 14 Monaten entwertet diese Erhöhung auf nicht einmal 2,6%. Eine besondere Anhebung der niedrigsten Einkommen will Zimmermann auf das beschränken, was er für den Beamtenbereich bereits zwangsgesetzlich geregelt hat, die Erhöhung der allgemeinen Zulage von

nehmerbeitrag", zahlen. Mit dem Bundesinnungsmeister des Gebäudereinigerhandwerks trug Anke Fuchs nun einen gemeinsam entwickelten "Kompromiß" vor: künftig sollen die Kapitalisten für Lohnabhängige, denen sie unter 560 DM zahlen, die halben Versicherungsbeiträge zahlen. Der Innungsmeister urteilte, diese Änderung sei "kostenneutral". Die Versicherungspflicht auch für schlechtest bezahlte Teilzeitarbeit ist eine Forderung, die die Gewerkschaften schon lange erheben, um diese Lohnabhängigen zu schützen und den Kapitalisten solche Arbeitsverträge zu verteuern. Der "Kompromiß", den die SPD als Gesetzentwurf einbringen will, verteuert den Kapitalisten den Abschluß solcher Verträge nicht, befreit sie aber von dem Vorwurf, unversicherte Arbeiter/innen auszubeuten. Die Zahl solcher Verträge mit schlechtesten Bezahlung - jetzt ca. 2 Mio. - würde weiter zunehmen. - (rül)



Diese Woche begann der Prozeß gegen den früheren Vorsitzenden der Frankfurter Wertpapierbörse und Gesellschafter der Privatbank Schröder, Münchmeyer und Hengst (SMH), Graf von Galen (Bild). Der Graf - die Familie besitzt u.a. ein Wasserschloß in Westfalen und 4000 ha Grundbesitz - hatte über die SMH-Bank dem Baukonzern Esch fast 900 Mio. DM riskante Kredite geliehen - 4 Prozent höher verzinst als marktüblich. Die Spekulation, diesen enormen Zins aus den Lohnabhängigen der Esch-Gruppe herauszupressen, scheiterte an der Bauflaute, Esch machte Bankrott, die SMH-Bank beinahe auch. Nun ist der Graf angeklagt. Nicht wegen der Zinsen, die er aus den Arbeitern der Esch-Gruppe herausschinden wollte, sondern weil er mit seinen riskanten Krediten beinahe noch andere Banken zu Schaden brachte. - (rül)

40 DM auf 67 DM. Ebenso soll die mit dem neuen Beamtenbesoldungsgesetz beschlossene Förderung der Familien, die sich mehr als zwei Kinder leisten können, auf den Tarifbereich übertragen werden. Die Kürzung der Ausbildungsvergütung in der Krankenpflege und Krankenpflegehilfe will Zimmermann um 50% zurücknehmen. Aber immer noch sollen die Kürzungen zwischen 108,12 DM und 216,17 DM betragen. Dafür verlangt er auch noch, daß diese Ausbildungsvergütungen für 40 Monate eingefroren werden. Die Kosten seines Angebots gibt Zimmermann mit 3,8 Mrd. DM an, was im Durchschnitt eine monatliche Erhöhung unter 100 DM brutto ergibt.

Für diejenigen, die von der Erhöhung der allgemeinen Zulage profitieren, wird aber nicht einmal diese durchschnittliche Erhöhung herauskommen. Für eine Pflegehelferin, 23 Jahre, verheiratet, keine Kinder würde das Angebot gerade eine Erhöhung um 89,36 DM erbringen. Dabei profitieren keineswegs alle, die aufgrund ihres niedrigen Einkommens eine besondere Erhöhung unbedingt benötigen, von der Erhöhung der allgemeinen Zulage. So bekommt eine Krankenpflegehelferin (Kr. III, 26 Jahre, verheiratet, keine Kinder, derzeitiges Monatseinkommen 2455,68 DM) bereits jetzt die allgemeine Zulage von 67 DM. Ihr will Zimmermann gerade eine Erhöhung des monatlichen Bruttoeinkommens um 71,27 DM zubilligen. Besonders perfide ist, daß Zimmermann auch die Erhöhung des Sozial- bzw. Ortszuschlages für Familien, die sich mehr als zwei Kinder leisten können, als "soziale Komponente" aus gibt. Während nach dem neuen Beamtenbesoldungsgesetz der Kinderanteil für zwei Kinder um ganze 2,85 DM erhöht wird, wird er für Familien mit drei Kindern um 64,61 DM und für solche mit vier Kindern um 81,56 DM erhöht. Weil nur ein höheres Einkommen eine größere Kinderzahl ermöglicht, wird die Folge von Zimmermanns Angebot sein, daß die Differenz zwischen den Niedrigeinkommen und den Einkommen im höheren Dienst größer wird.

Die weiterhin gekündigte Vergütungsordnung hat es dem Dienstherrn bereits in der Vergangenheit ermöglicht, ohne Tarifverhandlungen die Anfangsgehälter zu senken, und für bestimmte Gehaltsgruppen hat er es bereits praktiziert. Mit der Absenkung der Ausbildungsvergütung in der Krankenpflege wird die Differenz zwischen Ausbildungsvergütung und Anfangsgehalt größer. Die Absicht, die Absenkung der Anfangsgehälter zu verallgemeinern, wird deutlich. Damit dient diese Absenkung dem Ziel, das der Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Kirchner, formulierte: einen "Einstiegslohn" unterhalb des jetzigen Normallohnes zu schaffen. — (kar)

Auto-Jubiläum

100 Jahre Daimler-Benz Kein Grund zum Feiern!

Zur Feier von Daimler-Benz als "Symbol der Überlegenheit" (Stuttgarter Zeitung, 17.1.1986) geben sie sich gern die Ehre: Späth, Kohl und v. Weizsäcker. Der Kritik dient die Broschüre "100 Jahre Daimler-Benz — Kein Grund zum Feiern!", herausgegeben von einer Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Anti-Apartheid-Bewegung Stuttgart, der Plakat-Gruppe Daimler-Benz Untertürkheim (c/o P. Grohmann, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1) und der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (Landesverband Baden-Württemberg) (c/o GNN, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1). Im folgenden ein Auszug aus dieser Broschüre (36 S., A4, 2 DM), die über o.g. Adressen bezogen werden kann.

Einen Mercedes gibt es für jeden Einsatz und jedes Gelände.

Aus der Serie der größten Nutzfahrzeughersteller in Europa mit dem vielseitigsten Programm erhalten auch die Bundeswehr und andere Armeen ihre Transportfahrzeuge. Alles, was Mercedes-Benz hier in aller Welt erfolgreich macht, gilt auch für die Mercedes-Benz in militärischen Bereichen. Die Qualität der Fahrzeuge, die für harteste Bedingungen geschaffen sind, und ein Programm für den besten Kundendienst.

Robuste, kraftvolle Motoren mit einem sicheren Kühlsystem und das dichteste Kurbelgehäuse mit dem größten Wertigkeit/Kapazität-Verhältnis aller Hersteller in Europa.

Mercedes-Benz 

Obige Fotomontage (Leo A4-Kampfpfanzter unterlegt einer Werbeanzeige von Daimler) stammt aus der Ausstellungsmappe "keine teststrecke in boxberg", herausgegeben von der BUNDSCHUH-Genossenschaft, Realisation: Hans Peter Kaiser, Bernhard Salzer.

Einstellungspolitik 1986: PKW-Produktion: + 11% Belegschaft: + 2%

Am Vorabend des 100-jährigen Autojubiläums macht man in der Untertürkheimer Konzernzentrale wieder einmal in Selbstbeweihräucherung: Seit August 1984 hat die Daimler-Benz AG über 4000 neu eingestellt. Wie setzen sich diese Einstellungszahlen zusammen?

Es sind zwei Hauptfaktoren: Zum einen die weiter ausgebauten Stellen auf dem PKW-Markt verbunden mit Produktionssteigerungen, zum anderen die Beschäftigungseffekte der Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden pro Woche.

Die Daimler-Benz AG hat in ihrem speziellen Marktsegment — den oberen Mittelklasse- und den Oberklassekarossen — der Konkurrenz auch im vergangenen Jahr Marktanteile streitig gemacht und rund 18% mehr Autos produziert als im Vorjahr (Vergleichszeitraum Januar bis Oktober). Dies ging zu einem großen Teil zu Lasten der in- und ausländischen Konkurrenten. Schon an dieser Stelle muß die Frage gestellt werden: Ist es nicht die normalste Sache der Welt, daß bei die-

sen Produktionssteigerungen auch neu eingestellt werden muß? Für 1986 soll die Produktion um weitere 11% steigen, aber nur 2% mehr Beschäftigte sollen neu eingestellt werden. Muß man nicht gleich eine zweite Frage anschließen: Was bedeutet diese Mehrproduktion bei nur geringfügiger Mehrbeschäftigung für die Arbeitsbedingungen der Belegschaft? Und: Wird der Durchmarsch von Daimler-Benz auf dem PKW-Markt nicht bei anderen PKW-Herstellern zu Personalabbau führen? ...

Ausländerabbau: Personalpolitik mit Hintergrund

... Hüseyin ist 30 Jahre alt, hat den größten Teil seines Lebens hier in der BRD verbracht und spricht deshalb gut deutsch. Er hat bisher in einem anderen Stuttgarter Metallbetrieb gearbeitet. Er hat keinen Beruf gelernt, aber inzwischen einige Erfahrungen in der Metallverarbeitung und auch noch nebenher Qualifikationen erworben — einen "Schweißer-Schein" z.B. Sein alter Betrieb hat Personal abgebaut und er seine Stelle verloren. Weil sein Vater seit fast 20 Jahren bei Daimler in der Gießerei arbeitet, will er jetzt auch "zum Daimler". Am Tor steht es

Radträgermontage: Angst vorm nächsten Tag

In den Montagebereichen fallen für die Firmen der Autoindustrie etwa 40% der gesamten Personalkosten an. Dort ist der Anteil der Handarbeitsplätze noch am größten, dort sind Rationalisierungs- Schwerpunkte, wo der Einbau automatischer Stationen genauso vorangetrieben wird wie die Leistungsverdichtung.

In der Radträger-Montage werden verschiedene Streben mit stabilisierender Funktion zum fertigen Radträger montiert, der das Rad des Autos mit dem Hinterachsträger verbindet. Die Abteilung besteht aus einer vollautomatischen Montagetransferstraße und 14 Montagemaschinen als Kernbereich. Die Kollegen, die an der automatisierten Transferstraße verblieben sind, machen fast nur noch "Rest"arbeiten: Radträger auflegen, Magazine der automatischen Stationen füllen und am Ende der Transferstraße die Radträger mit den einzelnen zu montierenden Teilen von Hand auf den Hängeförderer hängen. Dieser Montagesatz aus Radträger, Federlenker, Abdeckblech und zwei Streben wird dann am Hängeförderer zu den Montagemaschinen geführt. Die Montagemaschinenarbeiter nehmen den Satz ab, legen die Teile in die entsprechenden Vorrichtungen der Montagemaschine ein, stecken die passenden Muttern und Schrauben in die Pressluftschrauber und Aufnahmen und setzen durch Knopfdruck die Maschinenautomatik in Gang. Nach Ende des Maschinenarbeitsgangs wird das fertig verschraubte Teil aus der Maschine genommen und wieder in den Hängeförderer zum Weitertransport gehängt.

Drei Schrauben M6, eine Schraube M10, eine Schraube M14, eine Schraube M12. Und das 220 mal am Tag: Das ist der ganze Arbeitsinhalt für den Montagemaschinenarbeiter an dieser modernen Montageanlage.

"Am Anfang war es hier noch ganz erträglich", erzählen die Kollegen, die die Abteilung von Anfang an kennen.

Doch die Zeitstudien-Abteilung hat die Arbeit der Kollegen geduldig über lange Zeit beobachtet und jeden Freiraum, jede kleine Pause außer der Reihe, jede "unproduktive" Tätigkeit sorgfältig notiert. Mit Stoppuhr und MTM-Tabellen wurde so Schritt für Schritt die Leistungsschraube angezogen – arbeitswissenschaftlich korrekt, ganz "objektiv" ...

Doch selbst die 220 montierten Radträger sind der Firma heute nicht mehr genug. Die Produktionszahlen sollen um 60000 steigen, also müssen auch mehr Radträger gemacht werden. Mit der bisherigen Arbeitsweise geht allerdings nicht mehr viel, die Zeitnehmer haben die Poren des Arbeitstags schon weitgehend gefüllt.

Aber ein Zeitnehmer wäre kein Zeitnehmer, wenn er keine Lösungen fände, aus Arbeitern und Anlagen noch mehr herauszuholen: ab sofort wird die Zweimaschinen-Bedienung angeordnet.

Teile einlegen, Knopf drücken, während des Maschinenlaufs auf dem Absatz herumwirbeln und an die Maschine dahinter stürzen, fertig montiertes Teil herausnehmen und am Hängeförderer aufhängen, dann wieder neue Teile einlegen, Knopf drücken und zurück zur anderen Maschine ...

Dieser Bewegungsablauf treibt die körperliche und nervliche Anspannung auf die Spitze. Die Kollegen haben regelrecht Angst davor, zur Arbeit an den Zweimaschinen-Plätzen eingeteilt zu werden: "An diesen Arbeitsrhythmus kannst Du Dich nicht gewöhnen – da gehst Du mit der Zeit kaputt", berichtet einer von ihnen. Nach drei Tagen Zweimaschinen-Bedienung war er mitten in der Nacht aus dem Schlaf hochgeschreckt, in die Kleider gesprungen und in die Fabrik gestürzt. Erst an der Pforte fiel sein Blick auf die Uhr – es war kurz vor drei.

"Durch vorbeugende Arbeitsgestaltung sollen negative Auswirkungen auf die Arbeit und die Gesundheit der Mitarbeiter vermieden werden" (aus den Leitlinien zur Arbeitsgestaltung der Daimler-Benz AG).

ja geschrieben, groß und weiß auf blauem Grund: "WIR STELLEN EIN". Doch auf dem Personalbüro wird abgewunken – keine Arbeit für Hüseyin. Auch des Vaters Klage beim Betriebsrat hilft nicht weiter. Für den ist Hüseyin schon der x-te ähnliche Fall. Die Personalabteilung sagt ihm dasselbe wie jedesmal vorher: Wir stellen ein – aber nur mit Facharbeiterbrief.

Schon das verschließt einem großen Teil der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen den Zugang zu Daimler-Benz. Diese Selektion trifft aber nun beileibe nicht "zufällig" die meisten Ausländer. Dahinter steckt Methode ...

Krankenjäger

... Daimler-Benz-Vorstandsmitglied Manfred Gentz schreibt in INTERN 6/85, der Hauspostille für die lieben Mitarbeiter, daß die Krankenfehlstände immer noch auf einem viel zu hohen Niveau seien, bei Arbeitern im Durchschnitt bei 8,7%. Weiter führt er aus: "In den letzten Jahren zeichnet sich immer deutlicher ab, daß sich die Krankenfehlzeiten der ausländischen Mitarbeiter im Durchschnitt immer mehr von denen ihrer deutschen Kollegen entfernen. Zur Zeit liegen sie um vier Prozentpunkte höher als die der deutschen Mitarbeiter ..."

Neben dem durchsichtigen Versuch, deutsche und ausländische Kollegen

mit der Vergleichszahlenjongliererei gegeneinander auszuspielen, enthüllt diese Stellungnahme den zynischen Managerstandpunkt. Denn wer wollte bezweifeln, daß es die Arbeit in der Fabrik des Herrn Dr. Gentz ist, die viele Kollegen krank macht?! Der tagtäglich gleiche monotone Rhythmus, die immer gleichen hektischen Handgriffe, der gleiche Lärm, die gesundheitsschädlichen Arbeitsstoffe, die Zwei- und Dreischichtarbeit ... All das trägt dazu bei, daß der Krankenstand bei Arbeitern im Durchschnitt höher liegt als bei Angestellten ...

Flaggschiff steuert in die Flexibilisierung

... Die Einführung von individuell unterschiedlichen Arbeitszeiten war allerdings weniger wegen ihrer betriebswirtschaftlichen Vorteile für die Firma so bedeutend, sie war vielmehr ein politisches Signal: Daß der einheitliche Normalarbeitstag aus der Sicht der Unternehmer der Vergangenheit angehört und daß die Beschäftigten sich mit weiteren Flexibilisierungen in Zukunft abzufinden hätten.

Von "Flexi I" zu "Flexi II"

Im Dezember 1985 hat die Werksleitung dem Betriebsrat des Werks Untertürkheim ein weiteres Flexibilisierungsprogramm vorgelegt, genannt "Flexibilisierung II". In Zukunft sollen

(zunächst) rund 7000 Beschäftigte

* neun und teilweise sogar zehn Stunden täglich arbeiten. Schichtbeginn in der Frühschicht wäre dann fünf Uhr, Schichtende in der Spätschicht 24 bzw. 1 Uhr.

* Die 3 mal 8-Stundenschichten sollen auf weitere Abteilungen ausgeweitet werden, darunter viele im Gießereibereich.

* Die Kollegen aus der Werksinstandhaltung sollen verpflichtet werden, jeden vierten Samstag sowie neun Stunden täglich zu arbeiten.

Diese Mehrarbeit soll ausgeglichen werden durch freie Tage, die die Firma mit Hilfe von Computerprogrammen festlegt ...



"Unfallverhütungsbericht"

Die Blutspur der Konjunktur – Kritik der Gewerbeaufsicht nötig

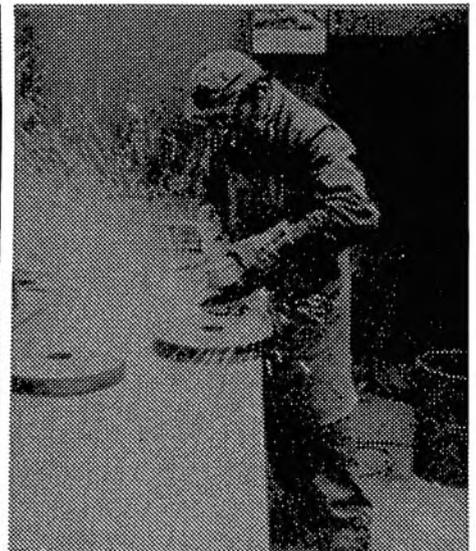
Der jüngst veröffentlichte Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung für 1984 weist 1517008 angezeigte Arbeitsunfälle (+ 0,4 % gegenüber dem Vorjahr), 35413 angezeigte Berufskrankheiten (+ 0,2 %) und 158151 Wegeunfälle (- 2,9 %) aus. Damit wird die seit Anfang der 80er Jahre sinkende Tendenz bei den Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten gebrochen, der Aufseher verlangt seine Opfer. Die Steigerungsraten im gewerblichen Bereich sind bereits deutlich höher; sie liegen bei den Arbeitsunfällen bei 0,7 %, bei den Berufskrankheiten bei 1,7 %, bei den erstmals entschädigten Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang bei 20,1 %. Der ganze Segen der Konjunktur wird sich statistisch erst in den nächsten Jahren so richtig abzeichnen.

Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften liegt die Häufigkeit der angezeigten Arbeitsunfälle je 1000 Vollarbeiter 1984 im Durchschnitt bei 58,4 Unfällen. Es gibt aber Branchen, die weit über diesem Durchschnitt liegen; diese reichen von Bau mit 130,6 Unfällen über Holz, Bergbau, Steine, Nahrung bis Eisen und Metall mit 83,7. Einzelne Berufsgenossenschaften liegen noch weit höher, z.B. Fleischerei mit 200 Unfällen je 1000 Arbeiter, Tiefbau mit 164. An der Spitze der Berufskrankheiten liegen die Hauterkrankungen, es folgen Lärmschwerhörigkeit, Silikose, Infektionskrankheiten. Der Bestand der laufenden Renten an Verletzte und Erkrankte bei den Trägern der gesetzlichen Unfallversicherung betrug zum 31.12. 1984 788580, dazu kamen 185252 Renten an Hinterbliebene. – Es fragt sich, wo der Effekt des oft propagierten modernen Arbeitsschutzes bleibt?

Das Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) von 1973, das der DGB im Prinzip als Fortschritt wertet, schreibt die Bestellung von Betriebsärzten und Fachkräften für Arbeitssicherheit vor. Die Durchführung obliegt den Berufsgenossenschaften, die von der Reichsversicherungsordnung mit umfangreichen Kompetenzen ausgestattet sind: Recht zum Erlaß der erforderlichen Vorschriften zur Unfallverhütung und Gesundheitsschutz, Überwachung durch technische Aufsichtsbeamte etc. (§§ 708 ff. RVO). Die von den Berufsgenossenschaften erlassene Vorschrift "Betriebsärzte" erfaßt jedoch nur 11 % aller Betriebe mit 50 % aller Beschäftigten. Und selbst hier liegt die BRD mit einem Durchschnitt von 4740 Beschäftigten pro Betriebsarzt weit über der EG-Empfehlung von 2500.

Das technische Aufsichtspersonal

mit Besichtigungstätigkeit stagniert bei den Berufsgenossenschaften bei ca. 1600. Bei der Gewerbeaufsicht ist das Personal mit 3373 Aufsichtsbeamten sogar rückläufig. Die Gewerbeaufsicht verfügt über ganze 94 Ärzte. Die Zahl der von der Gewerbeaufsicht im Jahr 1984 besichtigten Betriebe ist mit 376900 um 100000 rückläufig! Bei insgesamt 839000 Besichtigungen der Gewerbeaufsicht wurden 1471000 Beanstandungen festgestellt. Das ergibt eine Quote von immerhin fast 4 Beanstandungen pro (besichtigtem) Betrieb. Die Ahndung der Verstöße war jedoch sehr dürftig. Aus den fast einhalb Millionen Beanstandungen folgten ganze 7604 Anordnungen, 1228 Verwarnungen, 1258 Bußgeldbescheide, 102 Strafanzeigen und 50 gerichtlichen Strafen. Diese Maßnahmen sind gegenüber dem Vorjahr er-



Lärm und Staub: Hydraulisches Granitspalten zur Herstellung von Pflastersteinen / Schruppschleifen mit handgeführtem Winkelschleifer

heblich (bis zu 50 %) rückläufig. Bei den Bußgeldbescheiden der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung ergibt sich sogar folgendes: Die Bußgeldbescheide gegen Unternehmer sind rückläufig, die gegen Versicherte steigen!

Zudem zeichnen sich starke Unterschiede bei der Gewerbeaufsicht in den einzelnen Bundesländern ab. Z.B. verzeichnet Bayern fast dreimal so viele Beanstandungen wie Baden-Württemberg; bei den Anordnungen liegt Bayern an der Spitze aller Bundesländer, bei den Bußgeldern nur noch bei 12 % und bei den Strafanzeigen bei 5 % von allen Bundesländern.

Die "quantitative und qualitative Verstärkung" der Gewerbeaufsicht, die Einrichtung von örtlichen Beiräten etc., wie sie der DGB fordert, ist auf

jeden Fall berechtigt. Dabei muß der Angriff auf die Landesregierungen und ihre Arbeitsministerien laufen, denen die Gewerbeaufsicht unterstellt ist. Die Landesregierungen hätten nämlich die Kompetenz, die Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Gewerbeaufsicht zu schaffen. Wirkungsvoll hieße dabei, die Anwendung bestehender Arbeitsschutzgesetze und Verordnungen zu erzwingen, z.B. der Gewerbeordnung, Arbeitszeitordnung, Mutterschutzgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Ladenschlußgesetz, Arbeitsstätten- und Arbeitsstoffverordnung. Laut Gewerbeordnung können die Länder die Sonntagsarbeit sogar weiter einschränken, als es das Gesetz vorsieht.

Absolut notwendig ist auch, daß die Gewerkschaften auf Verordnungen und Richtlinien zur Umsetzung der Gesetze pochen. So stellt der Arbeitsrechtler Kittner fest, daß die Taubheit 1929 erstmals als Berufskrankheit erwähnt wurde, jedoch erst 1974 die Unfallverhütungsvorschrift "Lärm" in Kraft getreten ist. Diese Vorschrift hat jedoch nicht zur Besei-

tigung lärmintensiver Arbeiten geführt, wie die Abbildungen aus den Jahresberichten 1984 der Gewerbeaufsicht Bayern und NRW zeigen (ca. 95 bis 105 dB(A)). Hier wäre es notwendig, daß die Gewerkschaften von der Tendenz abrücken, die staatlichen oder berufsgenossenschaftlichen Normen zum Arbeitsschutz als gutgemeinte Vorschriften zu heiligen und hauptsächlich nur die konsequente Umsetzung zu verlangen. Die in der Gewerbeordnung proklamierte Gewerbefreiheit muß angegriffen werden, ebenso die Vertragsfreiheit, das uneingeschränkte Direktionsrecht der Kapitalisten, die Ausnahmemöglichkeiten beim Arbeitszeitschutz, die Einschränkung der Pflicht zur Betriebssicherheit darauf, "wie es die Natur des Betriebs gestattet". – (poj)

Dokumente zur Gewerbeaufsicht

Gewerbeaufsicht und Gewerkschaften

Wirksamer Arbeitsschutz ist nicht nur die Infrastruktur menschengerechter Arbeitsgestaltung, er führt auch zur langfristigen Entlastung des Sozialleistungssystems. Wir beziehen in unsere Beurteilung der Rentabilität der Produktion jene Kosten ein, die in Form von Krankheit, Frühinvalidität und Arbeitslosigkeit auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

In dieser Auseinandersetzung kommt der Gewerbeaufsicht eine Schlüsselrolle zu. So erwarten wir von ihr ein festes Bekenntnis zur fortschrittlichen Arbeitsschutzgesetzgebung der letzten 10 Jahre. Wir lasten es auch nicht der Gewerbeaufsicht und den für sie zuständigen Arbeits- und Sozialministern der Bundesländer an, daß die Länder sich noch immer weigern, das Arbeitssicherheitsgesetz für ihre eigenen Bediensteten zur Anwendung zu bringen.

Und dies, obwohl nach den Gemeinden nun auch der Bund, des Wartens auf die Bundesländer leid, eine eigene Richtlinie in Kraft setzte.

(aus: Vortrag von G. Muhr, stellv. DGB-Bundesvorsitzender, in: 125 Jahre Gewerbeaufsicht, Dortmund 1978)

Umsetzung in die Praxis

Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, sich mit allen Mitteln für die volle Umsetzung der geltenden Arbeitsschutzbestimmungen einzusetzen. Dabei muß insbesondere erreicht werden, daß die staatlichen Aufsichtsbehörden – wesentlich mehr als in der Vergangenheit – ihren Auftrag voll erfüllen und sicherstellen, daß die Arbeitsschutznormen in den Betrieben beachtet und exakt angewendet werden. Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen müssen mit aller Schärfe geahndet und dürfen nicht weiterhin als Lappalie hingestellt werden. Die Strafbestimmungen müssen erweitert und so gefaßt werden, daß Vergehen gegen Arbeitsschutznormen von den Betrieben nicht mehr als ein relativ leicht einzuschätzendes finanzielles Risiko einkalkuliert werden können. Darüber hinaus müssen diese Bestimmungen so formuliert sein, daß die Gerichtsbarkeit keine Möglichkeit hat, so wie z.Z. üblich, den größten Teil der Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen als Kavaliersdelikte einzustufen.

Begründung:

Die Umsetzung des geltenden Arbeitsschutzrechts in die betriebliche Praxis ist nicht nur mit größten Schwierigkeiten verbunden, sondern scheitert vielfach gänzlich an der mangelnden Unterstützung durch die Organe, die als staatliche Aufsichtsbehörden an und für sich für die Durchsetzung der Arbeitsschutznormen zuständig sind.

Die immer wieder von den Arbeitnehmern und insbesondere ihren Betriebsräten beklagten Negativerlebnisse mit den Arbeitsschutzbehörden (im wesentlichen Gewerbeaufsichtsamt, aber auch TAB (technische Aufsichtsbeamte, d.Red.) der Berufsgenossenschaften) führen in der betrieblichen Praxis zu einer Situation, die den Durchsetzungswillen der betroffenen Arbeitnehmer lähmt.

Die Verpflichtung des Rechtsstaates endet nicht mit dem Erlaß von entsprechenden Arbeitsschutznormen. Der Staat ist darüber hinaus verpflichtet, für die volle Anwendung dieser Normen und deren Umsetzung in die Praxis Sorge zu tragen.

(Beschluß 11.ordentl. Bundeskongreß des DGB, 1978)

Entschliebung Arbeitsschutz

Überbetriebliche Institutionen des Arbeitsschutzes

– Gewerbeaufsicht

Der quantitative und qualitative Ausbau der staatlichen Gewerbeaufsicht ist dringend geboten, damit die Bundes-

länder ihrem Verfassungsauftrag zur Durchsetzung des Arbeitsschutzes gerecht werden.

Besonders dringlich ist die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des gewerbeärztlichen Dienstes.

Die Auflagen des Umweltschutzes dürfen von den Gewerbeaufsichtsbehörden nicht auf Kosten des Arbeitsschutzes erfüllt werden.

Bei den Länder-Arbeitsministerien und Gewerbeaufsichtsämtern sind paritätisch besetzte Beratungsorgane zu bilden.

– Arbeitsschutzbeauftragte

Bei den örtlichen Gewerbeaufsichtsämtern und den Bezirksverwaltungen der Berufsgenossenschaften sind auf Vorschlag der Gewerkschaften hauptamtliche, unabhängige Arbeitsschutzbeauftragte der Arbeitnehmer zu bestellen. Diese Arbeitsschutzbeauftragten sollen Betriebsräten und Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit bei der Durchsetzung von Arbeitsschutzrechten unterstützen und die Zusammenarbeit mit den überbetrieblichen Aufsichts- und Beratungsdiensten fördern.

(aus: Entschliebung 16, 13. ordentl. Gewerkschaftstag der IG Metall, 1980)

Gewerbeordnung (Auszüge)

§ 1 (1) Der Betrieb eines Gewerbes ist jedermann gestattet, soweit nicht durch dieses Gesetz Ausnahmen oder Beschränkungen vorgeschrieben oder zugelassen sind.

(2) Wer gegenwärtig zum Betrieb eines Gewerbes berechtigt ist, kann von demselben nicht deshalb ausgeschlossen werden, weil er den Erfordernissen des Gesetzes nicht genügt.

§ 105 Freie Gestaltung des Arbeitsvertrages. Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist, vorbehaltlich der durch Bundesgesetz begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Übereinkunft.

§ 105h Landesrecht. (1) Die Bestimmungen der §§ 105a bis 105g (Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit, d.Red.) stehen weitergehenden landesgesetzlichen Beschränkungen der Arbeit an Sonn- und Festtagen nicht entgegen. . . .

§ 120a Betriebssicherheit. (1) Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeitnehmer gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebs gestattet.

(2) Insbesondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luftraum und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betrieb entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen.

(3) Ebenso sind diejenigen Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutze der Arbeitnehmer gegen gefährliche Berührungen mit Maschinen oder Maschinenteilen oder gegen andere in der Natur der Betriebsstätte oder des Betriebs liegenden Gefahren, namentlich auch gegen Gefahren, welche aus Fabrikbränden erwachsen können, erforderlich sind. . . .

§ 120d Verfügungen zur Durchführung der §§ 120a bis 120c. (1) Die zuständigen Behörden sind befugt, im Wege der Verfügung für einzelne Anlagen die Ausführung derjenigen Maßnahmen anzuordnen, welche zur Durchführung der in §§ 120a und 120b (Sitte und Anstand im Betrieb; Umkleide-, Wasch- und Toilettenräume, d.Red.) enthaltenen Grundsätze erforderlich und nach der Beschaffenheit der Anlage ausführbar erscheinen. . . .

§ 121 Pflichten der Gesellen und Gehilfen. Gesellen und Gehilfen sind verpflichtet, den Anordnungen der Arbeitgeber in Beziehung auf die ihnen übertragenen Arbeiten und auf die häuslichen Einrichtungen Folge zu leisten; zu häuslichen Arbeiten sind sie nicht verbunden.

Südafrika/Azania

Gencor entläßt 20000 streikende Arbeiter

Am 6. Januar entließ die britisch-südafrikanische Minengesellschaft Gencor 20000 schwarze Arbeiter der Impala Platinminen im Homeland Bophuthatswana, weiteren 15000 Arbeitern stellte Gencor ein Ultimatum, auf der Stelle ihren Streik abzubrechen, sonst würden sie ebenfalls entlassen. Seit dem 1. Januar streikten die schwarzen Arbeiter in drei Minen in dem Homeland wegen höherer Löhne und gegen die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen in den Bergwerken. Der Streik wurde von Mitgliedern der Bergarbeitergewerkschaft NUM (National Union of Mineworkers) organisiert.

Die Bergwerksdirektion begründet die Entlassung mit der Gesetzgebung des Homelands, nach der die NUM in Bophuthatswana illegal sei, außerdem wäre den Arbeitern in ihren Arbeitsverträgen jeglicher Streik verboten. Verhandlungen mit der NUM lehnte sie ab. Um die Entlassungen durchzusetzen und die Streikversammlungen aufzulösen, ließ Gencor Polizei mit Tränengas, Plastikgeschossen und Hunden anrücken, die 19 Arbeiter schwer verletzte, die entlassenen Arbeiter wurden ausgezahlt und am Entlassungstag in ihre sogenannten Homelands zurücktransportiert.

Der neu gegründete Gewerkschaftsdachverband COSATU ruft seine Mitgliedsgewerkschaften zu Aktionen gegen den gesamten Konzern auf, um die Wiedereinstellung der Arbeiter und Verhandlungen zwischen dem Konzern und der NUM durchzusetzen.

Gencor gehört zu den Minengesellschaften, die bereits im September letzten Jahres gegen Streiks der NUM äußerst brutal vorgegangen waren. Ein Gencor-Direktor erläuterte, warum die Gesellschaft die NUM nicht anerkennen will: "Es ist wichtig, gegenüber schwarzen Beschäftigten hart zu bleiben und nicht nachzugeben. Schwarze haben einen anderen kulturellen Bezug. Sie wollen genau wissen, wo Sie stehen, sonst verlieren sie das Vertrauen in Sie." Und weiter: "Bergwerksarbeiten werden in mehr militärischer Weise geleitet als in anderen Industrien. Wir haben ein Schild gegen unverantwortliche Aktionen – eine große Reserve von Arbeitslosen." Die Bergwerkskapitalisten wollen die Apartheid beibehalten. Nur: So groß ist die Arbeitslosenreserve nicht, für die mörderische Arbeit unter Tage müssen sie Wanderarbeiter finden. Oftmals hat – so berichtet die NUM – Gencor in einer Mine Gewerkschaftsmitglieder entlassen und sie in einer anderen wieder einstellen müssen.

Quellenhinweis: Sowetan v. 7., 8., 9. 1. 86; N.U.M. News Oct./Nov. 85 – (uld)

Spanien

Jetzt: Enthaltung der Reaktionäre beim Referendum

Im Herbst letzten Jahres hatten die Regierungspartei PSOE und der Führer der Parlamentsopposition Fraga eine faktische große Koalition zum NATO-Referendum geschlossen. Das Referendum soll im März stattfinden. (siehe Politische Berichte 23/85)

Inzwischen haben sich Fraga und die Führer der reaktionären Oppositionskoalition anders entschieden: Ihre Parteien werden sich bei dem Referendum enthalten.

Der umgehenden Kritik der PSOE an dieser Entscheidung und der scheinheiligen Argumentation, was denn wohl die anderen europäischen Konservativen dazu sagen würden, hält Fraga entgegen: Ihm solle man nicht mit dem "spanischen Nationalinteresse" kommen. Die Partei Felipe Gonzales habe sich dermaßen auf eine Mitgliedschaft in der NATO festgelegt, daß Spanien so oder so in der NATO bleiben werde: entweder durch eine entsprechende Formulierung des Referendum-Textes oder durch eine entsprechende Regierungspolitik auch nach einem verlorenen Referendum oder eben durch einen positiven Ausgang des Referendums. Die Oppositionsparteien würden aber nicht einsehen, durch die Unterstützung der Regierung PSOE damit zu einem Wahlsieg bei den Europawahlen im Juni und den Parlamentswahlen im Herbst zu verhelfen.

Diese Entscheidung der Reaktionäre hat die sozialdemokratische Regierungspartei in eine schwierige Lage gebracht. Für die Anti-NATO-Opposition haben sich durch das Auseinanderbrechen der großen "Referendumskoalition" die Bedingungen verbessert.

Die PSOE muß jetzt öffentlich zugeben, daß sie auf die Unterstützung der Reaktionäre angewiesen ist. Benegas, der Organisationssekretär der PSOE, erklärte, daß nun Fraga die alleinige Verantwortung trägt, wenn Spanien aus der NATO austreten müßte.

Gleichzeitig sieht sich Benegas zu der Zusicherung genötigt: "Fraga irrt sich, wenn er sagt, daß Spanien nicht aus der NATO austreten werde. Das hängt alles vom Referendum ab."

Anfang Januar hielt sich der NATO-Generalsekretär Carrington in Madrid zur Inspektion der Lage auf. Die Regierung versicherte ihm, daß das Referendum mit einem Verbleib Spaniens in der NATO enden werde. Die Anti-NATO-Bewegung führte in vielen Städten große Demonstrationen gegen den Carrington-Besuch durch.

Quellenhinweis: El Pais, Cambio, Punto y Hora Dez. 85 – Jan. 86 – (chc)

Indien

Neue Politik in regionalen Angelegenheiten?

Aus den Anfang 1985 in ganz Indien durchgeführten Wahlen war R. Gandhi mit der Kongreß-Partei als Sieger hervorgegangen. In den Bundesstaaten wurden zugleich neue Regionalparlamente gewählt. Die Wahlen gewannen zum Teil eindeutig regional orientierte Interessengruppierungen. Ausdrücklich nicht wählen durften die Bewohner der Bundesstaaten in Assam, Kaschmir und dem Punjab. Der Punjab war wegen der Auseinandersetzungen um die Rechte der Sikh noch unter Kriegsrecht gestellt. In Assam hatte es immer wieder aufflackernde Kämpfe wegen der Einwanderung



Teepflückerin in Assam

zahlreicher Bewohner Bangladeshs gegeben, denen I. Gandhi das Wahlrecht zugesichert hatte.

Beide Bundesstaaten haben jetzt im Abstand von zwei Monaten neue Regionalparlamente gewählt (s.a. Pol.Ber. 20/85 und 01/86). Obwohl beide Bundesstaaten fast 2500 km auseinanderliegen, haben sie doch gemeinsam, daß die Zentralregierung unter R. Gandhi ihnen gegenüber eine ganz ähnliche Politik verfolgt. Das Gelingen dieser Politik wird auch von den westlichen Imperialisten aufmerksam beobachtet. In beiden Bundesstaaten befinden sich entscheidende Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung Indiens. Assam ist der größte Öllieferant Indiens und besitzt vier Raffinerien. Für das angestrebte Modernisierungsprogramm ist das von elementarer Bedeutung. Der Punjab ist der landwirtschaftlich wichtigste Erzeuger von Weizen und Reis.

Auffällig ist, daß in beiden Bundesstaaten vor den Wahlen Abkommen geschlossen worden waren, die in wesentlichen Punkten einen Konsens zwischen den Interessen der Regie-

rungspartei in Delhi und den Interessengruppierungen in den Unionsstaaten beinhaltet. In Assam wurde zwischen der Zentralregierung und dem AGP (Rat des Assamesischen Volkes) vereinbart, daß alle "Fremden", die vor dem 1.1.1966 eingewandert sind, volle Bürgerrechte erhalten; jene, die vor dem 24.3.1971 eingewandert sind, müssen zehn Jahre auf ihr Stimmrecht warten. Wer später eingewandert ist, wird ausgewiesen.

Im Punjab hatte Ghandi ein Abkommen mit der Sikh-Partei Akali-Dal getroffen, das einige wesentliche Forderungen der Sikh erfüllt, aber grundsätzliche Interessen der kleinen Jat-Bauern unberücksichtigt läßt. In Assam hat jetzt eine Gruppierung von Studenten die Wahlen gewonnen, die in ihren Interessen den "Hochkastigen", assamesisch sprechenden Hindus, gleichzusetzen ist. Allerdings fand eine gegen die unter I. Gandhi praktizierte Unterdrückungspolitik gerichtete Agitation breiteste Unterstützung. Die Abkommen mit der Zentralregierung geben R. Gandhi genügend Raum, die Industrialisierungsprogramme fortzuführen und gleichzeitig die regionalen Konflikte regionalen Gruppierungen zu überlassen.

Die Interessen der rd. sieben Millionen Bewohner Assams (z.B. der Ahoms, von den britischen Kolonialisten "Rückständige" genannt, der Stammesangehörigen, Unberührbaren und Teearbeiter) finden auch in der UMFPLN (Vereinte Front der Minderheiten) keine echte Interessenvertretung. Diese Gruppierung hatte, unterstützt von reichen bengalisch sprechenden Kaufleuten, gegen die AGP kandidiert und war gegen das Abkommen mit Delhi aufgetreten. Sie ging aus den Wahlen als drittstärkste Partei (nach der Kongreßpartei) hervor. Die KPI (M) hatte das Abkommen ebenfalls abgelehnt.

Quellenhinweis: FAZ v. 8.1.85 und 31.7.85; Far Eastern Review, div. Ausgaben. - (cog)

Kanada

Diverse Kapitalimporte, Freihandel umstritten

Die kanadischen Börsen melden Rekordumsätze, das Wirtschaftswachstum 1985 gilt als unerwartet stark; gleichzeitig ist der Kurs des kanadischen Dollar mit 71 US-Cent gegenüber dem US-Dollar schwach trotz umfangreicher Stützungsmaßnahmen der kanadischen Regierung. Das Bild der Entwicklung der kanadischen Profitwirtschaft ist uneinheitlich. Im September 1984 hat die konservative Regierung Mulroney die Amtsgeschäfte übernommen. Es war ein rauschender Wahlsieg, der anscheinend die innerhalb Kanadas bestehenden

Spaltungslinien und Unterschiede erledigte durch einheitliche politische Ausrichtung auf den industriefreundlichen Konservatismus der "Progressiv-Konservativen Partei". Mittlerweile haben sowohl in Ontario als auch in Québec die Liberalen eindeutige Wahlsiege errungen, und Mulroney muß bereits vorsichtiger operieren.

Die entscheidende Akzentsetzung der Regierung Mulroney gegenüber dem Ausland war in der Wirtschaftspolitik die Umwandlung der Behörde zur Kontrolle von Auslandsinvestitionen in ein Amt zur Förderung des Kapitalimports: "Investment Canada". Damit wurden die Bestrebungen der Ära Trudeau, die in den industriellen Kernbranchen bestehende einseitige Abhängigkeit von den USA schrittweise zu verringern, beendet. Mulroney setzt mehr auf Diversifikation; Neuinvestitionen kommen nicht nur vom US-Kapital, sondern zunehmend haben Euro- und japanische Kapitalisten den Fuß in der Tür. So haben während des letzten Jahres drei asiatische Autokapitale, Honda und Toyota aus Japan sowie Hyundai aus Südkorea, zusammen ca. 1 Mrd. kan\$ in Montage-

werke in Kanada investiert bzw. diese Investitionen zugesagt. Dadurch werden die in Kanada seit 1981 bestehenden Importquoten für japanische Fahrzeuge umgangen, und bei genügend hohem "kanadischem Anteil" an den hergestellten Autos wird der zollfreie Zugang zum US-Markt möglich. Über die Arbeitsverträge in den neuen Montagewerken ist bisher nichts bekannt geworden; die kanadische Automobilarbeitergewerkschaft ist jedoch selbstbewußt und tätig.

Das Verhältnis zu den USA selbst wird durch die bevorstehenden Verhandlungen über eine erhebliche Ausweitung des Freihandels klarer werden. Sowohl einige Provinzen wie auch zahlreiche Branchen fürchten die absolute US-Dominanz, wenn die Schutzzölle fallen; andere rechnen sich Profitsteigerungen aus. Die Gewerkschaften und große Teile des Kultursektors fürchten um die kanadische Selbständigkeit, wenn die sogenannten Handelshemmnisse ausgeräumt werden.

Quellenhinweis: Maclean's und Neue Zürcher Zeitung aus 12/85 und 1/86 - (mfr)

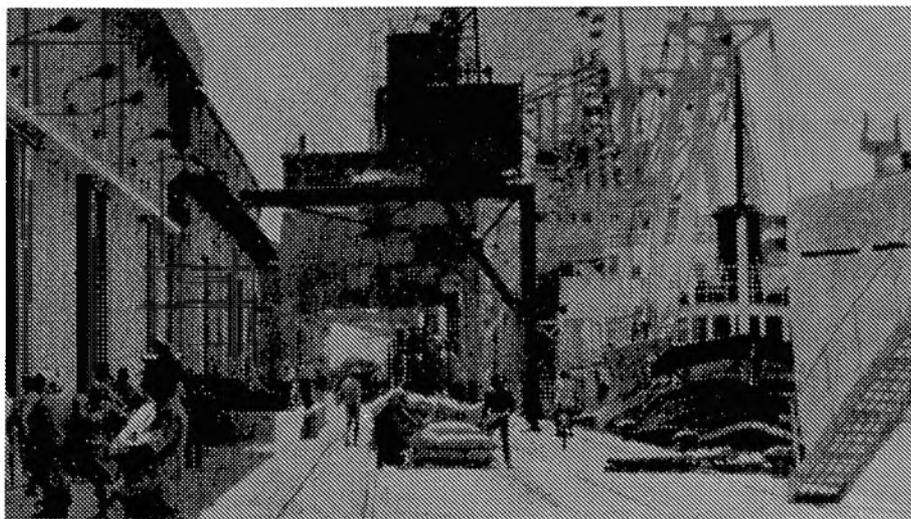
Brasilien

Die Mittelschichten haben mit zur Ablösung der Militärs beigetragen

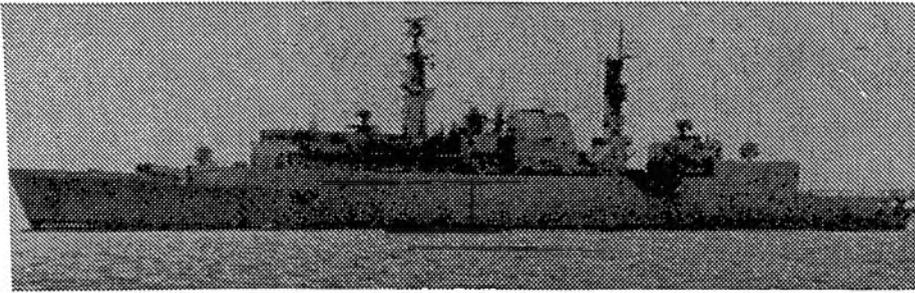
In den letzten Jahren machen sich die in- und ausländischen Urheber des "Entwicklungsmodells Brasilien" zunehmend Gedanken über eine bedrohliche Entwicklung innerhalb der brasilianischen Gesellschaft: Was wird aus den Mittelschichten? Für die Arbeiterbewegung und für die revolutionären Kräfte stellt sich diese Frage ebenfalls.

Seit den ersten - vor allem staatlichen - Industrialisierungsprojekten

Brasilien in den 30er und 40er Jahren dieses Jahrhunderts entwickelten sich in den Städten die Mittelschichten, zunächst bestehend aus den städtischen und ländlichen (zumeist ehemaligen) Grundbesitzern, Handwerkern und den Verwaltungs- und Leitungseliten des Staatsapparates. Sie befanden sich zumeist auf der Seite des in- und ausländischen Kapitals und drängten mit ihm die Vorherrschaft des Großgrundbesitzes nach und nach zurück.



Große Teile der akademischen Mittelschicht kritisieren die rücksichtslose Ausbeutung des Amazonasgebietes (Foto: Rohstoffabtransport).



Göteborg. Einen heftigen Streit hat der für den 30. Januar geplante Besuch der britischen Fregatte "Brazen" in dem schwedischen Hafen ausgelöst. Die Fregatte ist unter anderem mit Kernwaffen bestückt. Der Göteborger Regierungspräsident Ake Norling gab in der Presse folgende Ansicht zum besten: "Ich habe keine Bedenken. Wir denken, wir werden einen den Briten nahen Empfang anordnen. Außerdem sind die Kernwaffen nicht gefährlich." Um diese Ansicht gibt es jetzt in der Kommune heftigen Streit. Im Herbst hatte das Kommunalparlament gerade beschlossen, keine Kriegsschiffe mit Kernwaffen an Bord in der Stadt willkommen zu heißen. Dieser Beschluß war zustande gekommen, als im Oktober 85 die amerikanischen Kriegsschiffe "Ticonderoga" und "Halyburton" zu Besuch waren und heftige Demonstrationen gegen den Besuch stattfanden. Darauf wies der Sozialdemokrat Sören Mannheimer hin. Jetzt erwartet man wieder derartige öffentliche Auseinandersetzungen während des Besuchs. Die "Brazen" war unter anderem mit im Krieg um die Malvinen gegen Argentinien eingesetzt. Quelle: Dagens Nyheter – (uwb)

Rechte der Frauen in der DDR

Vor 20 Jahren wurde das "Familiengesetzbuch der DDR" verabschiedet. Aus diesem Anlaß berichtet die DDR-Presse über Rechte der Frauen in der DDR. Was weniger bekannt ist: Frauen haben Urlaub von 6 Wochen vor und 20 Wochen nach der Entbindung. Auf Verlangen sind sie bis zum Ende des 1. Lj. des Kindes freizustellen, gibt es keinen Krippenplatz, bis zum Ende des 3. Lj. des Kindes. Für die ersten 26 Wochen gibt es Geld in Höhe des Nettodurchschnittslohns, danach 70-90% davon beim 2. Kind und bei ledigen Müttern. Der Arbeitsplatz ist gesichert. Arbeitende Mütter haben täglich zwei Stillpausen von je 45 Minu-

ten. Ledige Mütter haben 4-13 Wochen (5 Kinder) bezahlten Urlaub zur Pflege erkrankter Kinder. – (doz)

Österreich: Verstaatlichten-Gesetz

Ende Januar legt die Regierung dem Nationalrat ein neues Gesetz zur Verabschiedung vor. Im Sommer soll es in Kraft treten. Bisher waren die Aufsichtsräte der verstaatlichten Betriebe entsprechend den im Nationalrat vertretenen Parteien zusammengesetzt: Bürgermeister, Gemeinderäte, Gewerkschafts-, Bauernvertreter. Jetzt soll der zuständige Minister den Aufsichtsrat ernennen, der die Vorstände aus der Privatwirtschaft beruft. Ferner gelten die Bestimmungen des Aktiengesetzes. – (rua)

Alternative Heseltine wird aufgebaut

Michael Heseltine ist aus dem Kabinett Thatcher zurückgetreten und führt eine Kampagne gegen die Premierministerin. Anlaß war die kurz vor der Pleite stehende Hubschrauberfirma Westland. Um die Übernahme von bzw. Beteiligung an Westland konkurrieren Sikorsky (USA) und FIAT einerseits und ein "rein europäisches" Konsortium (u.a. MBB) andererseits. Den konkurrierenden Kapitalen geht es um den gesicherten Zugang zum Markt für britische Militärhubschrauber. Heseltine ist für das "europäische" Kartell (im "nationalen Interesse, die Amerikaner würden Westland ruinieren") und baut sich dabei als Alternative zu Thatcher auf, sollte diese



die Wahl 1987 verlieren. Zu den bisherigen Glanztaten des Millionärs Heseltine gehörten die wildesten Hetzangriffe gegen die streikenden Bergarbeiter und ein im Kampfanzug eigenhändig geleiteter Militäreinsatz gegen Friedensdemonstranten vor Abschuborten für Cruise Missiles. An seiner "Rebellion" gegen Thatcher ist nichts fortschrittlich. – (hef)

Sie unterstützten den Militärputsch von 1964 gegen die Kämpfe des ländlichen und städtischen Proletariats. Die Militärs führten den Aufbau einer auf Importsubstitution gerichteten Konsumgüterindustrie fort, subventionierten das ins Land strömende imperialistische Kapital und bauten die Staatsbetriebe vornehmlich als Versorgungs- und Exportindustrien auf. Die Nachfrage nach akademisch ausgebildeten Arbeitskräften wuchs, insbesondere auch dadurch, daß die ausländischen Konzerne zunehmend brasilianische Fachleute für ihre technisierte Produktion rekrutierten. Die zum Teil 10%igen Wirtschaftswachstumsraten Brasiliens basierten wesentlich auf einer Ausweitung des Konsums der Mittelschichten. Autos, Häuser, Farbfernseher – von den besseren Grundnahrungsmitteln einmal ganz abgesehen – machten das Leben für die zahlenmäßig weiter anwachsende akademische Mittelschicht an-

nehmbar und festigten ihr Bündnis mit den reaktionären Kräften der Militärherrschaft. Das Gewerkschaftsinstitut DIESSE veröffentlichte, daß die Lebenserwartung von Lohnabhängigen, die bis zu einem gesetzlichen Mindestlohn verdienen (je nach Kurs ca. 120 DM/Monat), bei etwa 55 Jahren liegt. Angehörige der Mittelschichten, die das 10-, das 20fache erhalten, leben 15 Jahre länger und angenehmer. Die Regierung beschloß in den 70er Jahren Gesetze eigens für die Bezieher von mittleren und höheren Einkommen: finanzielle Unterstützung bei Ratenkaufverträgen oder die staatliche Subventionierung von zinsgünstigen Darlehen zur Eigenheimbildung. Wie sehr die lohnabhängigen Mittelschichten von der Militärregierung profitiert hatten, mag folgendes veranschaulichen: Von dem Einkommen aus Löhnen und Gehältern konnten die reichsten 10% 1960 knapp 40%, 1980 aber bereits 52% ein-

streichen. Die Lohnsumme für die ärmsten 50% der Lohnabhängigen sank im gleichen Zeitraum dagegen von 17% auf 12%.

Mitte der 70er Jahre geriet das brasilianische "Vorzeigemodell" in die erste ernsthafte Krise, an die sich bis heute eine permanente krisenhafte Entwicklung als Ergebnis der vollständigen Einbindung in den imperialistischen Weltmarkt anschloß. Die Regierung wälzte die durch steigende Auslandsverschuldung fälligen Zins- und Tilgungszahlungen auf die Lohnabhängigen ab. Die Inflation stieg und entwertete zunehmend auch die Einkommen der Mittelschichten. In großen Streikaktionen ab 1979/80 konnte die reorganisierte Gewerkschaftsbewegung in den Ballungsgebieten von Sao Paulo und Rio de Janeiro höhere Löhne durchsetzen, obgleich der gesetzliche Mindestlohn heute noch unter dem Stand der 50er Jahre ist. Die Militärregierung führte

PLO: Militärische Operationen im besetzten Palästina

Anfang des Jahres beschossen palästinensische Kämpfer das Hauptquartier des Militärgouverneurs in Ghaza-Stadt mit Handgranaten und Gewehren. In Nablus kam am 11.1. beim Beschuß einer Militärpatrouille ein israelischer Offizier ums Leben. Erstmals wurden auch wieder die Städte Nahariya und Kiryat Shmona mit Raketen vom Südlibanon aus beschossen. Israels Armee sprengte bei "Strafexpeditionen" zahlreiche Häuser im Südlibanon. In den besetzten Gebieten verhängte sie Ausgangssperren. – (bar)

Iran: Zunehmende Streiks der Arbeiter

Die Kommunistische Partei Irans – Auslandskomitee meldet in ihrem neuesten Nachrichtenblatt von Ende Dezember '85 zahlreiche Streiks, mit denen sich Arbeiter in iranischen Betrieben gegen die zunehmende Ausbeutung und ihre Unterdrückung zur Wehr gesetzt haben. In der Teheraner Chit-Bay Textilfabrik erzwangen die Arbeiter im Oktober, nachdem sie unter Verweis auf die Erfordernisse des Krieges gegen den Irak zu zahlreichen Überstunden gezwungen worden waren, durch einen zweistündigen Streik den Wegfall einer Nachtschicht. In mehreren Ziegelfabriken im Westen und Nordwesten des Irans protestierten Arbeiter mit Streiks gegen politisch begründete Entlassungen und gegen Lohnsenkungen, im Teheraner Werk des schwedischen Elektrokonzerns Elektrolux – die meisten Arbeiter im dortigen Werk sind Kurden – für die sofortige Auszahlung von ausstehenden Löhnen, bessere Arbeitsbedingungen und den 8-Stunden-Tag. Nachdem die Arbeiter den Manager als Geisel genommen hatten, wurden

ihnen die – teilweise seit fünf Monaten ausstehenden – Löhne nachgezahlt. Ihre übrigen Forderungen konnten die Streikenden nicht durchsetzen, mehrere Streikende wurden entlassen. – (rü)

Kurdistan: Neue Aktionen von Befreiungskämpfern

Mitte Dezember stießen nach Angaben des Kölner "Kurdistan-Komitees" im Norden Türkisch-Kurdistans türkische Armeeeinheiten mit Befreiungskämpfern der "Nationalen Befreiungsfront Kurdistans" (ERNK) zusammen. Das Komitee schreibt: "Trotz der

schlechten Klimaverhältnisse und der technischen Unterlegenheit konnten die Kämpfer die Umzingelung bei Cemisgezek durchbrechen, wobei die türkische Armee starke Verluste hinnehmen mußte. Den Berichten zufolge sollen bei dem Zusammenstoß in der Nähe des Dorfes Tepeli 20 Soldaten ... ums Leben gekommen sein." Im Bezirk Tuzluca yir begann die türkische Armee mit Zwangsvertreibungen. In diesem vorwiegend von Kurden bewohnten Bezirk wurden 100 Personen, darunter viele Frauen und Greise, verhaftet. Über ihr Schicksal ist nichts bekannt. – (rü)



Südafrika/Azania: Abzug aller bewaffneten Einheiten aus den schwarzen Wohnorten, Aufhebung des Verbots der Schülerorganisation COSAS, Freilassung der verhafteten Schüler und Studenten und ein einheitlicher Lehrplan für schwarze und weiße Schüler – das sind die Forderungen der nationalen Komitees der schwarzen Eltern streikender Schüler. Der Schüler- und Studentenstreik dauert seit 16 Monaten an, mehr als 600000 von angemeldeten 1,8 Millionen Schülern und Studenten waren daran beteiligt. Im Oktober letzten Jahres hat die südafrikanische Regierung zahlreiche schwarze Schulen und Universitäten wegen der Streiks geschlossen, sie sollten am 1. Januar wieder eröffnet werden. Das Elternkomitee beschloß, daß die Kinder und Jugendlichen am 28. Januar ihren Streik vorerst beenden sollen. Wenn die Regierung den Forderungen nicht nachkommt, soll Ende März erneut ein landesweiter Schul- und Universitätsstreik beginnen. – (uld)

ab 1980 auf zunehmenden Druck der imperialistischen Banken und des IWF verschiedene Sanierungsprogramme durch, z.B. 1981 eine Steuerreform, die die höheren Einkommen ab ca. dem Zehnfachen eines Mindestlohnes stärker besteuerte; eine differenzierte Inflationsanpassung der Mindestlöhne zuungunsten der lohnabhängigen Mittelklasse; Reduzierung der Ausgaben für Staatsbetriebe mit der Folge von Entlassungen auch von höheren Angestellten und Beamten; Preiserhöhungen für staatliche Leistungen. Verbunden mit einer Inflationsrate von bis zu über 200% verarmten breitere Teile der Mittelschichten zusehends. Die Militärregierung verlor endgültig die Unterstützung durch die Mittelschichten an die politische Opposition. Anfang 1985 trat General Figueiredo ab.

Zu den "Linkstendenzen" innerhalb der brasilianischen Intellektuellen äußerte sich bereits 1981 der ehemali-

ge Generalstabschef des Heeres, Matos: "Unsere geistige Elite legt Wert darauf, 'links' zu sein, denn ... sie (ist) der Ansicht, daß außerhalb der 'Linken' kein Mitleid existiert ... Begriffe wie 'soziale Gerechtigkeit', 'Einkommensverteilung', 'Gewerkschaftsfreiheit' (1) gehören zu den politischen Forderungen der akademischen Mittelschicht. Die Parteinahme von Akademikern für die Indianer, gegen Großprojekte und Umwelterstörung usw. fand erst mit Gründung der Arbeiterpartei (PT), die neben Gewerkschaftern auch Teile der Akademiker organisierte und bei den letzten Wahlen über 10% der Stimmen erhielt, einen ersten organisierten Rahmen.

Die neue Regierung Sarney setzt die Lohnpolitik der Militärs fort. Durch die Absenkung der höheren Gehälter, durch Kürzung der Staatsausgaben, durch Privatisierung von Staatsbetrieben mobilisierte die Regierung für

Privatinitiative und Eigentumsbildung. Die reaktionärsten Kräfte haben bei den letzten Wahlen Teile der Mittelschichten besonders in Sao Paulo mit einem antikommunistischen Programm gegen die Ansprüche der Arbeiterklasse erfolgreich gewinnen können. Eine Minderheit in der Regierung und Teile der politischen Opposition setzen auf reformistische Beschäftigungsprogramme und auf ein Mehr an Staat. Dies findet Unterstützung von einigen akademischen Berufsverbänden, z.B. den Ingenieuren, die eine Arbeitslosigkeit von über 20% kritisieren und staatliche Wohnungsbauprogramme verlangen. Die gewerkschaftlich organisierten Ärzte und Lehrer führten 1984 und 1985 erstmals Streikaktionen für höhere Gehälter durch.

Quellenhinweis: 1) Deutsch-Brasilianische Hefte (DBH) 1/81, S. 37; Brasilien-Dialog, Brasilien Ausschnittsdienst, DBH, versch. Ausg. – (sie)

Bundestagswahlen 1987**Dokumentation über die Beratung
revolutionärer Sozialisten zu den Bundestagswahlen '87****Bericht/Stellungnahme des Roten Morgen
Beratung revolutionärer Sozialisten
über die Bundestagswahl**

Am Samstag, den 11. Januar, fand in Dortmund – auf Einladung des Präsidiums der gemeinsamen Vollversammlung – eine Beratung revolutionärer Sozialisten über die Bundestagswahl '87 statt.

Neben den Organisationen der Vollversammlung BWK, FAU/HD(A), GIM, KG(NHT) und KPD nahmen die Gruppe IV. Internationale und die MLPD daran teil. Eingeladen waren außerdem: Arbeiterpolitik, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, BSA, IMK Nürnberg, KB, MG und SAG.

Die GIM legte dort ein Papier vor, das sich für eine Wahlbeteiligung revolutionärer Sozialisten aussprach, dem folgte der BWK, dessen Stellungnahme ebenfalls eine Wahlteilnahme vorschlug, und die KG(NHT) bezog ebenfalls schriftlich Stellung, eher ablehnend zu einer eigenen Beteiligung. Die Delegation des ZK der KPD legte keine schriftliche Stellungnahme vor, unterstrich ihrerseits aber die Argumentation, die das ZK bereits in den Thesen zum Parteitag im "Roten Morgen" veröffentlicht hatte, die sich für eine Wahlbeteiligung eines Bündnisses revolutionärer Sozialisten aussprachen, aber auch die dabei vorhandenen Schwierigkeiten betonten. Die Tatsache, daß sich sowohl GIM wie BWK und FAU/HD(A) für eine gemeinsame Wahlbeteiligung aussprachen, machten nach Auffassung der KPD-Delegation die Möglichkeiten für eine Verwirklichung eines Wahlbündnisses revolutionärer Sozialisten weitaus besser als in den ZK-Thesen angenommen.

Die MLPD ihrerseits brachte den Vorschlag vor, der auch bereits in der "Roten Fahne" veröffentlicht war, eine Kandidatur auf "offenen Listen" der MLPD zu organisieren. Einen Vorschlag, über die dazu von der MLPD ausgearbeitete Plattform gleichberechtigt mit anderen Vorschlägen in einer Kommission zu diskutieren, lehnte die Delegation der MLPD ab, was wohl allen anderen Beteiligten deutlich machte, daß es dieser Delegation zumindest nicht um eine wirkliche politische Aktionseinheit ging, sondern eher um Hilfe für die eigene Kandidatur.

Es kam nach einiger Diskussion über die vorgelegten Papiere (...) von Genossen des BWK vor allem der Vorschlag, aufgrund festgestellter politischer Gemeinsamkeiten eine Kommission zu bilden, die als Ausgangspunkt ihrer Arbeit die gemeinsame Wahlplattform von BWK und KPD von 1983 nehmen soll, die seitherige Entwicklung und Stellungnahmen von Organisationen verarbeiten soll und einem weiteren Treffen am 9. März (zu dem auch andere Organisationen eingeladen werden) einen Vorschlag für eine mögliche gemeinsame Wahlplattform vorzulegen. Dieses Verfahren wurde von der GIM und der KPD sowie der FAU/HD(A) unterstützt, ausdrücklich dagegen sprach nur die MLPD.

Die Delegation des ZK der KPD sprach sich für diesen Weg aus, weil darin eine wirkliche Möglichkeit gesehen wurde, zu einer politischen Plattform zu gelangen, die entgegen den Befürchtungen des ZK in seinen Thesen zum Parteitag tragfähig für ein gemeinsames Vorgehen der beteiligten Organisationen revolutionärer Sozialisten sein könnte. Diese Alternative wird in den Debatten des kommenden Parteitages also eine Rolle spielen müssen und, falls sie als positive Möglichkeit betrachtet wird, kann nach dem 9. März eine Entscheidung gefällt werden, ob es zu einem Wahlbündnis kommt.

**Diskussionsbeitrag des BWK
Zu den Bedingungen und Möglichkeiten
unserer Politik****Das Regierungslager**

Das Regierungslager spekuliert auf die Zugkraft der Konjunktur. Ein beträchtlich großer Bevölkerungsteil soll sich nach der Vorstellung der Bürgerlichen sagen: Uns geht es jedenfalls besser als vor vier Jahren! Die reaktionäre Propaganda will herausstreichen, daß diese Besserung gerade erreicht worden sei, nur erreichbar gewesen sei, weil man den Mut gehabt habe, die Anspruchsmentalität der Arbeiter, den Übermut ihrer gewerkschaftlichen Organisationen zu brechen und die politische Führung für den Konservatismus zu erringen. Die Krise sei Ergebnis der sinkenden Leistungskraft der Volkswirtschaft gewesen, der Grund dafür der sinkende Leistungswille der Arbeiter. Man habe mehr Anreize zur Arbeitsleistung schaffen müssen und auch geschaffen. Einzig und allein die Beibehaltung solch starken Anreizes sichere die Stellung der westdeutschen Volkswirtschaft. Diese wiederum sei die Grundlage des Wohlergehens. Da dieses Wohlergehen nun einmal erreicht sei, müsse es vor allem gesichert werden. Zu diesem Zweck müßten im Inneren politische Verhältnisse zementiert werden, die ein Aufmucken der Arbeiterbewegung ausschlossen. In der Außenpolitik müsse ein Kurs verfolgt werden, der durch Verbesserung der politischen Stellung der BRD die Konkurrenzpositionen der BRD-Monopole verbessere.

Eine herausragende Stellung im westlichen Bündnis sei für die BRD möglich, weil sie an der Nahtstelle zu den Unrechtssystemen des Ostens sich befinde und ihnen im Interesse der ganzen entwickelten Menschheit Paroli zu bieten habe. Beruf der BRD sei es, das Interesse der Imperialisten an Einziehung des östlichen Europas in den Weltmarkt zu betreiben. Nur die BRD könne dieses aggressive Interesse friedliebend maskieren, indem sie ihre Bereitschaft erklärt, über die Ansprüche des Deutschen Reiches in einem Europa vom Atlantik bis wer weiß wohin zu reden. Diese politischen Möglichkeiten machen die BRD zu einem äußerst wichtigen Glied in der westlichen Staatengemeinschaft und sichern ihr in Europa eine politisch gewichtige Stellung. Die BRD verfügt über den Schlüssel zur Erweiterung der EG nach Osten.

Es ist möglich, daß zum Zeitpunkt der Wahlen der größte Teil der Wahlberechtigten eine Besserung seiner Lage, verglichen zu 1983, verspüren wird. Das gäbe einen starken Schub für die Propaganda der Regierungspolitik her und würde ihrer arbeiterfeindlichen Demagogie breit Vorschub leisten. Sowohl für die Entwicklung der Zahlenverhältnisse wie auch für die ideologische Lage ist der Tatbestand bedeutsam, daß die Bourgeoisie einen so großen Teil des Proletariates in der entrechteten Position des Ausländers hält. Die Arbeiterfeindlichkeit der Regierung ruft Schutzbedürfnisse im Bürgertum hervor und verspricht deren Befriedigung.

Der revanchistische Chauvinismus der Reaktion zieht nicht so breite Kreise. Eine Verbesserung der internationalen Positionen der BRD kommt faktisch nicht sehr vielen zugute und löst gegenwärtig nicht in der Breite große Erwartungen aus, und selbst wenn, erscheint der Preis – Rüstung, Militarismus, Krieg – zu hoch. Die Außenpolitik wird einen Schwachpunkt der Regierung abgeben.

Was würden die Folgen eines Wahlsieges von CDU, CSU und FDP sein? Im Falle eines bedeutenden Wahlsieges würde eine sehr verschärfte Reaktion einsetzen. Es käme ja darauf an, bürgerlich reaktionäre Wähler zu belohnen und Gegenwehr der Arbeiter zu unterwerfen. Zumal, wenn wie zu erwarten, eher bald nach den Wahlen eine Vertiefung der Krise eintritt, wird das zu Buche schlagen. Die Situation nach einem Wahlerfolg dieser Koalition wird besonders gefährlich sein, wenn die GRÜNEN an der 5%-Klausel scheitern sollten. In diesem Falle wäre es ein vitales Interesse des bürgerlich-reaktionären Lagers, eine neuerliche Sammlung des parlamentarischen Widerstandes zu unterbinden.

Eine weiteres Anschwellen faschistischer Organisationen und ihre zunehmende Begünstigung durch staatliche Stellen würde auch gefördert.

Es ist deswegen ein großes Interesse aller fortschrittlichen Leute in der BRD, einen Sieg der Regierungskoalition zu verhindern, wie auch fortschrittliche Leute kein Interesse an einem Zerfall der Grün-Alternativen entwickeln können.

Die Sozialdemokratie

Der Widerstand gegen die reaktionäre Regierungspolitik entwickelte sich in den letzten vier Jahren deutlich unter Führung der SPD. Die SPD hat das Anliegen breiter Massen aufgenommen, die sich nicht durch die Drohung mit wirtschaftlichem Untergang zu beliebig schlechten Bedingungen an die Arbeit setzen lassen wollen. Die SPD behauptet, die Krisenlasten für die Arbeiter erträglich halten zu wollen und zu können. Ihr Politik ist doppelbödig. Einmal hat die Regierung Schmidt/Genscher die Sanierung der Profite durch Billigmachen der Arbeitskraft eingeleitet, zum anderen kritisiert dies auch die jetzige Parteiführung nicht. Alle Versprechen sind an die Voraussetzung gebunden, daß der SPD die Organisierung eines großen Geschäftes in Arbeit und Umwelt gelingen würde, wodurch die wirtschaftliche Position der BRD im internationalen Geschäft sich so glänzend entwickeln müsse, daß die Notwendigkeit nicht bestünde, Arbeiter leiden zu lassen.

Die SPD nimmt den Widerstand der Arbeiterbewegung auf und gibt ihm eine Richtung, die eine große Koalition möglich macht. Im Gedanken der Wirtschaftsexpansion ist der Gegensatz von Konservatismus und Reformismus auch dafür weit genug abgestumpft. Unter diesem Blickwinkel erscheint jeder Protest, komme er aus der Arbeiterbewegung oder aus der Mittelklasse, als störend und gefährlich.

Die GRÜNEN

Die politische Opposition, die ihre Basis in werktätigen Klassen hat, speist die Protestbewegung der GRÜNEN. Die GRÜNEN stoßen sowohl in der Kritik der Reaktion wie in der Kritik des Reformismus auf Grenzen. Daß der Kampf um Arbeiterinteressen dem Emanzipationsstreben der unterdrückten Volksklassen Richtung gibt, sehen sie nicht. Eine solche Erkenntnis verbietet sich den GRÜNEN, soweit sie ihnen die Perspektive verlegen würde, die auf eine Gesellschaft weist, in der das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln wohl einschneidend eingeschränkt oder sogar aufgehoben würde, nicht jedoch eine bevorrechtete Stellung der Intelligenz. Bestünde nicht eine derartige Zielvorstellung, bestünden auch nicht die GRÜNEN.

Die Arbeiteropposition

Die Arbeiteropposition in der BRD ist sehr zersplittert und ideologisch überworfen. Wichtige Fragen, betreffend besonders die sozialistische Zukunftsaussicht, sind noch nicht geklärt. Auch befindet sich die Entwicklung der Weltrevolution in einer Etappe, in der man sich nicht ein-

fach einer großen Revolutionsbewegung zuordnen kann, so wie das z.B. bei den volksdemokratischen Revolutionen nach der Befreiung vom Faschismus der Fall gewesen ist oder auch bei den antiimperialistischen, neudemokratischen Revolutionen in der dritten Welt.

Vor neuen Aufgaben stehend können die Revolutionäre kommunistischer Zielsetzung heute und in der BRD dennoch auf eine Reihe von politischen Grundsätzen zurückgreifen, die ihnen gemeinsam sind und die es im täglichen politischen Leben, in den Betrieben und in der örtlichen Politik ermöglichen, in Fragen der Aktionseinheit, der Frontbildung gegen die Reaktion Übereinstimmung zu finden. Als Kriterium wird akzeptiert:

- Antifaschismus
- Antimilitarismus
- Antiimperialismus
- Arbeiterinteressen

Das Stichwort "Arbeiterinteressen" soll eine Politik charakterisieren, die nicht umkehrt, sobald sie an Schranken der bestehenden Gesellschaft stößt, die insofern antikapitalistisch ist und die Perspektive des Kommunismus nicht verstellt, nicht antikomunistisch ist.

In fast allen Programmen oder programmatischen Dokumenten der revolutionären Linken sind solche Grundsätze enthalten, und, was noch wichtiger ist, in der praktischen Politik auch. Das gibt einen Ausgangspunkt für die Politik der Revolutionäre, der auszunutzen ist, auch und gerade bei Wahlen. Das gibt aber auch die Verpflichtung, was damit anzufangen, zumal die sonst auftretenden Oppositionsparteien solche Grundsätze nicht oder nicht in allen Punkten teilen.

Die praktische Bedeutung des Eingreifens in den Wahlkampf unter solchen Gesichtspunkten liegt nicht nur im Falle einer Kandidatur vor. Die Kritik der reaktionären Politik kann z.B. dazu beitragen, daß sich die GRÜNEN festigen, statt nach Rechts hin zu verlieren. Eine klare Fassung politischer und wirtschaftlicher Interessen der Arbeiterklasse wird die Verfügbarkeit der Arbeiterbewegung für die SPD und die Verfügbarkeit der SPD für die Bourgeoisie mindern. – Ohne eine Kandidatur würden aber weder die Kritik an der SPD noch die Einwendungen gegenüber den GRÜNEN in der Öffentlichkeit ernst genommen, alle gingen stillschweigend davon aus, daß man SPD und/oder GRÜNE zu wählen nahelegt. Eine Kandidatur würde da klare Verhältnisse schaffen und die Entwicklung der inhaltlichen Arbeit begünstigen. – (Diskussionsbeitrag des BWK)

Position des Politischen Büros der GIM zu den kommenden Wahlen

1. Die Bundesrepublik ist seit einigen Jahren nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch in eine Phase zunehmender Instabilität eingetreten. Mit einiger Verzögerung geht sie den gleichen Weg wie andere imperialistische Länder Westeuropas. Ihre Sonderstellung nähert sich – trotz bedeutsamer wirtschaftlicher Reserven – dem Ende. Der Grad der Klassenauseinandersetzungen ist deutlich angestiegen. Die wirtschaftlichen Angriffe des Kapitals, die bürgerliche Regierungspolitik sind aggressiver geworden, aber auf der anderen Seite steht ein – trotz Auf- und Abschwüngen – insgesamt entschiedenerer und breiterer Widerstand der Betroffenen. Dieser Widerstand entzündet sich an zahlreichen Krisen und Gefahren, sei es an gewerkschaftlichen Fragen, Aufrüstung, Umweltzerstörung, Beschneidung demokratischer Rechte, Unterdrückung von Minderheiten oder imperialistischer Politik in der "Dritten Welt".

Von der gesellschaftlichen Krise erfaßt werden in zunehmendem Maß auch die traditionellen Parteien, Institutio-

nen und Organe des bürgerlichen Staates. Der zeitweilig schnelle Aufstieg der Grünen Partei ist eines der Symptome. Die Zeiten langandauernder, unangefochtener Regierungsperioden sind vorbei. Sowohl auf Bundes-, Landes- wie auch auf kommunaler Ebene sind beträchtliche Änderungen bei den Wahlergebnissen und der Zusammensetzung der jeweiligen Regierungen möglich – schon nach einer Legislaturperiode. Der Sturz der Regierung Kohl bei den kommenden Bundestagswahlen ist absolut im Bereich des Möglichen. Ebenso ein neuer Regierungsantritt der SPD.

2. Die kommende Serie von Landtagswahlen (Niedersachsen am 15. Juni, Bayern am 12. Oktober und Hamburg Anfang November 1986) sowie der Kommunalwahlen (2. März Schleswig-Holstein, 5. Oktober Niedersachsen) wird einen gewissen Aufschluß über die weitere Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse geben. Wahlkämpfe und Ergebnisse werden mit Sicherheit zum Gradmesser für den Ausgang der Bundestagswahlen im Februar 1987.

In N i e d e r s a c h s e n steht die Frage, ob die Albrecht-Regierung ungeschoren ihre absolute Mehrheit behaupten kann, ob der Trend von NRW und dem Saarland sich fortsetzt und ein bedeutender Teil der CDU-Wähler zumindest neutralisiert wird. Genaue Vorhersagen sind unmöglich, aber ein Überraschen der CDU durch SPD-Grüne wäre nur bei einem katastrophalen Verlust der CDU und einem Scheitern der FDP an der 5-Prozent-Sperre möglich. Eine bedeutsame Stärkung der SPD würde – nach dem allgemein zu beobachtenden bundesweiten Trend – auch auf Kosten der Grünen gehen, deren Landtagsfraktion auf dem Spiel steht.

Ein Scheitern der Wende-Parteien in Niedersachsen und der Verlust der Regierung an SPD oder SPD-Grüne hätte weitreichende bundespolitische Konsequenzen (2/3-Mehrheit im Bundesrat gegen die Wendekoalition) und könnte die politische Dynamik gegen die Rechtskoalition in Bonn beschleunigen.

In B a y e r n werden die Landtagswahlen interessant im Hinblick darauf, ob der CSU-Block weitere Verluste hinnehmen muß wie bereits bei den letzten Kommunalwahlen. Die SPD kann nur auf einen relativen Erfolg setzen ("innerhalb des 30-Prozent-Gettos"), der auch auf Kosten der Grünen gehen dürfte. Die Regierungsfrage stellt sich in Bayern nicht.

In Hamburg dürfte die SPD mit einiger Sicherheit stärkste Partei bleiben. Die konkurrierende GAL befindet sich in einer politischen und organisatorischen Krise. Ob sie sich vor dem parlamentarischen Absturz retten kann, ist offen.

Können CDU und CSU sich halten oder – was wahrscheinlich ist – legt die FDP zu, dürfte der Ausgang der Bundestagswahlen entschieden sein und die Rechtskoalition könnte weitermachen. Die wichtigste Entscheidung darüber wird wahrscheinlich bei den Niedersachsen-Wahlen fallen. Stimmenmäßig wird die SPD überall hinzugewinnen, soweit absehbar. Die relativen Gewinne dürften allerdings bedeutend größer sein, wie sich bereits in NRW gezeigt hat. Das wird seine Hauptursache darin finden, daß ein Teil der Wende-Wähler neutralisiert werden dürfte. Die FDP wird aufgrund ihrer offensiv rechten Themen ihre kleinbürgerliche Klientel stärken.

Verlieren die Grünen ihre Landtagsfraktion in Niedersachsen, so wird sich der Abstiegsprozeß dieser Partei beschleunigen. Nach ihren Niederlagen vom März 1985 im Saarland und vom Mai 1985 in NRW, wo der für den Charakter der Partei so wichtige Sprung über die 5-Prozent-Hürde nicht gelang, wird ihr Nimbus geschlagen sein, eine Stimmabgabe für sie lohne sich, um direkt in die Regierungspolitik bzw. Parlamentarismus einzugreifen. Nach einer Niederlage in Niedersachsen stände der Wiedereinzug in den Bundestag klar in Frage.

3. Wahlpolitisch stehen die revolutionären Sozialisten in einer besonders schwachen Position. Es besteht keinerlei Aussicht, Kandidaten in ein Landesparlament, geschweige in den Bundestag durchzubringen. In der Tradition des revolutionären Marxismus lehnen wir zwar den bürgerlichen Parlamentarismus prinzipiell ab, beteiligen uns jedoch an Wahlkämpfen und – wenn möglich – auch über Parlamentsfraktionen, um die sozialistische Position zu propagieren. Der Boykott von Wahlauseinandersetzungen und Wahlen würde unter "normalen" Verhältnissen, d.h. ohne die Existenz einer massenhaften Boykottstimmung in der Arbeiter- und Massenbewegung nur auf einen Selbstboykott hinauslaufen.

Wir treten dafür ein, daß die revolutionären Sozialisten heute – wo immer die politischen und organisatorischen Mindestvoraussetzungen vorhanden sind – Wahlbündnisse auf gemeinsamer politischer Grundlage bilden, um die Stimme des revolutionären Sozialismus hörbarer zu machen. Wir treten dafür ein, ein Aktionsprogramm zu erarbeiten, das die wichtigsten politischen Fragen aufgreift und klassenkämpferische Antworten gibt.

Im Mittelpunkt des Eingreifens stehen also Forderungen und Vorschläge, die an den wichtigsten Erfahrungen der Gewerkschafts- und Massenbewegungen ansetzen und auf möglichst populäre Weise die nächsten Schritte angeben. Die Regierungsfrage kann nur negativ beantwortet werden: Gegen Regierungen der Wendeparteien CDU-CSU-FDP. Wir rufen bei den kommenden Wahlen nicht direkt zur Wahl von SPD und Grüne auf, sondern setzen uns kritisch mit ihrer Politik auseinander. Wir konfrontieren sie mit dem Aktionsprogramm der revolutionären Sozialisten. Die Auseinandersetzung mit ihnen muß auf möglichst anschauliche, nachvollziehbare Weise geschehen. D.h. wir dürfen sozialdemokratischen Wählern oder Grünen nicht in ultralinker Manier vor den Kopf stoßen. Wir haben nachzuweisen, daß jede Erwartung, eine Regierungsübernahme der SPD in Bonn würde die Logik der Wendepolitik umkehren, fehl am Platze ist (siehe die praktische Politik der Partei heute, wo sie die Regierung stellt, das Programm von Rau usw.). Wir schüren auch nicht die Illusion, eine Regierungsbeteiligung der Grünen könne die SPD in wesentlichen Fragen nach "links" drücken (siehe Hessen).

4. "Weg mit der Rechtskoalition – für ein Ende der Wende – Vertrauen in die eigene Kraft!" unter dieser allgemeinen Parole sollten die revolutionären Sozialisten in den Bundestagswahlkampf eingreifen.

Bereits im Vorfeld – und das heißt bereits auch in den kommenden Kommunal- und Landtagswahlen sollten wir auf dieser Linie mit gemeinsamen Stellungnahmen auftreten. Es wäre sehr günstig, wenn wir bereits zu den Hamburger Wahlen eine Bündnisliste aufstellen könnten, auf die wir unsere Kräfte konzentrieren.

Zu den Bundestagswahlen fassen wir eine möglichst breite Beteiligung ins Auge: mindestens drei Landeslisten (NRW, Hamburg und Baden-Württemberg). Der genaue Umfang der Kandidatur muß nach einer Zwischenbilanz der Vorbereitungen bis zur Sommerpause festgelegt werden.

6.1.1986

Die revolutionären Sozialisten und die Bundestagswahlen – Eine erste Stellungnahme der AzD-Redaktion

Die Redaktion der AzD begrüßt die von verschiedenen Organisationen der revolutionären Sozialisten angestrebten gemeinsamen Aktivitäten zur Bundestagswahl 1987. Die dabei bisher entwickelten Vorstellungen weisen Unterschiede sowohl vom politischen Inhalt (insbesondere in der Stellung zur SPD) wie auch in der Form (selbständige Kandidatur oder nicht) auf. Zu beiden Fragen möchten wir im folgenden eine erste Stellungnahme abgeben.

Die allgemeinpolitische Orientierung

Unter derselben Überschrift veröffentlichte das ZK der KPD Thesen zum anstehenden o. Parteitag (im Roten Morgen 50, S. 5 ff.), die zugleich Grundlage für die Parteiaktivitäten zur Bundestagswahl '87 darstellen. Ausgangspunkt dieser Thesen ist die bereits im Programmwurf der KPD getroffene Feststellung von der "Wenderegierung" als einer Regierung der "offenen Konfrontation" gegen die Gewerkschaften. "Wie andere Kräfte der Linken" habe auch die KPD "diesen zentralen Aspekt der Wende von Anfang an richtig erkannt", heißt es gleich zu Anfang der Thesen, während etwas später einschränkend festgestellt wird, "andererseits sind nicht alle Befürchtungen, die insbesondere die Linken, inklusive unserer Partei, mit dem triumphalen Wahlsieg der Wendekoalition bei der Bundestagswahl '82 verbunden hat, Realität geworden". Das Festhalten an dem vermeintlich "zentralen Aspekt der Wende" bildet die Grundlage für die weitere politische Orientierung der KPD, inklusive der Bundestagswahl '87. Da es sich bei der CDU/CSU/FDP-Koalition um eine Regierung der "offenen Konfrontation" gegen die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung handelt, gibt es – so die KPD – ein gemeinsames Interesse der Arbeiterbewegung zum Sturz der "Wenderegierung". "Deshalb wird der Kampf gegen die derzeitige Bonner Regierung, für ihre Beseitigung und Ersetzung durch eine andere Regierung, die nach bedauerlicher Lage der Dinge, die sich bis zur Bundestagswahl kaum verändern dürfte, nur eine sozialdemokratisch geführte sein kann, die allgemeine politische Orientierung der Arbeiterbewegung sein."

Gegenüber diesem allgemeinen politischen Streben der Arbeiterbewegung, die derzeitige Bonner Regierung zu beseitigen, stehen wir Kommunisten durchaus nicht in Opposition." Aus diesen Ausführungen zieht die KPD den Schluß: "Die revolutionären Sozialisten müssen mit aller Kraft für die Niederlage der Wendeparteien arbeiten" und stellt Losungen auf wie "Stoppt die Wende" und "keine Stimme den Wendeparteien".

Wir halten sowohl die Einschätzung wie die daraus gezogenen Schlußfolgerungen für falsch. Bereits in der Kritik des Programmwurfs haben wir die dort vorgenommene Beurteilung der Regierungspolitik auf den Gebieten der Außen- und Sicherheitspolitik wie auch der Gewerkschaftspolitik verworfen und darauf hingewiesen, daß dies zu einer Strategie führen kann, "die das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie gegen das Großkapital mindestens nahelegt, wenn nicht zum Kernpunkt hat." (Kritik des Programmwurfs der KPD, S. 24) U.E. ist kein Grund ersichtlich, diese Einschätzung zu revidieren, insbesondere nicht, da eine realistischere Einschätzung des Charakters der Kohl-Regierung innerhalb der revolutionären Sozialisten an Boden gewonnen hat. (Siehe dazu die Faschisierungsdebatte in der Zeitung "Arbeiterkampf" sowie die Beschlußfassung der Delegiertenkonferenz der GIM, wo die Mehrheit der Auffassung war: "Die Kohl-Politik ist noch keine Politik der offenen Konfrontation gegen die Arbeiterbewegung (wie die von Thatcher in Britannien)." (Was tun Nr. 419, S. 8))

Die vom ZK der KPD vertretene Auffassung von dem gemeinsamen Interesse der Arbeiterbewegung am Sturz der "Wenderegierung" betont die **Gemeinsamkeiten** von Kommunisten und Sozialdemokraten, wohl wissend, daß die Sozialdemokratie der hauptsächliche politische Nutznießer dieser Entwicklung ist ("... eine andere Regierung, die nach bedauerlicher Lage der Dinge ... nur eine sozialdemokratisch geführte sein kann") Genau diese Orientierung halten wir für grundfalsch. Gegen die Politik der "Wenderegierung" agitieren und organisieren Sozialdemokratie und sozialdemokratische Gewerkschaftsführung breit unter den Werktätigen. Diese "allgemeine politische

Orientierung der Arbeiterbewegung" ist eine sozialdemokratische, in der die Kommunisten nicht aufzugehen haben, sondern von der eine entschiedene Abgrenzung notwendig ist.

Die "allgemeine politische Orientierung" der spontanen Arbeiterbewegung ist nur der Ausgangspunkt, aber keineswegs der Inhalt kommunistischer Politik. Den Inhalt kommunistischer Politik von der spontanen Bewegung bestimmen zu lassen, heißt unter heutigen Bedingungen, die Kommunisten zum Wahlhilfeverein für die Sozialdemokratie zu degradieren. Genau diese Orientierung schlägt das ZK der KPD vor, indem es das **gemeinsame Interesse** der Arbeiterbewegung am Sturz der "Wenderegierung" in den Mittelpunkt seiner politischen Orientierung rückt.

Unter den gegebenen Bedingungen, wo die Hegemonie der Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung nicht nur weitgehend unangetastet, sondern momentan sogar im Wachsen begriffen ist, die politische Relevanz der Kommunisten in derselben rudimentär und wahrarithmetisch weit unter einem Prozent liegt, besteht keinerlei Notwendigkeit, ein gemeinsames Interesse am Sturz der Kohl-Regierung in den Mittelpunkt zu rücken. Vielmehr besteht bei Strafe des eigenen Untergangs die Pflicht, die Differenz zur SPD in den Mittelpunkt zu rücken. Nicht das gemeinsame Interesse am Sturz der "Wendekoalition" gilt es zu betonen, sondern die arbeiterfeindlichen Sonderinteressen der Sozialdemokratie sollten den Kernpunkt kommunistischer Politik darstellen. Eben darum sind Parolen wie "Keine Stimme den Wendeparteien" für uns unakzeptabel. Sie sind Wahlhilfe für die Sozialdemokratie und führen zur politisch-ideologischen Erosion der kommunistischen Bewegung nach rechts.

Eine kommunistische Politik in den kommenden Wahlkämpfen muß u.E. die Abgrenzung zu allen bürgerlichen Parteien, insbesondere aber zur Sozialdemokratie herausarbeiten. Mit der Kritik der Wirtschafts- und Sozialpolitik von SPD und Grünen in der letzten Nummer der Beilage wurde ein Schritt in diese Richtung getan. Während die Thesen des ZK der KPD die Abgrenzung zur Sozialdemokratie in dem Abschnitt "Für die Mobilisierung der Arbeiterklasse" auf zwei propagandistische Bereiche reduzieren (1. die SPD bindet die Arbeiterklasse an den Parlamentarismus; 2. Die SPD ist gegen Eingriffe in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und damit gegen die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft), gilt es, wie in der Beilage begonnen, die politische Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Vorstellungen zu suchen. Die Abgrenzung von der Sozialdemokratie nur an der Frage der parlamentarischen Orientierung und des Sozialismus entwickeln zu können, wie die ZK-Thesen es tun, zeigt die ganze politische Hilflosigkeit der Kommunisten. An die Stelle dieser abstrakten Propaganda muß die konkrete Kritik sozialdemokratischer Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik treten. Diese herauszuarbeiten, sehen wir als zentrale inhaltliche Aufgabe der Kommunisten in den kommenden Wahlkämpfen.

Gemeinsame Aktivitäten zur Bundestagswahl

In ihrem Aufruf zur Aktionseinheit bei den Bundestagswahlen 1987 schreibt die MLPD: "Die Bundestagswahlen Anfang '87 werden zu einer Polarisierung zwischen ultrarechtem Antikommunismus und der Suche nach einem Ausweg durch die Werktätigen führen." (Rote Fahne 51/85, S. 6) Diese Formulierung läßt vermutlich bewußt offen, welchen Ausweg die Werktätigen woraus suchen. Sie unterstellt aber einen Ausweg aus Kapitalismus und Krise. Aus dieser selbst konstruierten Polarisierung leitet dann die MLPD die Notwendigkeit ihrer eigenständigen Kandidatur ab. Real dürfte die Polarisierung dieses Wahlkampfes zwischen christlich/liberalen und sozialdemokratischen Wegen der kapitalistischen Krisensanierung und außenpolitischer Orientierung verlaufen, wobei den Kommunisten die

Unterschiede zwischen diesen Konzeptionen vielfach unklar sind. Ein nennenswerter Anteil von Werktätigen, die eine sozialistische Alternative befürworten, ist bisher bei keiner Wahl der letzten Jahre auszumachen gewesen. Die politische Notwendigkeit einer selbständigen Kandidatur der revolutionären Sozialisten kann somit aus dem Entwicklungsstand der Arbeiterbewegung nicht hergeleitet werden. Wir halten weiterhin eine eigenständige Kandidatur der revolutionären Sozialisten weder ihrem organisatorischen Entwicklungsstand noch dem vorhandenen Maß an politischer Klarheit für angemessen.

Mögliche gemeinsame Aktivitäten beschränken sich aber u. E. nicht auf die Variante einer eigenständigen Kandidatur, sei es bundesweit oder in einzelnen Ländern. Die Frage so zu stellen, bedeutet, die Form (Kandidatur oder nicht) über den Inhalt der Arbeit (Schaffung einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse) zu stellen. Vielmehr sollten die revolutionären Sozialisten die durch die kommenden Wahlkämpfe an sie gestellten Anforderungen dazu nutzen, in der Kritik der Politik der bürgerlichen Parteien (von SPD bis CDU) sowie der Wahlprogrammatisierung von Grünen und DKP ihre eigenständigen politischen Konturen verstärkt herauszuarbeiten und somit dem allgemeinen Wunsch nach Einheit den festen Boden einer politischen Programmatik zu geben. Dies kann sowohl über die Beilage wie darüber hinaus in gemeinsamen Diskussionen, Veranstaltungen, Broschüren und Flugblättern vorangetrieben werden. Eine solche Orientierung würde die Herausbildung einer eigenständigen (was heißt dies anders als im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien stehenden?) revolutionären Arbeiterpartei befördern. — (Redaktion der AzD, Januar 1986)

(Die Zeitschrift Aufsätze zur Diskussion wird herausgegeben von den KG (NHT); Anmerkung der Redaktion Politische Berichte)

Aufruf der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands zur Aktionseinheit bei den Bundestagswahlen '87

Die Bundestagswahlen Anfang 1987 werden zu einer Polarisierung zwischen ultrarechtem Antikommunismus und der Suche nach einem Ausweg durch die Werktätigen führen. Die MLPD hat eine bundesweite Teilnahme beschlossen und tritt als sozialistische Alternative an, weil nur der Sozialismus eine tatsächliche Lösung der bestehenden Probleme ermöglicht. Heute besteht die Notwendigkeit der Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen gegen die Monopolangriffe. Auf diesem Weg gibt es verschiedene Berührungspunkte mit anderen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen. Im Interesse der Aktionseinheit und weil von den in Frage kommenden Kräften ansonsten keine andere zu einer eigenständigen bundesweiten Kandidatur in der Lage ist, machen wir den Vorschlag einer Aktionseinheit im Rahmen einer Offenen Liste der MLPD. Dies ist auch eine offensive Antwort auf die zunehmenden Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiterklasse. Der Vorschlag beinhaltet die Möglichkeit, auf der Grundlage einer Minimalplattform, wofür die MLPD nur wenige unverzichtbare Forderungen vorschlägt und die entsprechend erweitert werden kann, auf einer offenen Liste der MLPD zu kandidieren. Dabei wird die MLPD nicht die vorderen Listenplätze als für sich selbst reserviert betrachten.

Wir wenden uns damit an alle klassenbewußten Arbeiter und fortschrittlichen Menschen, an die verschiedensten Initiativen der Werktätigen der Friedens- und Umweltschutzbewegung sowie an alle nichtmonopolistischen Parteien und Organisationen. Mit Ausnahme von den Grünen und der DKP, welche eine Aktionseinheit ablehnen und auf eine Unterstützung und Zusammenarbeit mit der SPD orientieren.

Für die Minimalplattform schlagen wir folgende sechs Hauptpunkte vor:

1. den gemeinsamen Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen.

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Für höheren Lohn!

Für mehr Lehrstellen in der Großindustrie!

Für die Übernahme aller Lehrlinge entsprechend ihrer Ausbildung!

Für Erhalt und Erweiterung der Jugendarbeitsschutzbestimmungen!

2. den gemeinsamen Kampf gegen die Umweltzerstörung und deren Auswirkungen auf Gesundheit und Leben der Werktätigen, wobei sich dieser gegen die Industrie als den Hauptverursacher richten muß.

Sofortige Entschwefelung und Entgiftung von Kraftwerken und Industrieanlagen auf Kosten der Betreiber!

Wirksamer Umweltschutz und verstärkte Kontrolle gegen die industriellen Verschmutzer!

Haftung der Verantwortlichen für die entstandenen Schäden!

3. den gemeinsamen Kampf gegen die Gefahr eines atomaren III. Weltkrieges, welche gegenwärtig vor allem durch die Weltraumrüstung verschärft wird.

Gegen jegliche Weltraumrüstung!

Weg mit dem "Krieg-der-Sterne-Programm" SDI und der europäischen Ergänzung Eureka!

Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen!

Gegen die Verlängerung der Wehrdienstzeit!

4. gegen Unterdrückung anderer Völker und gegen Rassenhaß.

Für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen!

Abbruch aller wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der BRD mit dem rassistischen Regime in Südafrika!

Sowjetische Truppen raus aus Afghanistan!

5. den gemeinsamen Kampf für die Verteidigung und Erweiterung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten und gegen alle Ansätze und Begünstigungen des Faschismus.

Für ein uneingeschränktes Versammlungs- und Demonstrationsrecht auf antifaschistischer Grundlage!

Weg mit der Änderung des Paragraphen 116 des AFG! Für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht!

Kampf der Novellierung des Polizeigesetzes!

Verbot aller faschistischen Organisationen!

6. auch die Intellektuellen, Kleinbauern, Handwerker usw. haben unter dem Monopoldiktat der Großkonzerne, Banken und Großagrarien zu leiden.

Gegen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung zu Lasten der kleinbürgerlichen Intelligenz in Industrie, Handel und Verwaltung, gegen Arbeitsplatzabbau und schlechtere Bezahlung!

Gegen die Ruinierung und Verelendung der Kleinbauern, Kleingewerbetreibenden und Kleinhändler durch Großagrarien, Großindustrie und Großhandel!

Die Bereitschaft zur Aktionseinheit ist verbunden mit dem Recht auf eine eigenständige Öffentlichkeitsarbeit. Sie erfordert:

Keine Verwischung der Meinungsverschiedenheiten, aber zurückstellen hinter dem notwendigen Kompromiß. Dabei soll auch das Recht bestehen, seinen Wahlkampf auf einzelne Wahlkreise und bestimmte Kandidaten zu beschränken.

Dies gibt auch anderen Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen die Möglichkeit, zu den Bundestagswahlen zu kandidieren und nutzt der Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen.

Zur Besprechung unseres Vorschlags schlagen wir allen interessierten Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen vor, sich an die MLPD zu wenden.

Mit solidarischen Grüßen

Stefan Engel
(Parteivorsitzender)

Teststreckenbau mit Rodung begonnen

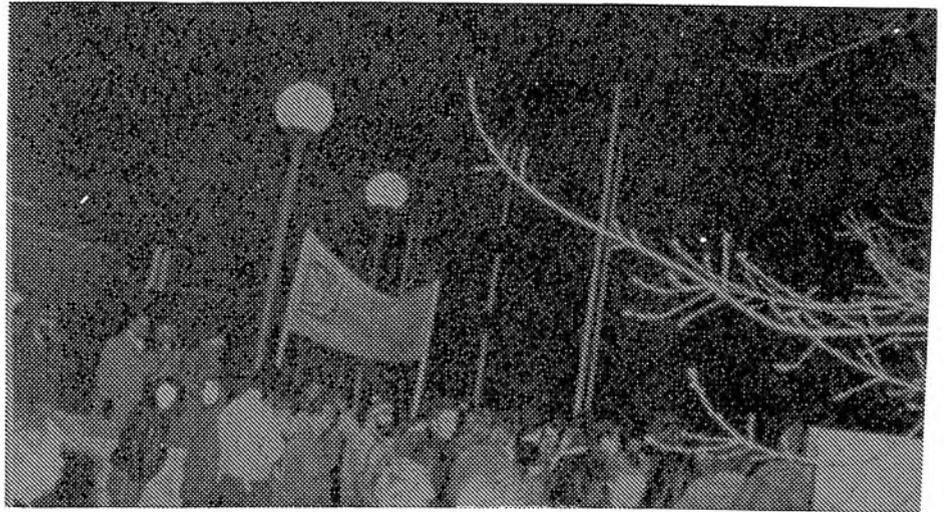
Boxberg. Mit Späths Spezialeinsatzkommando (SEK) an der Spitze haben nahezu tausend Polizisten am 15. Januar den Beginn der Rodungsarbeiten für die Teststrecke durchgesetzt. 400 - 500 Gegner hatten bis zum Mittag das Waldgelände besetzt gehalten. Teilweise unter erheblicher Gewaltanwendung wurden 33 Demonstranten festgenommen, darunter sechs Landtagsabgeordnete der Grünen. An den beiden nächsten Tagen waren 80 bzw. 25 Teststreckengegner beim Waldgelände, in Bad Mergentheim und Tauberbischofsheim wurde mit Ständen und Kundgebungen informiert. 38 ha des ehemaligen Assamstädter Gemeindewaldes, 1979 an das Land Baden-Württemberg verkauft, jetzt im Besitz der Daimler-Benz AG, sollen zunächst gerodet werden. Bei einer Kundgebung am letzten Samstag (ca. 700 Teilnehmer) haben Sprecher des BUNDSCHUH, der Grünen und der SPD die Landesregierung aufgefordert, mit dem Baubeginn bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes abzuwarten. Anlässlich der 100-Jahr-Feier von Daimler-Benz wurde zu Protestaktionen in Stuttgart aufgerufen. — (mah)

Wackersdorf: Polizei übt Bürgerkrieg

Wackersdorf. Am 7.1.86 wurde der Bauplatz von etwa 4000 Polizisten geräumt (Polizeiangabe: 2000). Ihre Ausstattung: Polizeihunde ohne Maulkorb, Tränengas, Maschinenpistolen und Hubschrauber. Unterstützung durch den Bundesgrenzschutz und eine Sondereinsatztruppe (vermutlich GSG 9). — "Kriegsmäßiger Einsatz der Polizei" (Landrat Schuierer). Bei der Räumung des Platzes von den etwa 1700 Demonstranten wurden bevorzugt Nichtoberpfälzer erkennungsdienstlich behandelt, der Rest wurde gegen 16 Uhr unkontrolliert vom Platz gelassen, um hinterher berichten zu können, daß "nur 25 - 30%" der Platzbesetzer Einheimische waren.

Bereits im Vorfeld der Platzräumung griff die Polizei bürgerkriegsmäßig ein: In Regensburg wurden bekannte WAA-Gegner auf offener Straße festgehalten und wegen "Verdachts auf Raubüberfall" untersucht; 134 Teilnehmer einer spontanen Demonstration wurden auf dem Rückweg mit Hilfe einer Straßensperre aus den registrierten Autos geholt, verhaftet und eine Nacht im Gefängnis festgehalten.

Nicht in Aktion trat die Polizei — trotz Aufforderung —, als bei einem "Waldspaziergang" am 12.1.86 ein Rodungsarbeiter in einem nicht abgesperrten Gebiet Bäume absichtlich so rodete, daß sie in eine demonstrierende Menschengruppe fielen und es Verletzte gab. — (uth)



Karlsruhe. Am 4.1. folgten 200 dem Aufruf des Bündnisses gegen Neofaschismus zur Demonstration gegen das Treffen zum 35-jährigen Bestehen der "HIAG"-Karlsruhe. Die Demonstration forderte das Verbot von Nazipropaganda aller neonazistischer Organisationen und SS-Traditionsverbände. Nachdem Demonstranten den Eingang blockierten, kam es zu drei Festnahmen. — (eum)

Freispruch für SS-Siggi

Dortmund. Das Dortmunder Landgericht hat am 14. Januar in einer Berufungsverhandlung das Urteil des Amtsgericht Dortmund gegen Borussenfront- und FAP-Führer Sigfried Borchert (SS-Siggi) aufgehoben. SS-Siggi wurde im Juni 1985 wegen schweren Landfriedensbruch zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Er hatte am 20. August 1983 den Überfall der Borussenfront auf ein türkisches Cafe geleitet. Das wurde in der Gerichtsverhandlung im Juni 1985 sowohl von dem "Stern"-Reporter Kromschroder als auch von "Stern"-Fotografen Schwarzbach bezeugt. Nun hat das Landgericht dieses Urteil aufgehoben, weil die Aussagen der beiden "Stern"-Reporter widersprüchlich wären. Bei der Urteilsverkündung klatschten die anwesenden Nazis Beifall und meinten, daß das Gericht endlich richtig Recht gesprochen hätte. Allerdings hat SS-Siggi noch 40 Monate wegen anderer faschistischer Vergehen abzusitzen. — (axg)

Aktionseinheit "Für unser Widerstandsrecht"

München. Das Anti-Strauß-Komitee ruft für den 1.2.1986 in München zu einer südbayerischen Demonstration auf "Für unser Widerstandsrecht — Gemeinsam gegen den Abbau des Demonstrationsrechts!". Auf den Aufruf des ASK haben insbesondere die Stadtratsfraktion der Grünen/ALM, einige Gliederungen von DGB-Gewerkschaften, Schriftsteller und Künstler sowie sozialdemokratische Mandatsträger mit Grußadressen und Stellungnahmen reagiert, worin gegen die CSU-Politik in Bayern und die Politik der Bundesregierung Position bezogen wird.

Dem Anti-Strauß-Komitee gelang

jedoch nicht die Einbeziehung von anderen antifaschistischen Organisationen wie der VVN, der Volksfront oder den Autonomen in eine Aktionseinheit.

Die Diskussion zwischen diesen Kräften über ihre Zielsetzungen würde ein gemeinsames Vorgehen gegen die Reaktion erleichtern. — (dil)

Frankfurt: "Der Protest kam gerade recht"

Frankfurt. So die Römerfraktion der Grünen zum Angriff auf Wallmann beim Neujahrsempfang des DGB, um "... von der eigentlichen Auseinandersetzung abzulenken." Der DGB-Kreisvorstand habe seine Mitglieder durch die Einladung von Wallmann in eine "unmögliche Situation" gebracht. Eine Woche vor dem Empfang ging diesem durch den Vorsitzenden der Frankfurter IG Druck und Papier eine Entschliebung der AG der Vertrauensleute dieser Gewerkschaft zu, in der es sinngemäß heißt, daß die Gewerkschaften nicht mit ihren Feinden zu feiern haben. Doch DGB-Vorsitzender Kiesewetter erklärte, daß allein der politische Dialog weiterhelfe. Nach der Auseinandersetzung gab E. Kersting, Landesvorsitzender der IG DruPa, erneut zu bedenken, ob man "Empfänge mit dem politischen Gegner machen" könne. Die Gewerkschaft in einer Presseerklärung: Wer jetzt noch ausschließlich auf den Weg des Dialogs mit jenen Kräften setzt, die die Gewerkschaften knebeln wollen, betrüge sich selbst. GdP-Vorsitzender Koppmann fordert den Ausschluß aller Mitglieder, die Wallmann angegriffen hätten. Dies haben inzwischen mehrere Gewerkschaften abgelehnt. Teilnehmer der Kreisvorstandssitzung nannten es paradox, wenn Gewerkschaftsmitglieder wegen der Vorfälle ausgeschlossen würden, während Arbeitsminister Blüm weiter IG Metall-Mitglied bleibe. — (udi)

IBM Werk Sindelfingen

Erst Sonderschichten, dann Zwangsurlaub – am liebsten Arbeit rund um die Uhr

Sindelfingen. Die IBM Deutschland GmbH hat 27000 Beschäftigte, davon 10000 in vier Produktionswerken. Im Werk Sindelfingen werden Speicherchips, Chipträger und Leiterplatten für Großrechner hergestellt. Was bedeutet der Umgang mit modernsten Produktionsmethoden für die 2000 Arbeiter und 3000 Angestellten?

Die Computerkomponenten werden in folgender Arbeitsteilung gefertigt: Ein verantwortlicher Ingenieur definiert und überwacht die Maschineneinstellung im jeweiligen Produktionsabschnitt, angelernte Kräfte führen die Arbeit aus. Facharbeiter sind weitgehend in Randbereiche wie Werkzeugbau und Wartung abgedrängt, sie machen ein Drittel der Belegschaft aus. Ein weiteres Drittel ist angelernt, ein Fünftel hat Hochschul-

Der Produktion rund um die Uhr ist IBM schon recht nahe. Nachdem zunächst in immer größerem Umfang Nachtschichten für Nachholarbeiten wegen Fertigungsstörungen beantragt wurden, gelang es der Werksleitung 1983 eine Rahmenbetriebsvereinbarung abzuschließen, die sich ausdrücklich auf den "wirtschaftlicheren Dreischichtbetrieb" beruft. Jeder zehnte Arbeiter macht seitdem Nachtschicht. In dem Maße, wie nachts produziert wird, werden Nachhol- und Wartungsarbeiten auf den Samstag geschoben. Jetzt wiederholte sich das Spiel. Zunächst Samstagsanträge wegen "Ausnahmesituationen", dann 1985 parallel zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung eine Rahmenvereinbarung für den "wirtschaftlichen Zweischichtbetrieb an Samstagen".

Sonderschichten anstehen und daß sie endlich die Regelarbeit rund um die Uhr will, "soweit gesetzlich zulässig".

Mit Verlagerungsdrohungen und Kostenvergleichen zu Schwesterwerken in USA wird die Zustimmung des Betriebsrates zu den Flexikonzepten erpreßt. Die Ideologie, dem Arbeiter ginge es gut wenn es dem Unternehmen gut geht, tut ein Übriges. Es ist nicht Absicht des Betriebsrates – mehrheitlich IG Metall-Mitglieder –, die vollständige Unterwerfung des Arbeiters unter den Konjunkturverlauf zu verhindern, er kämpft für angemessenen Ausgleich. So wurde für die Samstagsfrühschicht ein Antrittsgeld von 42 DM ausgehandelt und für die Sechsstundenschicht am Samstag-nachmittag eine Pauschale für Lohn und Zulagen von 325 DM brutto. Dreischichtarbeiter bekommen pro Jahr drei bezahlte Freischichten, alle drei Jahre eine Woche unbezahlten Bildungsurlaub und alle fünf Jahre zwei Wochen unbezahlten Urlaub plus 5000 DM für Gesundheitsmaßnahmen.

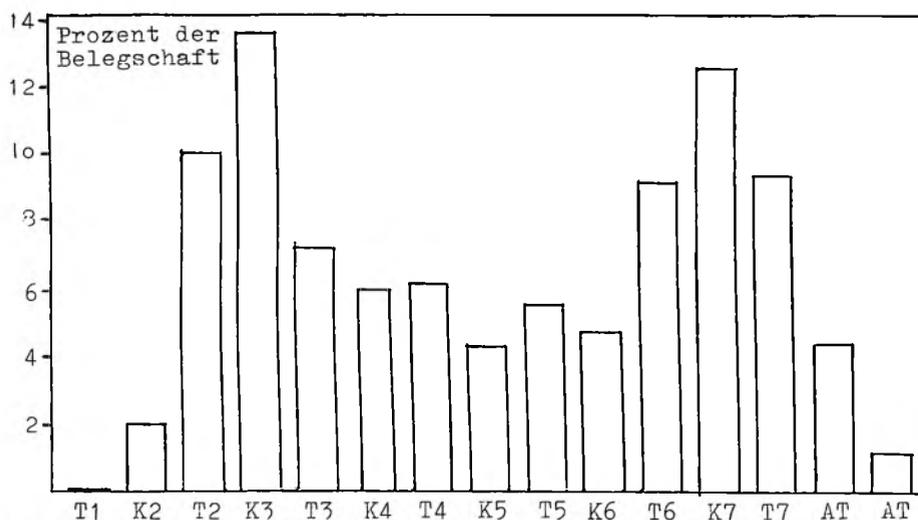
Die IG Metall tut sich schwer in einem Betrieb mit solch gespaltenen Belegschaft. Sie wirbt dort um Unterstützung ihrer Tariffkämpfe, während sie einer Auseinandersetzung um die betrieblichen Arbeitsbedingungen sorgfältig aus dem Weg geht. Dabei würde gerade das den Beschäftigten am meisten nützen und sicherlich auch den Organisationsgrad von jetzt 40% verbessern. -(wor)

Gewerbesteuer

CSU, FDP und IHK beginnen eine Kampagne zur Senkung

München. Beim traditionellen Jahresempfang der IHK München und Oberbayern für die Bayerische Staatsregierung und das Konsularkorps in München waren die Hauptthemen: Konjunktur, sozialer Frieden und Steuerreform. IHK-Präsident Prof. Dr. Rolf Rodenstock forderte außer einer "Begründung der Progressionskurve" und einer "angemessenen Senkung des Spitzensteuersatzes" die Vertreter der Landeshauptstadt München dazu auf, "wenigstens eine Geste in Richtung Herabsetzung der Steuerlast" bei der Gewerbesteuer zu machen. Der Gewerbesteuersatz sei "extrem hoch", und die "kräftig steigenden Einnahmen" würden diese Politik möglich machen.

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß ergriff bei diesem Kammerempfang die Gelegenheit ebenfalls zum Thema Gewerbesteuer-senkung Stellung zu nehmen. Mit der Formulierung, daß er gegen eine völlige Streichung der Gewerbesteuer sei, kann nun die CSU in München gemeinsam mit der FDP im Stadtrat für die Senkung des Gewerbesteuersatzes



Lohn- und Gehaltsverteilung im IBM-Werk nach betrieblich zugeordneter Tarifgruppe. Die Spaltung der Belegschaft ist offensichtlich. Anfangsgehalt in der untersten Gruppe ist 2300 DM (ohne Schichtzulage), ein Ingenieur mit langer Berufserfahrung bekommt das 2,5- bis 3-fache.

abschluß. Die in andere Unternehmen vergebene Produktion, wo rund 1500 Arbeiter für IBM schaffen, wird ebenfalls von diesen Ingenieuren betreut.

Schon lange vor Blüms Beschäftigungsförderungsgesetz nutzte IBM befristete Arbeitsverträge. Zu den konstant 2000 festangestellten Arbeitern kamen 1981 noch 400 mit Zeitverträgen. Ihre Zahl fiel bis 1983 auf Null, stieg 1984 wieder auf 300 und geht jetzt erneut gegen Null. Bei nachlassender Konjunktur werden außerdem Werkverträge kurzfristig gekündigt und die Produktion zurückgeholt. Entlassen müssen dann die anderen. Bei Konjunkturspitzen andererseits werden von der Stammbeflegschaft Überstunden und Sonderschichten verlangt. Nach dem Tarifkampf 1984 mußte monatlang jeder dritte Arbeiter samstags kommen.

Das Stuttgarter Arbeitsgerichtsurteil gegen den Bosch-Konzern, der Samstagsregalarbeit für Dreischichtler einführen wollte, sowie rückläufige Auftragseingänge sorgten jedoch dafür, daß dieser Freibrief für die Regalarbeit am Samstag vorerst in der Schublade blieb.

Nachdem in der ersten Hälfte des letzten Jahres noch jede Menge Nacht- und Samstagsschichten gefahren wurden, begann im Sommer der Absatz zu stocken. Kurzerhand beschloß die Werksleitung, im November weite Teile des Werkes für zwei Wochen zu schließen und forderte die Beschäftigten auf, in dieser Zeit "freiwillig" ihren restlichen Jahresurlaub zu nehmen. Wer keinen mehr hatte, sollte in diesem Jahr nacharbeiten. Mittlerweile hat die Geschäftsleitung bekräftigt, daß dieses Jahr wieder

eintreten.

Die FDP hat zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen Ende 1985 schon die Stimme für eine Gewerbesteuer-senkung erhoben und zwar als "Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen". Die SPD und die Grünen/ALM sind bislang gegen diese Pläne nicht aufgetreten. Vom SPD-Fraktionsbüro ist jedoch zu hören, daß die SPD solchen Senkungen nie zustimmen würde, weil das Geld ja dringend gebraucht wird.

Gegenüber dem Argument, daß eine "Gewerbesteuer-Explosion" stattgefunden hätte, müßte zumindest folgendes eingewandt werden:

- die Gemeindesteuern - den größten Teil davon macht die Gewerbesteuer aus - sind von 1980 bis 1984 in München um etwas weniger als 15 Prozent gestiegen,
- das Lohnsteueraufkommen der Stadt ist im gleichen Zeitraum um fast 30 Prozent gestiegen,
- die Einkommensteuern sind um fast zehn Prozent weniger gestiegen als die Lohnsteuern, und diese Auseinanderentwicklung beginnt 1982 und setzt sich bis heute vehement fort.

Hinzu kommt, daß in den letzten fünf Jahren der Anteil der Gemeindesteuern an den Steuereinnahmen und allgemeinen Finanzzuweisungen zurückgegangen ist.

Quellenhinweis: IHK-Zeitung 1/86, Steuerdaten des stat. Amt München - (dil)

Privatisierung

Gesundheitsversorgung nur noch als Kostenfaktor gesehen

Hildesheim. Seit dem 1.1.1986 ist das Städtische Krankenhaus Hildesheim eine GmbH, deren Eigengesellschafter die Stadt ist. Notwendig sei dieser Schritt geworden, da sich die Defizite des Krankenhauses ständig erhöhten und ein wirtschaftlicheres Arbeiten unter städtischer Trägerschaft nicht möglich sei.

Vorbereitet wurde dieser Schritt in der Presse durch Artikel, die ständig über die hohen Kosten klagten, die das Krankenhaus verschlingt, und die trotzdem unzumutbaren Verhältnisse auf einigen Stationen. Daß die Investitionen notwendig waren, weil die Stadt das Krankenhaus offensichtlich verrotten ließ, scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Seit 1975 kritisieren die Gesundheitsbehörden die unzureichenden Einrichtungen in mehreren Bereichen und drängen auf Verbesserung, wie aus einem Artikel der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung von 1982 hervorgeht, in dem die Ärzte die Zustände im Krankenhaus kritisieren. Um die Gebäude und technischen Einrichtungen dem Standard der modernen Medizin anzupassen,

werden 1982 vom Land 38 Millionen DM zugesagt. Daß es der Stadtverwaltung und der CDU/FDP-Ratsfraktion nicht darum geht, die verrotteten Einrichtungen dem medizinischen Standard anzupassen, sondern darum, das Krankenhaus zu einem sich selbst finanzierenden, möglichst gewinnbringenden Wirtschaftsbetrieb auszubauen, zeigt der ausdrückliche Hinweis der Verwaltung auf das Krankenhausneuordnungsgesetz vom 20.12.1984, in dem "wirtschaftliche Selbstverantwortung des Krankenhauses in den Mittelpunkt der Sanierungsüberlegungen gestellt" wird.

Am 3. Januar 1986 teilt der vorläufige Geschäftsführer der GmbH und bisherige Dezernent für das Krankenhauswesen, W. Hoffmann, mit, daß sich "vorerst" im Krankenhaus nichts ändert. Man wartet auf den Manager.

Wie weit bislang schon die Gesundheitsversorgung unter der CDU/FDP-Ratsmehrheit gedrückt und die Arbeitsintensität des Pflegepersonals gesteigert wurde, zeigen folgende Daten: Die Zahl der stationären Patienten ist von 1977 bis 1984 um 2237 gestiegen, die Verweildauer wurde im gleichen Zeitraum von 12,8 auf 9,0 Tage gedrückt. Kein Wunder, daß bei solchem Durchschleusen der Patienten hin und wieder Betten leerstehen und die Auslastung der Betten "nur" noch 79 % beträgt. Beim Kranken- und Pflegepersonal wurden 71 Stellen gestrichen. Neun Betten wurden abgebaut. Das alles reicht den CDU/FDP-Ratsherren/innen noch nicht. Dieselben Damen und Herren, die bis jetzt im Krankenhausausschuß tätig waren, sitzen jetzt im Aufsichtsrat. Ihr Handwerk wird leichter, da sie sich nun nicht mehr der Öffentlichkeit stellen müssen. Daß außer Rationalisierung, Bettenabbau und Abgabe des Reinigungsdienstes und der Wäscherei an Fremdfirmen auch eine Spezialisierung des Krankenhauses auf Kosten der Grundversorgung nicht auszuschließen ist, lassen die von der Stadt herangezogenen Vergleiche mit privatisierten Krankenhäusern in Lüdenscheid vermuten. - (anp)

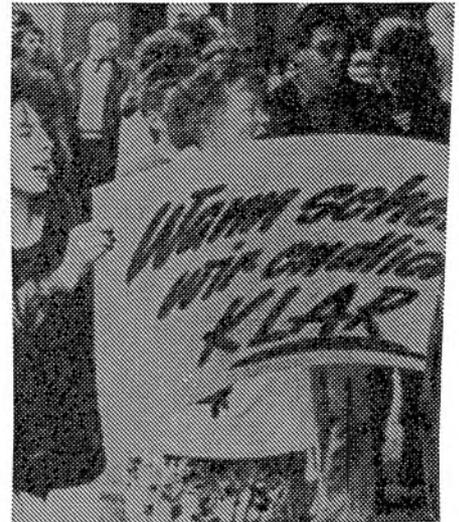
Hertie Dortmund

Endgültig: Hertie zu - 410 Entlassungen

Dortmund. Am 9.1. fiel die endgültige Entscheidung im Kampf um Hertie Dortmund: Am 31.3. wird dichtgemacht, 410 Arbeiter und Angestellte werden entlassen, ein Sozialplan ist das einzige, was für die Belegschaft herauskommt. Der von Betriebsrat und HBV mit dem Vorstand ausgehandelte Sozialplan sieht Abfindungen von durchschnittlich 40000 DM (8000 DM mehr als bei Hertie üblich), Kündigungen frühestens zum 30.6. und an-

teilige Berechnung von Urlaubsgeld und 13. Monatsgehalt vor. Die HBV bewertet diese Regelung als Erfolg.

Tatsächlich war der Vorstand, der auch die Häuser in Castrop-Rauxel und Wanne-Eickel schließen will, ins Schwitzen geraten. Nachdem die Belegschaft im Oktober und November mehrere Betriebsversammlungen abgehalten hatte, eine davon auf der Straße zur Mobilisierung der Öffentlichkeit, ließ er weitere Versammlungen gerichtlich verbieten: das Kontingent an Versammlungen sei erschöpft; zum "Gespräch" mit der Belegschaft trauten sich die Kapitalisten nur unter



Demonstration in Dortmund

dem Schutz von Zivilpolizisten, die vom Betriebsrat rausgeschmissen wurden; an den verkaufsoffenen Samstagen vor Weihnachten verweigerte die Belegschaft die Mehrarbeit, Hertie wurde um 14 Uhr geschlossen, die Belegschaft verteilte Flugblätter; gegen die Schließung wurden mehrere Tausend Unterschriften gesammelt; die bürgerliche Presse berichtete jeweils ausführlich.

Begründet wird die Schließung seitens der Kapitalisten mit "mangelnder Rentabilität" und Verlusten des Hertie-Konzerns bundesweit. Betriebsrat und HBV unternahmen den untauglichen Versuch, dem Vorstand "Unfähigkeit" nachzuweisen und entwickelten "alternative Sanierungskonzepte" (u.a. ein geändertes Warenangebot). Damit war man in der Argumentation den Kapitalisten schon ein Stück auf den Leim gegangen, denn macht man sich die Probleme kapitalistischen Wirtschaftens zu eigen, kommt man irgendwann um die Anerkennung der daraus entspringenden "Sachzwänge" kaum herum. Festzuhalten ist allerdings, daß die Sozialplanregelung für die Angestellten weit günstiger ist, als in vergleichbaren Fällen.

Nebenbei bemerkt machte Hertie bundesweit 1985 den größten Umsatz aller Kaufhäuser. Laut Vorstand könnten damit die Schulden etwas reduziert werden. - (Mak)

Nach dem Mord an R. Avci

Zahlreiche türkische Organisationen vereint im Kampf gegen den Rassismus

Hamburg. 15000 Menschen demonstrierten am 11.01.1986 gegen den brutalen Mord an dem türkischen Arbeiter Ramazan Avci durch neofaschistische Skin-Heads. Am 21.12.85 hatten mehrere Skin-Heads drei Türken angegriffen, zwei hatten sich in einen Bus retten können. Auf der Flucht war R. Avci vor ein Auto gelaufen, den am Boden Liegenden hatten die Skin-Heads mit Knüppeln so schwer geschlagen, daß er am 24.12.1985 gestorben war.

24 türkische Organisationen, von linken politischen Vereinen bis hin zu religiösen Gemeinden (faschistische türkische Gruppierungen waren weder eingeladen noch beteiligt), veröffentlichten daraufhin eine Erklärung, in

Angst der Ausweisung leben lassen und die zu dem Ganzen schweigen, sind verantwortlich für diesen Mord."

Die 24 Organisationen riefen unter folgenden Parolen zu der Demonstration am 11.01. auf: "Wir trauern um Ramazan Avci / Schluß mit Ausländerfeindlichkeit und Rassismus / Wir sind Einwanderer / Gleichberechtigung / Niederlassungsrecht / Wahlrecht für Einwanderer / Solidarisches Zusammenleben / Doppel-Staatsangehörigkeit / Freundschaft statt Feindschaft / Verbot der HLA und FAP."

Alle türkischen und westdeutschen fortschrittlichen, linken und revolutionären Organisationen riefen zu der Demonstration auf. Ebenso der DGB, der das "Verbot aller neonazistischen

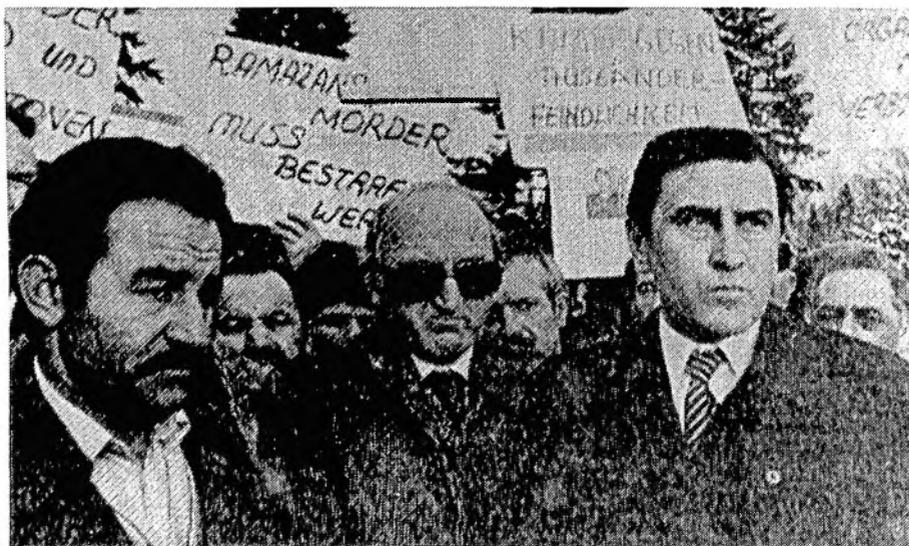
bezeichnet, Skin-Heads seien nicht allgemein ausländerfeindlich, die drei Türken seien "wirklich ganz zufällig vorbeigekommen, die haben sie sich dann gegriffen und verfolgt ..." Bereits am 27.12.1985 belegte die GAL auf einer Pressekonferenz 19 Beispiele von brutalen Skin-Head-Überfällen auf Ausländer zwischen 1982 und 1985, ohne aufwendige Nachforschungen angestellt zu haben. Seit dem Mord an R. Avci berichtet selbst die Springer-Presse in Hamburg fast täglich von weiteren Angriffen auf Ausländer, vor allem Türken. Ein Kundgebungsredner berichtete, daß seit Jahren Tausende von Ausländern Angst haben, abends ihre Wohnungen zu verlassen. Rabels zynisch: "Für Skin-heads beginnt das Ausland bereits bei Werder Bremen ... Bei den Skin-heads ist das aber kein Zeichen einer politischen Gesinnung."

Bei dieser regierungsoffiziellen Verharmlosung der Skin-Heads, deren Verbindungen zu Neofaschisten z.B. von der FAP in Hamburg namentlich belegt sind, verwundert es nicht, daß sie von Polizei und Justiz zuvorkommend behandelt und ihre Überfälle gedeckt werden. Vier der Mörder von R. Avci wurden nach ihrer Festnahme wieder auf freien Fuß gesetzt und erst inhaftiert, als sich abzeichnete, daß R. Avci sterben würde. Die Staatsanwaltschaft brauchte dann bis zum 09.01.86, um den Totschlag-Haftbefehl um den Vorwurf des Mordes zu erweitern. Gegen einen der Mörder z.B. haben terrorisierte Jugendliche über 30 Strafanzeigen wegen Körperverletzung und Vergewaltigung gestellt – nichts passierte. Als sich türkische und westdeutsche Jugendliche zum Selbstschutz zu den "Bombern" zusammenschlossen, begann die Polizei zu observieren – die "Bomber".

Die Ausländerpolitik des Senates ist der Nährboden, auf dem der rassistische Terror gedeihen kann. Senat und SPD dulden Rassismus und rassistischen, neofaschistischen Terror, weil, anders ist es nicht zu erklären, dadurch "Rückkehrbereitschaft" gefördert wird. Da der Rassismus nicht bei gleichzeitiger Begründung staatlicher Sondermaßnahmen gegen Ausländer bekämpft werden kann, greift der Senat zu den fadenscheinigsten Argumenten, um die Existenz rassistischen Terrors überhaupt zu leugnen. Dies war auch seine Haltung in der von der GAL beantragten aktuellen Stunde in der Bürgerschaft am 15.1.86.

Die Zusammenarbeit der türkischen Organisationen im Kampf gegen den Rassismus ist unterstützenswert. Schweigende Duldung rassistischer Übergriffe gegen politisch Andersgesinnte wäre nur eine Unterstützung der äußersten Reaktion.

Quellenhinweis: BILD, Abendblatt, WELT und taz ab 23.12.1985; Arbeiterkampf v. 13.01.1986. –(wal)



300 begleiteten den Sarg mit dem toten R. Avci am 31.12. zum Flughafen.

der es heißt:

"Der Tod von Ramazan ist kein Zufall. Er ist das Ergebnis einer Entwicklung, die keiner von uns wollte, die wir aber erwartet haben. Er ist das Ergebnis der Gesetze und der Politik, die gegen die Ausländer durchgeführt werden. Er ist das Ergebnis des Verhaltens und der Politik, die der Staat, die Polizei und andere Institutionen selbst durchführen. Es ist nicht möglich, nur ein paar Mörder für den Mord an Ramazan verantwortlich zu machen. Die Verantwortlichen sind diejenigen, die die gesellschaftlichen Bedingungen für diesen Mord geschaffen haben – diejenigen, die beim Essen einen 'Türkenwitz' erzählen und darüber lachen können; die einen Ausländer als einen Menschen zweiter Klasse ansehen, die für die Arbeitslosigkeit die Ausländer verantwortlich machen, die Ausländer immer mit der

Organisationen" forderte. Alle Bemühungen der Veranstalter, die SPD für die Unterstützung der Demonstration zu gewinnen, scheiterten; allein die Jusos riefen auf.

Die Haltung der SPD verwundert nicht angesichts der Stellungnahmen des Bürgermeisters v. Dohnanyi, des Innensensors Lange sowie seines Staatsrates Rabels. Im Verein mit der CDU wurde der Mord zwar verurteilt, sodann jedoch massiv beschönigt: Man sei sich mit dem türkischen Generalkonsul "darüber einig, daß dieser schreckliche Vorfall bisher kein Beispiel hat und hoffentlich auch ein Einzelfall bleiben wird." – Am 24.07.1985 war der Türke Mehmet K. von Skin-Heads in Hamburg mit einer Gehwegplatte erschlagen worden.

Dem Prinzip "Einzelfall" ließen die Herren das Prinzip "Zufall" folgen. Als "unser Ermittlungsstand" wurde

"Schwarze Sheriffs"

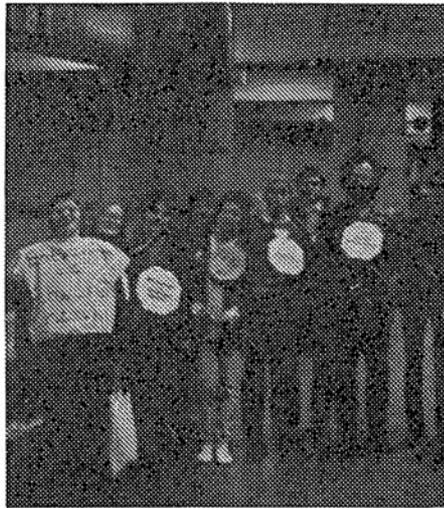
Verträge werden nicht verlängert

München. In den Wochenendausgaben der Münchner Tageszeitungen suchen die Stadtwerke zum 1.1.1987 "Angestellte im Nahverkehrsbetriebsdienst", sie sollen die Nachfolge des "Zivilen Sicherheitsdienstes" (ZSD), besser bekannt als "Schwarze Sheriffs", antreten. Im Dezember 1985 hatte der Münchner Stadtrat mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN/ALM beschlossen, daß die Verträge mit dem ZSD für die Bewachung des U-Bahn Bereiches nicht mehr verlängert werden und statt dessen ein werkseigener Sicherheitsdienst gebildet wird.

Vorausgegangen waren diesem Beschluß des Stadtrates jahrelange Auseinandersetzungen um diesen ZSD mit einem Höhepunkt bei den Kommunalwahlen 1984. Durchweg alle Organisationen der politischen Opposition stellten diese Forderung auf.

1972 hatte der Stadtrat bei der Einführung der ersten U-Bahn-Linie beschlossen, "den Schutz der Fahrgäste vor Beeinträchtigung und Belästigung sowie die Durchsetzung des Hausrechts der Stadt in den U-Bahnhöfen" einer Bewachungsfirma, dem ZSD zu übertragen, da die Polizei dies "aus rechtlichen wie polizeitaktischen Gründen, schließlich aufgrund der Personalsituation, nicht übernehmen kann und können wird". Das Auftreten der "Schwarzen Sheriffs" – Kleidung ganz in Schwarz, am Gürtel einen 38er Smith und Wesson Revolver im offenen Halfter, dazu Gummiknüppel und Handschellen – sowie ihre Übergriffe, besonders auf Minderheiten – "Gammler", Punks, Ausländer usw. – brachte bald die Forderung nach ihrer Ablösung auf. Dazu kamen Aussagen von Carl Widmeier, Chef des ZSD, in denen er formulierte, daß er sich den Einsatz seiner Wehr in allen gesellschaftlichen Konfliktbereichen – Antikriegsdemonstrationen, Hausbesetzungen, militantem Vorgehen gegen Kernkraftwerke und andere Ziele des "subversiven Kampfes" sowie dem sozialen Konfliktstoff unserer Zeit – vorstellen kann.

Die CSU hat sich gegen die Aufkündigung der Verträge mit dem ZSD ausgesprochen und dagegen gestimmt. Heißt dies nun, daß durch die Kündigung der Verträge mit den "Schwarzen Sheriffs" Schluß mit den Übergriffen und Kontrollen insbesondere gegenüber der ausländischen Arbeiterbevölkerung wäre? Dem ist nicht so. Der verantwortliche Dr. Gauweiler kann sich diese faschistischen Methoden auch bei einer städtische Polizei vorstellen, die nach Richtlinie und Gesetz der bayerischen Gemeindeordnung Aufgaben wahrnimmt. In einem



Protest gegen "schwarze Sheriffs"

Artikel der Süddeutschen Zeitung schreibt er: "Die Stadt soll – so sagt der Gesetzgeber in der Bayerischen Gemeindeordnung – 'insbesondere Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung schaffen und erhalten'. Diese oft vergessenen Formulierungen von Gesetz und Verfassung unterstreichen die Verantwortung des Rathauses, wenn es um den Schutz und die Sicherheit des Stadtbürgers geht."

Solange also ein Dr. Gauweiler für "Ordnung und Sicherheit" in München berufsmäßig zu sorgen hat, wird auch nach der Aufkündigung der Verträge mit den Schwarzen Sheriffs dieses Treiben der Reaktion nicht aufhören. – (ror)

VGH-Urteil

"Demonstrationsgebühren" weiter möglich

Freiburg. Bereits im Juli 1985 wies der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) die Berufung des Landes gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart zurück, nach dem ein Teilnehmer der Blockadedemonstration am 12.12.1982 die Kosten für die Anwendung von unmittelbarem Zwang (Wegtragen durch Polizeibeamte) in Höhe von 89,20 DM nicht zu zahlen brauche. Das Urteil des VGH wurde in der Presse so bewertet, als sei jetzt mit "Demonstrationsgebühren" Schluß. Daß dem nicht so ist, zeigt die Begründung des VGH.

Der Kostenbescheid der Landespolizeidirektion sei nämlich nur deswegen rechtswidrig, "weil seine Rechtsgrundlage in §§ 7-9 der Verordnung des Innenministeriums über die Erhebung von Kosten der Vollstreckung nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz... nichtig ist". Und zwar deshalb, weil diese Kostenordnung Art. 61 Abs. 1 Landesverfassung widerspricht. Dort ist nämlich vorgeschrieben, "daß in der Rechtsverord-

nung die Rechtsgrundlage anzugeben ist". Es muß also bei einem Verwaltungsakt (hier: Kostenbescheid) angegeben sein, auf welche gesetzliche Ermächtigung im formellen Sinn sich dieser Verwaltungsakt stützt. In der Eingangsformel der Vollstreckungskostenordnung wird der § 31 Abs. 3 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes als Rechtsgrundlage genannt, nicht aber der § 35 Abs. 4 des Polizeigesetzes, der die Kostenfrage in bezug auf die Anwendung unmittelbaren Zwangs in erster Linie regelt: "Deckt nach allem das Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz nicht die Erhebung von Kosten für die Anwendung des unmittelbaren Zwangs durch die Polizei, so ist die Verweisung in § 35 Abs. 4 PolG konstitutiv", weil sie dem Verordnungsgeber (also dem Land) einen über seine im Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz hinausgehenden "selbständigen Regelungsbereich" eröffne, der im Polizeigesetz einheitlich geregelt sei, und daher dem Zitiergebot der Landesverfassung unterliege.

Weiterhin sei § 7 Abs. 1 Satz 2 der Vollstreckungskostenordnung nichtig, weil dort etwa ein Blockadeteilnehmer schon dann zur Zahlung herangezogen werden könne, "nachdem die Bediensteten sich zur Anwendung unmittelbaren Zwangs an Ort und Stelle begeben haben". Das widerspreche dem Wortlaut der § 33, 35 Abs. 4 Polizeigesetz, wonach Kosten erst dann erhoben werden könnten, wenn mit der Ausübung unmittelbaren Zwangs bereits begonnen worden sei, nicht aber schon dann, wenn die Polizei an Ort und Stelle sei.

Nach allem ist die Erhebung von Kosten für die Anwendung von unmittelbarem Zwang dann möglich, wenn die entsprechenden Vorschriften im Polizeigesetz im Kostenbescheid zitiert werden.

Quellenhinweis: Urteil des Verwaltungsgerichtshofs, in: Verwaltungsblätter Baden-Württemberg 10/1985, S. 385ff. – (ulb)



Demonstration in Boxberg am 15.01.85

Stadthaushalt 1986 Hannover

Viele Initiativen üben Kritik an der Politik der Stadt

Hannover. In bisher nicht gekanntem Umfang hat sich die Kritik an der Politik des Stadtrats und der Stadtverwaltung am diesjährigen Haushalt der Stadt Hannover festgemacht. Initiativen aus dem Kinder- und Jugendbereich haben sich zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen. Die ÖTV (Kreis Hannover) hat einen ausführlichen Forderungskatalog vorgelegt. Die GABL (Grüne Alternative Bürgerliste Hannover) versucht, mit einem "ökologischen Umbauprogramm" neue Akzente zu setzen. Gegen die Finanzierung des Haushalts durch die Kleinverdiener und die Tarifpolitik der Stadtwerke wendet sich besonders die DKP.

Kinder- und Jugendpolitik

In den Beschlüssen zum Stadthaushalt 1982 hatte der Stadtrat erhebliche Einsparungen in den Kitas verordnet. Dagegen wendet sich ein Bürgerantrag des Stadtdelegiertenrates (Der Stadtdelegiertenrat ist die gewählte Vertretung der Eltern und Beschäftigten der Kitas; er entsendet einen Vertreter mit beratender Stimme in den Jugendwohlfahrtsausschuß (JWA)): "Die Unterzeichner beantragen:

1. die von der Verwaltung vorgeschlagenen Stelleneinsparungen in den städtischen Kindertagesstätten Hannovers abzulehnen. Abgelehnt werden soll der teilweise Ersatz der Kinderpflegerinnen durch unausgebildete sogenannte Helferinnen ...

2. eine Finanzierung zu sichern, die folgenden Standard für jede Kindertagesstätte gewährleistet:

- Gruppen mit max. 20 Kindern
- zwei ausgebildete Fachkräfte pro Gruppe, eine(n) Praktikantin/Praktikanten ...
- Sonderförderung aller Kindertagesstätten in sozialen Brennpunktgebieten
- keine weiteren Elternbeitragserhöhungen, stattdessen Beitragssenkungen."

Unter diesen Antrag sind bis Herbst 1984 über 11 000 Unterschriften gesammelt worden. Seitdem "schmort" er im JWA.

Im Bereich Jugendzentren beschloß 1982 der JWA neue Verwaltungsrichtlinien. Bei gleichzeitigem Ausbau der Dienstaufsicht haben die Beschäftigten der Jugendzentren folgende Forderungen aufgestellt:

- "... Schaffung von kommunalen Ausbildungsstätten
- ... keine AB-Maßnahmen
- mehr Jugendzentren, Spielparks, Kindergärten
- Erhöhung des für Jugendarbeit zur

- Verfügung gestellten Etats
 - Kompetenzrückverlagerung in die Einrichtungen, Aufhebung aller Dienstanweisungen, die die Arbeit vor Ort einschränken, behindern und zur Kontrolle der Mitarbeiter dienen
 - Forderung des 4. pädagogischen Mitarbeiters für jedes JZ
 - ein wöchentliches Treffen aller JZ-Mitarbeiter während der Dienstzeit ..."
- Gemeinsam mit Falken, DGB-Jugend, GABL u.a. bilden die Beschäf-

städt. Krankenhäuser ..."

Forderungen der Stadtbeschäftigten

Die ÖTV, Kreis Hannover, kritisiert am Stadthaushalt die Streichung von 1 200 Stellen (850 netto); dadurch wird "die Arbeitsbelastung sowie die Unsicherheit vor Umsetzungen und Herabgruppierungen" gesteigert. Weiter müssen "zusätzliche Stellen für Garten- und Fuhramt geschaffen werden, statt ... die anfallende Mehrarbeit durch Saisonkräfte im Gartenamt und



15 400 Unterschriften hat die DKP gegen die Gaspreiserhöhungen gesammelt. Sie werden dem Stadtrat übergeben (Bild).

tigten der Jugendzentren und der Kita-Delegiertenrat ein Aktionsbündnis. Aus Anlaß der Verabschiedung des Haushalts 1986 führen sie eine Kundgebung durch. Zusätzlich wird gefordert:

- Integration behinderter Kinder
- Auswechseln aller Eisenbahnschwellen auf Spielplätzen
- Übernahme aller Auszubildenden der Kommunalverwaltung, keine 3/4-Stellen! Keine Kürzung der Ausbildungsvergütung der Krankenpflegeschüler!

Ca. 300 Eltern, Kinder, Jugendliche und Beschäftigte aus dem Erziehungsbereich beteiligten sich. In einer Resolution werden die Forderungen bekräftigt: "Die Teilnehmer ... fordern die Ratsmehrheit auf, mit ihrer Tradition zu brechen, eine Jahr für Jahr immer unsozialere Verteilung der Haushaltsmittel vorzunehmen. Es ist eine politische Entscheidung, was aus dem Stadtsäckel finanziert wird. Es ist Geld da, und sog. Sachzwänge akzeptieren wir nicht ... Keine Schließung der Betriebskindertagesstätten der

durch Überstunden und eine Urlaubssperre ... im Fuhramt zu bewältigen." Insbesondere wendet sich die ÖTV gegen ABM-Stellen. "Die ÖTV fordert die Übernahme der ... ABM-Kräfte in unbefristete Arbeitsverhältnisse ... Wo Fremdfirmen unter Einsatz von ABM-Kräften städtische Aufträge erhalten, soll durch Ratsbeschluß sichergestellt werden, daß die zwischen Verwaltung und GPR vereinbarten Bedingungen auch in diesen Betrieben zur Anwendung gelangen. Die Arbeitnehmer in der Stadt können kein Verständnis dafür haben, daß Prachtbauten errichtet werden, während gleichzeitig die Kita-Gebühren steigen, Le-segebühren zu zahlen sind, ... für ein kommunales Ausbildungszentrum angeblich kein Geld da ist." Zur Finanzierung schlägt die ÖTV eine Gewerbesteuererhöhung vor, da "durch Gesetzesänderungen seit 1974 eine Entlastung der Wirtschaft eingetreten ist, die 1984 einem Gewerbesteuerbesatz von 155 v. H. entsprach." Ein Hebesatz von 570 v. H. statt derzeit 415 v. H. ist daher gerechtfertigt.

Der GPR lehnt insbesondere den Stellenplan 1986 ab: Er "setzt die über Jahre zu beobachtende Umstrukturierung zuungunsten der unteren und mittleren Bereiche fort ... Von den 50,5 Stellenstreichungen im Angestelltenbereich (ohne Krankenpflege) entfallen 44,5 Streichungen oder 88 % auf die unteren Vergütungsgruppen IX bis Vc BAT."

"Ökologisches Umbauprogramm" der GABL

In einem "ökologischen Umbauprogramm" stellt sich die GABL gegen die Auflagen der Bezirksregierung Hannover, die Nettokreditaufnahme auf Null zu senken. Der Bereich Soziales verdient besondere Erwähnung:

- Kommunales Instandsetzungsprogramm (Aufstockung der Mittel für städtische Wohnungen)
- Interventionsfonds zur Sicherung mietpreisgünstiger Wohnungsbestände
- Bauprogramm zur behindertengerechten Erschließung öffentlicher Gebäude und Schulen
- Investitionszuschüsse für stadtteil-

- bezogene Jugendarbeit
- Kommunales Ausbildungszentrum
- Sanierung eines Jugendzentrums
- Bedarfsprogramm Kitas (Schaffung von vier zusätzlichen Kitas in vorhandenen Gebäuden, Ersatz für eine Kita)

Kritik muß sein, wenn die GABL wichtige Verkehrsverbindungen als Einbahnstraße deklarieren will. Dabei werden für viele Beschäftigte die Wege zur Arbeit erheblich länger. Oder wenn sie die Sanierung des verseuchten Bodens eines Chemiebetriebes der Stadt aufbürden will, statt den Kapitalisten selbst zur Kasse zu bitten.

DKP gegen Wirtschaftsförderung

Die DKP bietet den verschiedenen Initiativen gegen den Haushalt Unterstützung an, darunter besonders den Arbeitsloseninitiativen und dem Kita-Delegiertenrat. Sie wendet sich gegen die Wirtschaftsförderung und die Finanzierung des Haushalts: "Statt die Konzernbetriebe an der Finanzierung des Gemeinwesens annähernd angemessen zu beteiligen, werden vor den

Reichen Bücklinge gemacht und ihnen 'geistige und kulturelle Anziehungskraft' geboten ... Die Kommunisten fordern deshalb: ... die Gewerbesteuer auf 460 %-Punkte heraufzusetzen ..."

Die DKP erklärt sich gegen die erneute Anhebung der Abwassergebühren und fordert die Streichung der Erhöhung der Konzessionsabgabe bei den Stadtwerken. Im Vorfeld der Haushaltsberatungen hat sie eine Kampagne gegen die Erhöhung der Gaspreise im letzten Jahr und für Preisstopp bei Gas, Strom und Fernwärme durchgeführt. 15400 Unterschriften hat sie unter einen entsprechenden Bürgerantrag gesammelt. Wie bei allen anderen Forderungen an den Stadthaushalt auch konnte es sich der Stadtrat leisten, diesen Bürgerantrag inhaltlich zu ignorieren.

Quellenhinweis: Hannoversche Allgemeine Zeitung und Neue Presse, versch. Ausgaben; Hannoversches Volksblatt, Nr. 11; versch. Veröffentlichungen von Kita-Delegiertenrat, Beschäftigten der JZ, ÖTV, GABL und DKP. - (alx)

"Die Wirtschaftskraft der Stadt stärken"

"Wir müssen alle verfügbaren finanziellen und geistigen Kräfte mobilisieren, um gezielt Maßnahmen durchzuführen, die unmittelbar oder mittelbar geeignet sind, die Stadt Hannover und ihre Region in ihrer Wirtschaftskraft zu stärken; dazu gehört auch die Attraktivität und Ausstrahlungskraft auf geistigem und kulturellem Gebiet",

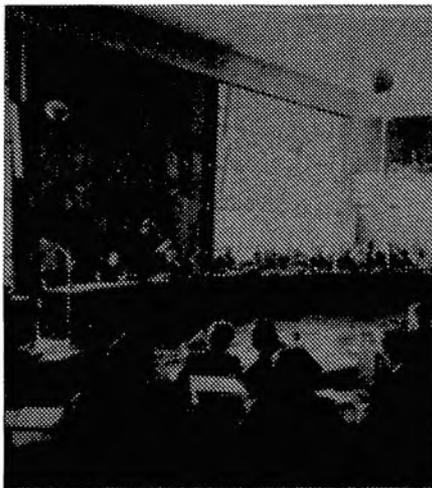
führte Oberstadtdirektor Lehmann-Grube bereits bei der Einbringung des Haushalts 1985 aus:

"Zur Anziehungskraft einer Stadt im Wettbewerb um Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze gehören ihre kulturellen Einrichtungen sowie alle sonstigen Möglichkeiten, Freizeit zu gestalten ... Es fehlt in Hannover ... an Einrichtungen oder Ereignissen, die soviel Glanz ausstrahlen, daß sie die Blicke von weit außerhalb auf die Stadt lenken." Es sei nötig, ... Einrichtungen oder Ereignisse in Hannover zu suchen, die diese Ausstrahlungskraft entwickeln können und es ist Geld und Mühe wert, sie dahin auch zu bringen." An diese Aussage von der Attraktivität und Ausstrahlungskraft auf geistigem und kulturellem Gebiet knüpft er bei der Einbringung des Haushalts 1986 ausdrücklich an: "An dieser Aussage halte ich unverändert fest." Er stellt besonders die Kultur heraus und rühmt die Veranstaltung "Ein Fest mit Georg-Friedrich Händel".

Ungeteilte Zustimmung findet die Stadtverwaltung bei den Ratsfraktionen von CDU und FDP. Die CDU

lobt die aktive und engagierte Wirtschaftsförderungspolitik. Sie bekennt sich ausdrücklich zum Bau des Großkraftwerkes für VW und Conti. Am deutlichsten äußert sich die FDP:

"Wir fordern, daß die Stadt im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit alle nur erdenklichen Impulse für unsere Wirtschaft und den örtlichen Arbeitsmarkt geben muß." Hannover als "Verkehrsknotenpunkt des Nordens" mit direkter Schiene zwischen Messe und Flughafen, Firmenwerbung auch aus China, Konsum- und Kulturangebote für internationales Publikum oder eine Tour-de-France-Etappe wird gefordert. "Das in- und ausländische Publikum besucht nicht unsere Freizeitheime, es will künstlerische Highlights erleben!" Der



Stadtrat: Große Koalition gegen die Forderungen der Bevölkerung.

Maschseesommer zum 50. Jubiläum des Bestehens des Maschsees soll dieses Jahr wohl so ein Highlight werden: Im Rahmen faschistischer AB-Maßnahmen wurden 780000 cbm Erde von Zwangsarbeitern zu geringstem Lohn bewegt. Die Bourgeoisie will das freilich feiern. Der bewilligte Ausbau des Sprengelmuseums sorgt wohl ebenfalls für die nötige Kultur.

Einigung mit der SPD-Fraktion war schnell erzielt. Noch ein bißchen mehr Kultur (für ein Zentrum für Kunst und Kultur der DDR und mögliche Baumaßnahmen in Herrenhausen) und der Neubau der Stadtgärtnerei (statt Privatisierung, wie CDU und FDP es wollten), und schon stimmte die SPD dem Haushalt zu. Die große Koalition war hergestellt; Die SPD stimmte im nachhinein gegen die ursprünglich eigenen Anträge. In nur fünf Stunden hat der Stadtrat alle Anträge von GABL und DKP abgebugelt und den Haushalt verabschiedet.

Die Forderungen der Initiativen bleiben unberücksichtigt, für Wirtschaftsförderung ist genug Geld da. Ein Beispiel aus dem Dezember 1985: Die Stadt kauft den Parkplatz von Pelikan für 4,6 Mio. DM und verpachtet ihn gleichzeitig an Pelikan für 72000 DM jährlich; das sind lediglich 1,6 % des Kaufpreises. Der Vorsitzende des Wirtschafts- und Grundstücksausschusses zu diesem "Geschäft": Um das Entstehen von Industriebrachen zu vermeiden, müsse man aktive Bestandspflege betreiben.

Höhergruppierungen statt höheren Zulagen

Bad Salzdettfurth. Bei FUBA wurden in einer neuen Halle Arbeitsplätze eingerichtet, für die keine vergleichbaren Bewertungen vorlagen. Der Betriebsrat erreichte für 26 Arbeiterinnen eine Höhergruppierung von Lohngruppe (LG) 2 nach 3, obwohl die Geschäftsleitung nur die Zulagen um wenige Prozente erhöhen wollte. Der Betriebsrat konnte ähnliche Arbeitsplätze bei Blaupunkt (Hildesheim) als Vergleich heranziehen. Im Facharbeiterbereich sind 30 Lohngruppenänderungen von LG 7 in 8 erzielt worden, nach dreimonatiger Verhandlung. — (mal)

Banken: 10-Std.-Tag und Samstagarbeit!

Frankfurt. Am 17.12.85 legten die Bankarbeitgeberverbände ihr Programm zur Arbeitszeit vor. Ihre Antwort auf Forderungen der HBV nach 38-Stunden-Woche und weniger Flexibilität: durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 40 Stunden, bis zu 10 Stunden täglich, Ausgleichszeitraum X Monate, ersatzlose Streichung des freien Samstags, Mehrarbeit nur durch AZO begrenzt, Ruf- und Arbeitsbereitschaft an Sonn- und Feiertagen, Herausnahme

Westberlin. Nachdem im September 1985 der Verband der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes (VAdöD) den Tarifvertrag mit den studentischen Beschäftigten vorzeitig gekündigt hat, sind vier Tarifgespräche gescheitert. Der VAdöD bleibt bei seinem Kurs, wie bei den Pflegeschülern den Lohn zu senken. Sein Angebot bei der Schlichtung am 17.1.: 14,50 DM (statt bisher 16,69 DM) ohne Anpassung. Die ÖTV lehnte ab und rief zur Urabstimmung für den Streik ab 23. Januar auf. — (mal)

der Aushilfen und AT-Angestellten aus dem Tarif. Auf diesen ersten Versuch der Bankkapitalisten seit dem Faschismus, den geltenden Tarif entscheidend zu verschlechtern, erklärt HBV: "Schlechtere Tarifverträge — nicht mit HBV!" Aber: "Dies bedeutet jedoch nicht, daß HBV nicht bereit wäre, geschäftspolitische Notwendigkeiten zu berücksichtigen." (HBV-Tarifinfo Nr. 1/86) Dazu ein HBV-Fragebogen: "Bedingt zulassen bei Freizeitausgleich, Geldausgleich, allgemeiner Arbeitszeitverkürzung." Läßt sich HBV auf einen Deal ein? Die Gewinne der Banken sprechen eher für eine hohe Lohnforderung. — (gst)



BöWe-VK fordert Mindestbetrag

Augsburg. Der Vertrauenskörper von BöWe beschloß einstimmig eine Lohnforderung von 8%, mindestens aber 125 DM. Dabei spielte die Überlegung eine Rolle, daß beim Abschluß mindestens 5% für den Facharbeiter raus schauen müssen und für niedrigere Lohngruppen prozentual mehr. Die 125 DM wären auf den Facharbeiterecklohn berechnet 6,5%, auf einen mit 130% vom Ecklohn angesetzten Effektivlohn 5%. Bei Lohngruppe 3/4 wären 125 DM 7,5% auf den blanken Tariflohn, 5,75% auf einen mit 130% angenommenen Effektivlohn. — (lwa)

Programma-Betriebsrat zurückgetreten

Gerstetten. Am 10.1.86 erklärte der Betriebsrat seinen Rücktritt, nachdem ihm eine Woche zuvor 44% der abstimmungsberechtigten Belegschaft das Mißtrauen ausgesprochen hatte. Sechs der ehemals 36 Streikenden hatten inzwischen gekündigt. Die Abstimmung war wegen des unter Vermittlung von Späth ausgehandelte Vertragswerks nötig: Rücktritt, wenn 40% der Belegschaft Neuwahl fordern. Geschäftsführer Röhlich bemühte sich nach dem Streik, die Spaltung der Belegschaft zu vertiefen. Durch Umbesetzungen, Kündigung, versetzte Pausen, Sprechverbote provozierte er hitzige Auseinandersetzungen, bis zur fristlosen Kündigung des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden, Hausverbot und einer Prügelei; die Kün-

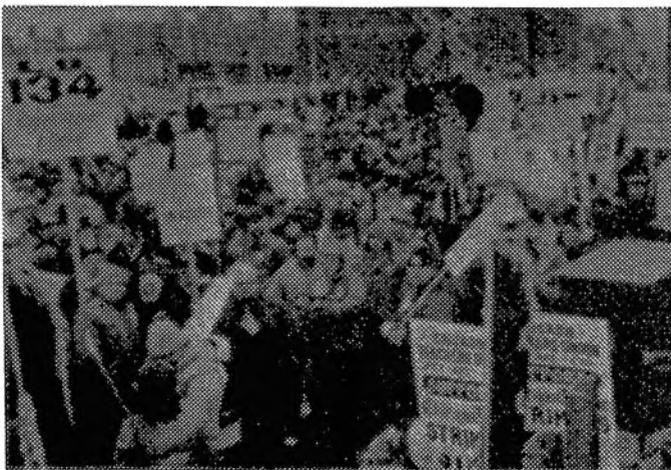
digung wurde inzwischen zurückgenommen. Die IGM hofft, daß sich der neue BR 3/2 zusammensetzt. Damit wäre wenigstens nicht alles verloren. Der Wahlvorstand wurde aus vier Streikenden und zwei Streikbrechern gebildet. — (frr)

BMW: 36-Std.-Woche ohne Lohnausgleich

München. Im April 1985 wurde für ca. 30 Beschäftigte in der Dingolfinger Sattlerei die 36-Std.-Woche ohne Lohnausgleich eingeführt, d.h. eine Woche 40 Std., 1 Woche 36 Stunden und eine Freischicht. Inzwischen wurde dieses Modell auch in der Lackiererei und jetzt auf 50 Frauen im Zentralteillager ausgedehnt. Betroffen sind ausschließlich Frauen. Man setzt darauf, daß die Senkung der Steuerprogression bei Doppelverdienern die Lohnneibuße mildert, und v.a. darauf, daß Frauen dazu eher bereit sind, um die Doppelbelastung von Beruf und Familie und Haushalt erträglicher zu gestalten. — (ke)

Krankenpflegeschüler demonstrieren

Düsseldorf. Auf dem Gelände der Düsseldorfer Universitätskliniken demonstrierten am 15.1. 150 Auszubildende der medizinischen Einrichtungen gegen die drastische Kürzung der Ausbildungsvergütung für Krankenpflegeschüler. Statt 879,75 DM erhalten die angehenden Krankenschwestern und -pfleger vom 1.10.1985 an nur noch 591,09 DM. Die ÖTV, die die Mehrheit im Personalrat stellt, hatte zu dieser Aktion aufgerufen. — (rub)



USA. In Chicago unterstützten am 4.1.1986 17000 Gewerkschafter mit einer Demonstration den seit dem 18.7.1985 geführten Streik der 1200 Beschäftigten bei der Zeitung "Chicago Tribune". Die Demonstration (Bild) wurde zu den zwei Haupttoren des Druckzentrums geführt und verstärkte dort die Streikketten. Die Kapitalisten hatten zuvor — ergebnislos — versucht, die Demonstration gerichtlich zu untersagen. Die Polizei nahm am 4.1. morgens zu Arbeitsbeginn 37 Streikunterstützer fest. Außer Lohnkürzungen ist das Ziel der Kapitalisten, Gewerkschaftsrechte bei Einstellungen zu beseitigen und die Gewerkschaften im Betrieb entscheidend zu schwächen. — (gba)

Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

Chancen für weitere Frontpolitik mit den Kieler Grünen

Kiel. Bei den Gemeinde- und Kreiswahlen am 2.3. sind die Wahlaussichten des Landesverbands der Grünen schlecht. In ihm sind bis heute konservative Ökologen stark, die ihre Kritik an Lebens- und Umweltbedingungen in die Propaganda eines über den Klassen stehenden Interesses am Erhalt "unserer Heimat" münden lassen. Zu einer Oppositionskraft gegen regierende CDU und wiedererstarkende FDP hat sich der Landesverband nicht entwickeln können. Anders verlief der grüne Parteibildungsprozeß in Kiel. Den Hauptteil der Aktiven bildeten ab 1981 aus der APO, der DKP und den Jusos stammende Mitglieder.

Gleichzeitig bildete sich in Kiel eine AL aus Antimperialisten/Autonomen, revolutionären Sozialisten und Initiativen. Deren Kandidatur scheiterte an fehlender Auseinandersetzung und praktischer Zusammenarbeit zuvor. Die Grünen andererseits errangen am 7.2.82 zwei Ratssitze, erhielten Fraktionsstatus und hatten 17 kommunale Ausschüsse zu besetzen. Hierzu luden sie Mitglieder der AL und Initiativen ein. Ohne formelle Koalitionsverhandlungen entstand so für vier Jahre eine Fraktion, die sich in ihrer Mehrheit auf die Vertretung der Interessen von aus- und inländischen Lohnabhängigen bezog. Sie organisierte starke Beiträge für eine Frontpolitik gegen die CDU/FDP-Mehrheit im Stadtrat in 239 Anträgen usw. Der Bogen spannte sich 1984 z.B. von einer Kampagne gegen die Verwendung südafrikanischer Kohle bei den Stadtwerken, der Unterstützung der Rundreise eines schwarzen Gewerkschafters bis hin zur konsequenten Ablehnung der Umorganisierung Kieler Werften auf alleinigen Kriegsschiffbau mit Hilfe u.a. städtischer Mittel von 25 Mio. DM. Alles löste nützlichen Krach unter den bürgerlichen Parteien aus.

1985 jedoch geriet diese Politik in Widerspruch zu Entwicklungen im Kreisverband, als sog. Realos eine frühzeitige Programmdebatte auslösten. Zwar wurden an der Debatte Volksfront, andere antifaschistische Zusammenschlüsse, Ausländerarbeitskreise, Graue Panther u.a. durchaus beteiligt. Vom grünen Kreisverband wurden am 8.12.85 dann aber Entwürfe zur Endfassung durch eine Kommission verabschiedet, in denen die schroffe antiimperialistische, antikapitalistische Kritik in der bisherigen Ratsarbeit abgeschwächt wird. Ansätze für die Propaganda einer "Alternativökonomie" (gerechte Verteilung gesellschaftlicher Arbeit) wurden gelegt. In der Kieler Linken läuft um: "Außer Spesen nichts gewesen." Richtig daran ist bloß, daß in Kiel zu spät mit regelmäßiger Koordination unter Autonomen, Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten begonnen wurde und sich volksfrontähnliche Zusammenschlüsse und Volksfront nur langsam entwickeln; damit fortzufahren ist das eine; die Grünen in Kiel aber nicht einfach rechts liegenzulassen, ist das andere.

"Internationale Beziehungen . . . Wir sehen einen untrennbaren Zusammenhang zwischen einer konsequenten internationalistischen Politik, einer Friedenspolitik und einer aktiven Ausländerpolitik . . . Wir streben Partnerschaften mit Städten aus jenen Nationen der Dritten Welt an, die um ihre politische und wirtschaftliche Eigenständigkeit ringen (Corinto in Nicaragua) . . . Weitere Möglichkeiten der kommunalen Praxis von internationaler Solidarität sind: . . . Boykottkampagne der Stadt gegenüber Waren von dem Rassistenregime in Südafrika."

"Friedenspolitik im Kommunalparlament: Wir lehnen jede Art militaristischer Öffentlichkeitsarbeit und militärischer Präsentation weiterhin scharf ab . . . Wir fordern, daß alle Pläne der lokalen Krisenstäbe für den 'inneren Notstand' und die 'Katastrophenabwehr' öffentlich gemacht werden . . . Wir fordern weiter

die Nicht-Teilnahme der Kieler Verwaltung an Manövern, in denen zivile Verwaltungen die Zusammenarbeit mit den Militärs üben."

"Gleiche Rechte für Ausländer und Deutsche . . . : Ausländerfeindlichkeit ist nicht auf (Faschisten und Neofaschisten) begrenzt; sie begegnet uns in der herrschenden Politik, bei Behörden, in der Presse . . . Die Angriffe gegen ausländische Mitbürger sehen wir als ersten Schritt einer Entrechtung auch der westdeutschen Bevölkerungsmehrheit. . . Wir fordern daher die Abschaffung aller rechtlichen Vorschriften, die die Ausländer in ihrer Stellung . . . benachteiligen: d.h. Abschaffung des Ausländergesetzes, des Arbeitserlaubnisrechtes, der Ungleichheit in den Sozialversicherungen usw. Positiv bedeutet es die Gleichstellung mit deutschen Staatsangehörigen, wozu natürlich auch das Wahlrecht gehört . . . Die bundesrechtlichen Vorschriften lassen der Kommunalpolitik nur geringen Spielraum. Ihn auszuschöpfen und dabei die Betroffenen und die Bevölkerung zu mobilisieren, ist unser Beitrag . . . Uneingeschränkter Nachzug von Ehegatten und minderjähriger Kindern . . . Keine Ausweisung bei Straftaten Jugendlicher und Heranwachsender . . . Keine Ausweisung von ausländischen Ehegatten deutscher Staatsangehöriger bei Straftaten . . . Keine Ausweisung bei Verkehrsstrafaten, Ordnungswidrigkeiten, Verstößen gegen Ausländergesetz und Arbeitserlaubnisrecht . . . Kommunales Wahlrecht . . . Abschaffung der Gemeinschaftsunterkünfte . . . Vermittlung von Sozialwohnungen auch an Asylbewerber . . . Verbot ausländerfeindlicher Propaganda."

"Armut ist kein Randgruppenproblem . . . : Die Kieler Grünen fordern die Abschaffung der 'Hilfe zur Arbeit'. Bei der Ablehnung derartiger Arbeiten darf Sozialhilfe nicht gekürzt oder gestrichen werden . . . Anhebung des Regelsatzes . . . um 30% . . . Anhebung der z.Zt. gewährten Bekleidungsbeihilfen auf . . . mindestens 600 DM jährlich . . . Kindergartenplätze für Kinder von Alleinerziehenden, unteren Lohngruppen und Erwerbslosen zum Nulltarif! . . . Eine Teilung der vorhandenen Arbeit muß generell auf alle Erwerbstätigen erfolgen . . . Personalerweiterungen in wichtigen gesellschaftlichen Einrichtungen und Behörden des Sozial- und Gesundheitswesens sind vorzunehmen . . . Dazu ist nach Auffassung der Grünen dort ein Verbot von Überstunden zu fordern, wo stattdessen Neueinstellungen erforderlich sind . . ."

"Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik: 'Stadt als Dienstleistungsbetrieb für Unternehmerinteressen' - diese Politik beabsichtigen CDU und FDP auf die Spitze zu treiben . . . Weil die Unterordnung der Instrumente kommunaler Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik an die Entwicklung der sogenannten freien Marktwirtschaft nicht dazu taugt, aus Armut, Stadt- und Umweltzerstörung zu finden, müssen andere Wege gefunden werden . . . Wir werden daher . . . nach Möglichkeiten einer völlig eigenständigen kommunalen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik suchen, die den sozialen, ökologischen und demokratischen Belangen der Bevölkerungsmehrheit Rechnung trägt . . . Wir wollen eine Haushalts- und Finanzpolitik, die sich an folgenden Kriterien orientiert: optimal beschäftigungsintensiv, Verbesserung der sozialen Situation, optimale Gesundheitsversorgung und konsequenter Umweltschutz, Erweiterung und Dezentralisierung der kommunalen Entscheidungsfreiheiten . . . Bei der Stadt und städtischen Betrieben . . . Überstunden- und Mehrarbeiten auf neu zu schaffende Stellen übertragen . . . Teilzeitarbeitern müssen an tarifliche Regelungen gebunden sein . . . Eine Ausweitung des sogenannten 'zweiten Arbeitsmarktes' lehnen wir ab . . . Rekommunalisierung (bei Stromversorgung, Wohnungsbau, Verkehr und Hafen) und ökologische und soziale Investitionsprogramme der noch unter städtischer Aufsicht stehenden Betriebe . . . Gründung einer Kommunalen Gesellschaft für Stadtentwicklung und Beschäftigung (GSB) . . ."

Quellenhinweis: Programmentwürfe Kreisverband Kiel, Nov. 1985; Grünes Monatsmagazin 12/85 - (ped)

Arbeitsmaterialien

Arbeitsbedingte Krankheit und Gesundheitsverschleiß

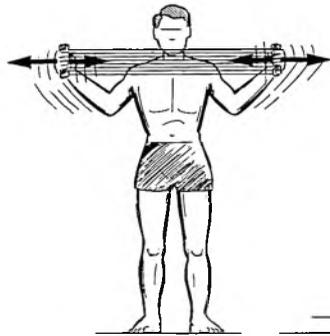
Arbeitsbelastungen und Krankheit

1979–81 werteten die Autoren für den Bundesverband der Betriebskrankenkassen die Daten von 103 BKKs mit 300000 Versicherten aus. Die Krankheitsfälle wurden nicht nur auf ihren Zusammenhang nach Branchen und Berufen ausgewertet. Darüberhinaus wurde für die einzelnen Abteilungen der Betriebe festgestellt, wieviel Prozent der dort Beschäftigten welchen Belastungen (Schicht, Nachtarbeit, Akkord, Lärm usw.) ausgesetzt sind und Abteilungen mit ähnlichem Belastungsprofil betriebsübergreifend zusammengefaßt. Detailliert werden die Gesundheitsschädigungen untersucht. So führt das Belastungsprofil "Schwerarbeit, Lärm, Zwangshaltung" zu Wirbelsäulen-, Ulcus- und Herzerkrankungen, die Gruppe "Prämienlohn, Monotonie, Zwangshaltung" leidet besonders unter Erkrankungen der Atmungsorgane sowie der Magenschleimhaut usw. usf. – Und was kann man tun? Die Verfasser weisen u.a. auf die Möglichkeit der Krankenkasse hin, nach § 384 RVO eine höhere Bemessung der Beitragsteile des Arbeitgebers für einzelne Betriebe zu(zu)lassen, soweit die Erkrankungsgefahr erheblich höher ist. (A. Georg u.a.: Krankheit und arbeitsbedingte Belastungen, BdBKK, 1984, 374 S.) – (wiw)

Husten und Waldsterben

Der Autor, Chefarzt einer Klinik für Erkrankungen der Atmungsorgane, hielt seinen Vortrag auf einem Kolloquium des Kernforschungszentrums Karlsruhe. Zur Unterstützung der Späthschen Propaganda "Lieber saubere Kernkraft als schmutzige Kohle" durfte der Professor zu Ergebnissen kommen, die man sonst von seinesgleichen nur selten hört: er ließ 10000 Menschen in der ganzen

BRD nach bronchialen Symptomen (Husten, Atemnot) befragen. Dabei zeigte sich ein deutliches Süd-Nord-Gefälle der Symptome: in Bayern litten 18,8% der Befragten an Husten, in Niedersachsen nur 11,7%, mit einem "Zwischenhoch" in NRW. Der Anteil der Zigarettenraucher unter den Befragten aber nahm sogar von Norden nach Süden leicht ab. Dagegen zeigte sich eine "auffällige Übereinstimmung" des Hustens



Ein Tip zur Steigerung der Leistungskraft.

mit der Verteilung der Waldschäden in den Bundesländern. Ausdrücklich nicht untersucht wurde, ob die "Arbeiter in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlichen Schadstoffbelastungen am Arbeitsplatz ausgesetzt sind". So wurde das Ziel, ein klassenübergreifendes Interesse an sauberer Luft herauszufiltern, schon durch die Untersuchungsmethode gesichert. Den letzten Gedanken an ein Klasseninteresse, nämlich an die Verursacher des Drecks, verwischt der Autor mit dem Hinweis, von Nord nach Süd nähmen auch die Niederschläge zu: es sei "plausibel", daß "die Schadstoffbelastung durch die Niederschläge gefördert wird". (R. Meister: Zur regionalen Häufigkeit bronchialer Symptome in der BRD in: Koll. Luftverunreinigungen und Atemwegserkrankungen beim Menschen, KfK, 1985, S. 37–73) – (wiw)

Sind Frauen häufiger krank?

Auf der Basis von Routinedaten der Krankenkassen weisen unten angegebene Arbeiten die spezifischen Arbeitsunfähigkeitsrisiken erwerbstätiger Frauen nach. Zum einen, daß der Krankenstand von der Stellung im Beruf abhängig ist, und zum anderen vor allem bei Arbeiterinnen ein überdurchschnittlich hohes Krankheitsrisiko besteht. Typisch hierfür: Montierinnen, Raum- und Hausreinigerinnen. Aus dem hohen Krankenstand bei jüngeren Arbeiterinnen wird der Schluß gezogen, daß dies mit der Mehrbelastung durch Kindererziehung und Hausarbeit zusammenhängt und daß von einem frauenspezifischen Krankenstand nur hinsichtlich der besonderen beruflichen Diskriminierung und sogenannten "Doppelbelastung" gesprochen werden kann. Dem reaktionären Argument, daß die Krankheitshäufigkeit der Frauen aufgrund biologischer Gegebenheiten erklärbar wäre, kann mit den Untersuchungen entgegengetreten werden.

(Sind Frauen häufiger krank?, Bürkhardt D., Oepen M., Wissenschaftszentrum Berlin; Arbeitsunfähige Frauen Einige Fakten wider Unternehmer-(Männer) Vorurteile, Scharf B., in Frau und Arbeit 1/1985; Belastung berufstätiger Frauen durch Nacht- und Schichtarbeit, 1963 von A. Stein als Dissertationsarbeit; Hetze, Monotonie, Streß-Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen von Frauen, Stahn-Willig B., WSI-Dokumentation 1985) – (irs)

Arbeitsschutz und Unfallforschung

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung veröffentlicht Forschungsberichte, die zum Teil als Berufshandbuch zum ABC-Handbuch der Bundesanstalt für Arbeit benutzt werden können. Der vorliegende Bericht über Arbeitsunfähigkeiten, Berufskrankheiten und Mobilität in Berufen vermittelt nur einen groben Überblick, da die Statistiken auf der Grundlage der Volkszählung

von 1970 basieren und keine regionale Untergliederung aufweisen. Allein die Untersuchung zu den Merkmalen des Berufsverlaufs, der Aufschluß über die Fluktuation im Zusammenhang mit dem Anforderungsgrad und Gesundheitsverschleiß geben könnte, ist nur auf deutsche, männliche Erwerbstätige beschränkt und liefert somit nur eine sehr beschränkte Aussage. Auch die Vorgehensweise – z.B. den Anforderungsgrad der Arbeit hinsichtlich des Verbrauchs von Muskelkraft, Widerstandsfähigkeit (Ist eine robuste körperliche Gesundheit notwendig?) und Nervenbelastung durch Schichtarbeit, taktgebundene Arbeit und Arbeiten unter Zeitdruck – den Vorgesetzten des Befragten beantworten zu lassen, deutet ziemlich auf statistisches Material hin, das unter dem Motto der "Wertfreiheit der Wissenschaft" einzuordnen wäre. Eigene Interpretationen enthält der Forschungsbericht nicht.

(Reihe: Forschungsberichte der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung, 1980) – (irs)

Statistik der Betriebskrankenkassen

Jährlich gibt der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) die Statistik zu Krankheitsarten- und Arbeitsunfällen heraus. Sie ist nach Landesverbänden und Wirtschaftsbereichen gegliedert und enthält eine Auflistung von Arbeitsunfähigkeit, Arbeitsunfällen mit Krankenhausaufenthalt und stationärer Behandlung. Bei den Unfallzahlen kann davon ausgegangen werden, daß sie zu niedrig liegen, da für bestimmte Unfälle andere Kostenträger aufkommen und somit statistisch hierbei nicht erfaßt werden; außerdem eine Arbeitsunfähigkeit bis zu drei Tagen nicht immer mit einer Bescheinigung belegt werden muß und damit die Fallzahl drückt. Aus den Ergebnissen des Jahres 1984 ist zu schließen, daß die Arbeitsunfähigkeitsfälle und -tage ansteigen, der deutliche Rückgang in den letzten Jahren bei den Krankenhausfällen und -tagen ist 1984 beendet – sie steigen wieder. Daß die Verweil-

dauer der Krankenhausbehandlung gleich bleibt, wirft ein Licht auf die restriktive Gesundheitspolitik der Bundes- und Länderregierungen mit Hilfe des Kostendämpfungs- und Krankenhausfinanzierungsgesetzes. Die eh schon hohen Diagnosegruppen mit Krankheiten des Skeletts, der Muskeln und des Bindegewebes, sowie die Krankheiten der Verdauungs- und Atmungsorgane nehmen weiter zu und sind branchenmäßig zuzuordnen. So sind die Arbeitsunfähigkeitsfälle pro 100 Pflichtmitglieder in der Metallverarbeitung die höchsten. (Krankheitsarten- und Arbeitsunfallstatistik der BKK, Jahressbände.) – (irs)

Arbeit darf nicht krank machen!

So lautet der Titel der monatlich erscheinenden WSI-Mitteilungen vom April 1985. Auf beinahe hundert Seiten sind nach den Gliederungsblöcken "Arbeitsbedingter Gesundheitsverschleiß", "Gesundheit am Arbeitsplatz und gewerkschaftliche Interessenvertretung" und Berufsgenossenschaften und präventive Gesundheitspolitik viele

Auseinandersetzungen um den arbeitsbedingten Gesundheitsverschleiß, lediglich im Ausnahmefall die Gewerkschaften dies als Bestandteil "... eines ganzheitlichen gesundheitspolitischen Handlungskonzepts der Gewerkschaften ..." nutzen. (WSI-Mitteilungen 4/85) – (irs)

Ein Reaktionär andersgleich...

... ist Prof. Cotta, Ordinarius für Orthopädie an der Uni Heidelberg und Direktor der Orthopädischen Klinik. Er stellt dies unter Beweis mit seinem Buch "Der Mensch ist so jung wie seine Gelenke" und ist einer der vielen gut verdienenden Autoren von vulgärmedizinischen Büchern. Die Aufgabe des Buches ist nach eigenen Worten die, Ursache und Art von Beschwerden transparent zu machen. Auf den fast 300 Seiten bringt es der Verfasser fertig, das Wort "Arbeit" im Zusammenhang mit Gelenkverschleiß oder Schmerzen, einmal zu erwähnen und als direkt exotisch hinzustellen. Es käme tatsächlich vor, daß bei Bergarbeitern, die viel in

Anteil der Rentennewuzugänge wegen Erwerbs- und Berufsunfähigkeit an den Rentennewuzugängen insgesamt 1974–1983 (In vH)

Jahr	Männer		Frauen	
	ArV	AnV	ArV	AnV
1974	40,33	22,71	47,73	30,59
1975	42,17	25,30	50,80	36,21
1976	43,23	25,48	50,32	35,50
1977	47,61	29,02	53,05	40,85
1978	52,72	32,17	54,47	43,47
1979	56,70	32,86	54,40	40,43
1980	55,50	33,65	55,81	41,60
1981	58,00	33,27	58,78	43,12
1982	55,19	33,76	59,67	44,65

Quellenhinweis: Mitteilungen des WSI, April/1985 mit weiterem Tabellenanhang.

Einzeluntersuchungen mit gutem Quellenmaterial aufgearbeitet (z.B. zur Bauarbeit, Herzinfarktrisiko in Metallberufen, Rheuma und Büroarbeit und Krebsrisiken in der Arbeitswelt). Die Daten, Fakten und Fallstudien sind zumeist aktuell aus den achtziger Jahren (siehe auch Tabelle). Zu Recht wird im ersten Aufsatz auf den Mangel hingewiesen, daß trotz der Befassung mit dem Problem Arbeit und Gesundheit durch Arbeiter und Gewerkschaften und der

hockender Position arbeiten müssen, Verschleißerkrankungen am Kniegelenk auftraten. Die Ursache von Krankheit ist Bewegungsmangel, Übergewicht, Alkohol, Nikotin und Uneinsichtigkeit und deswegen sind Bewegung – gute Körperhaltung – Ernährung – Sport die Ursachen für das "Fit"-bleiben und die Leistungsfähigkeit (siehe Abbildung). (Der Mensch ist so jung wie seine Gelenke, Cotta, Piper-Verlag, Sonderausgabe 1981) – (irs)

Erzieherausbildung

Einschwörung auf Erziehung in der Familie

In der heute gelehrten Pädagogik steht immer noch der Grundsatz: zur gesunden Entwicklung des Kleinkindes ist die Mutter-Kind-Beziehung ausschließlich entscheidend. Bei Notsituationen, wie Halbweisen oder Waisen, darf es auch schon mal der Vater oder eine fremde Person sein, aber in den ersten drei Lebensjahren soll es nur eine Bezugsperson sein.

Friedrich Fröbel (1782 – 1852) gilt heute noch als wichtiger Mann in der Pädagogik. In der Erzieherausbildung lernt man als erstes seinen Vergleich: die Blüte (das Kind), das gehegt und gepflegt werden muß (in der Familie), um voll erblühen zu können. Sein Verdienst war, daß er erkannte, wie wißbegierig und lernfähig Kinder sind, er errichtete als erster Arbeitsschulen und Kindergärten.

Die These von der alleinigen Bezugsperson versuchte Rene Spitz vor 40 Jahren zu beweisen. Er untersuchte Heime vom Krieg verwaister Säuglinge, denen es zwar an Nahrung und Hygiene nicht fehlte, die aber in weißgetünchten Räumen und weißen Betten völlig steril gehalten wurden. Natürlich hatten sie die größten Schäden, und Spitz folgte daraus: "Es gibt ein Maß, unter das man die Mutter-Kind-Beziehung im ersten Lebensjahr des Kinder nicht herabsetzen kann, ohne einen Schaden anzurichten, der nicht wieder gutzumachen ist."

Eine Auseinandersetzung in der Erzieherausbildung gibt es darüber nicht. Die Bindung der Mutter an Kind und Herd bringt nur den Kapitalisten Vorteile, für die Frauen bedeutet sie nur Ausbeutung und Unterdrückung. 1982 waren 44% der deutschen Mütter mit Kindern unter 18 Jahren erwerbstätig. Die Zahl derer, die stundenweise unangemeldet arbeiten, wird hoch sein. Der Zwang, die meiste Zeit für die Kinder zur Verfügung zu stehen, führt zu Teilzeitarbeit, Hausfrauenschichten, "flexiblen" Arbeitszeiten oder, wird das Kind in einer Tagesstätte versorgt, zu einem schlechten Gewissen, sein Kind nicht gut versorgt zu haben.

Eine der reaktionärsten Verfechter dieser Ideologie ist heute Christa Meves, in ihren Untersuchungen sind Drogensucht und Jugendkriminalität nicht die Übel der kapitalistischen Gesellschaft, sondern ausschließlich die Eltern tragen die Verantwortung. "Man überläßt sie Kinderkrippen und Babyhotels. Man pfercht sie zusammen in die Frühinstitutionalisierung unserer Kindertagesstätten, Vorschulen ..." Sie setzt entgegen: "1. die konstante Betreuung des Neugeborenen durch die leibliche Mutter ... 2. die Einwurzelung in eine Familie, eine Heimat mit Eltern ... 3. verlässliches Geleit durch Vater und Mutter und deren bewußtes Bemühen, auch geistige und religiöse Orientierung vorbildhaft zu vermitteln."

Aber auch bei anderen Autoren, z.B. Huppertz/Schinzler "Grundfragen der Pädagogik", gibt es keinerlei kritische Auseinandersetzungen mit Alternativen zur Erziehung in der Kleinfamilie. Das Kapitel über die berufstätige Frau wird mit der Fragestellung nach den Entwicklungsstörungen der Kinder abgehandelt: "Die geringsten Entwicklungsstörungen zeigten die Kinder zufriedener Nur-Hausfrauen ... danach folgen ... die Kinder zufriedener berufstätiger Mütter. Die größte Häufigkeit von Problemen zeigte sich allerdings bei den Kindern nicht-berufstätiger, unzufriedener Nur-Hausfrauen."

Wird die These nach einer Bezugsperson heute noch vertreten, ist sie reaktionär. Heute gibt es Untersuchungen über kollektive Erziehung, in der Ausbildung werden sie verschwiegen. Eine solche Untersuchung leistete z.B. L. Doorman in ihrem Buch 'Babys wachsen gemeinsam auf': "Die Fixierung des Kindes auf nur eine häusliche Bezugsperson, die Gefahr der Überbehütung des Kindes durch die nicht berufstätige Mutter, und das emotionale Verkettet-

sein von Mutter und Kind, die von morgens bis abends mit all ihren Bedürfnissen aufeinander angewiesen sind, wirken sich eher nachteilig auf dessen Entwicklung aus ... Eine der wichtigsten neuen Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte ist die Entdeckung eines 'primären Bedürfnisses' des Säuglings nach neuen Eindrücken."

Und gerade das kann in Ganztageseinrichtungen gewährleistet werden. Eine Mutter kann einem Kind nie so vielfältige Eindrücke, sei es über Spielmaterial, Ausflüge und nicht zuletzt die Erfahrungen mit den anderen Kindern bieten, wie es in Kindereinrichtungen möglich ist. Tatsache ist aber auch, daß hier ein ständiger Kampf um bessere Versorgung zu führen ist, da weder die Gemeinden noch die Kapitalisten für die Unterbringung der Kinder aufkommen wollen. Somit müssen Eltern und Beschäftigte gegen die verschiedenen Versuche der Kosteneinsparung antreten, wie z.B. gegen die Schließung ganzer Einrichtungen, Verschlechterung der Personalausstattung, Gebührenerhöhung und Verschlechterung der Einrichtungen mit Mobiliar oder Spiel- und Bastelmaterial. – (unb)

Vergewaltigung in der Ehe (II)

Vom Frühkapitalismus bis zu den "Alternativprofessoren"

Ausgangspunkt ist folgendes: die von der Frauenbewegung aufgestellten Forderungen: "Recht der vergewaltigten Frauen, als Nebenkläger aufzutreten; Recht nach Ausschluß der Öffentlichkeit; Recht der vergewaltigten Ehefrau, ihren Ehemann anzuzeigen." In der entsprechenden Stelle aus Punkt II der Entschließung des BWK auf seiner o.DK vergangenen Jahres heißt es dazu: "Wir unterstützen Forderungen, die sich gegen die besondere geschlechtliche Unterdrückung der Frau wenden. Wir lehnen allerdings die häufig damit verbundene Aufforderung an den Staat nach Ausbau und vermehrtem Einsatz seiner Aufsichts- und Gewaltmittel (gegen die Arbeiterbevölkerung) ab, wie sie in der Forderung nach pauschal höheren Strafen bei Vergewaltigung zum Ausdruck kommt." Vorzuwerfen ist dieser Entschließung, daß sie auf keiner differenzierten Betrachtungsweise beruht: Es geht um die Beseitigung des Besitzrechts des Ehemannes über den Körper der Frau, um die Beseitigung eines Privilegs, also um "Gleichheit vor dem Gesetz", rechtlich, nicht faktisch, denn die Ursachen, die zu solchen Gewalttaten führen, existieren noch und stehen auf einem ganz anderen Blatt. U.a. geht es um die Streichung des Wörtchens "außerehelich" bei den §§ 177/178 des StGB (Vergewaltigung und sexuelle Nötigung). Bislang können diese Vergehen nur im "außerehelichen" Bereich angezeigt werden, die Ehefrau ist von diesem Anzeigerecht ausgeschlossen.

Zur stattgefundenen Diskussion in der BRD

Hier gibt das Buch von D. Helmken gut Aufschluß über die verschiedenen Argumente, die angeführt wurden, um eine Streichung von "außerehelich" bei diesen Paragraphen zu verhindern.

Die Diskussion fand in den 60er und 70er Jahren statt und verschwand seitdem klanglos in der Versenkung von offizieller juristischer Seite her. Im folgenden wollen wir kurz die Argumente gegen und für eine Strafbarkeit der "Ehegattennotzucht" darlegen, damit sich der Leser ein Bild von der damals stattgefundenen Diskussion machen kann.

Im Jahre 1968 wurde von einem Strafrechtslehrer namens E.W. Hanack dem 47. Deutschen Juristentag (DJT)

ein Gutachten vorgelegt, in dem Hanack sich für die einzuführende Strafbarkeit der "Ehegattennotzucht" aussprach, weil es für heutige Verhältnisse überholt sei. Hanack gehörte zu einem Kreis der sog. "Alternativprofessoren", die bei der damaligen Diskussion und Arbeit an der Strafrechtsreform vor dem "Bundestagssonderausschuß für Strafrechtsreform" und beim 47. DJT Einfluß hatten. Von den "Alternativprofessoren" wurden u.a. folgende Argumente ins Feld geführt: "Maßgebend dafür (für die Ablehnung der Strafbarkeit der Ehegattennotzucht) ist insbesondere die Erwägung gewesen, daß eine solche Pönalisierung (Strafbarkeit) wenig effektiv wäre und deshalb im Ergebnis die vielen Schwierigkeiten und Störungen nicht rechtfertigt, die der strafrechtliche Eingriff in den Intimbereich der Ehe mit sich bringt." Hanack wurde im Laufe dieser Diskussion "durch Abrücken von früheren Positionen vom Geburtshelfer zum Totengräber der Diskussion um die Ehegattennotzucht". In dem vorhin erwähnten "Bundestagssonderausschuß" verfügte die soeben gebildete sozialliberale Koalition über eine knappe Ausschlußmehrheit, so hatten auch bei der Sachverständigenanhörung die progressiven "Alternativprofessoren" großen Einfluß. Die Abstimmung: 4 Ja/ 5 Nein/ 1 Enthaltung. Der Regierungsentwurf zum 4. StrRG wurde im 7. Bundestag erneut eingebracht und in der 2. und 3. Lesung am 7.6.1973 verabschiedet, allerdings wurde das Wörtchen "außerehelich" nun auch bei dem § 178 (sexuelle Nötigung) konsequenterweise eingeführt und die Ehegattenkuppelei (§ 181a StGB) gestrichen, um sich nicht in Ehen einzumischen.

Wie gut zu sehen ist, ging der Schuß nach hinten los, mit dem Ergebnis, das die Privilegierung des Ehemannes konsequent und mit deutscher Akribie bei allen in Frage kommenden Paragraphen eingeführt wurde, dies u.a. auch mit der "progressiven" Argumentation: es steht eine Minderung von Straftatbeständen und nicht eine Mehrung an; außerdem seien wir eine freie Gesellschaft, in der sich jede Frau scheiden lassen könne. Bei letzterem Punkt blieb allerdings unberücksichtigt, daß auch die in Scheidung lebende Frau kein Recht hat, ihren Ehemann wegen "Ehegattennotzucht" anzuzeigen, außer über den "Schleichweg" § 240 StGB (Nötigung), wo jedoch die sexuelle Seite der Straftat völlig unter den Tisch fällt. Soweit zu dieser Diskussion.

In unserer Diskussion wurden folgende Probleme genannt: Können wir einer Forderung zustimmen, die in der Praxis darauf hinausläuft, eine faktische Straftaterweiterung zu sein? Die Forderung wird an den imperialistischen Staatsapparat gestellt und wird sicher zur Folge haben, daß auch Angehörige der Arbeiterklasse künftig damit verfolgt werden könnten. Etliche Argumente aus der Diskussion der 70er Jahre wurden ebenfalls wieder aufgewärmt. Außerdem tauchte noch die Befürchtung auf, daß bei Durchsetzung der o.a. Forderungen der Frauenbewegung dies auch Folgen für die politischen Prozesse der Arbeiterbewegung haben könnte.

Diese Argumente sind schwerwiegend und ernstzunehmen, müssen aber in diesem Fall abgewiesen werden, da sonst die Frauenemanzipation grundsätzlich negiert werden müßte. Man müßte dann auch konsequenterweise beispielsweise gegen die Berufstätigkeit der Frau sein, weil das Einbrechen der Frauen in die Arbeitswelt auch mit dazu geführt hat, daß der Lohn ihrer männlichen Kollegen gesunken ist (im Frühkapitalismus sind z.B. deswegen Arbeiterinnen von ihren Kollegen handgreiflich aus den Fabriken geschmissen worden). Was aber, wie wir wissen, nicht mit der Frauenberufstätigkeit ursächlich zusammenhängt, sondern mit ihrer schlechten Entlohnung, schlechten Arbeitsverträgen.

Nötig ist, daß wir uns mit den Ursachen der Gewalt des Mannes über die Frau beschäftigen und uns überlegen müs-

sen, ob es für den Kampf der Arbeiterklasse mit ihrem Bündnispartner Mittelklasse vorteilhaft ist, wenn ein so beträchtlicher Teil ihrer Klasse, nämlich die Frauen, immer noch einer besonderen Unterdrückung ausgesetzt ist. Oder andersherum: Können es sich die Arbeiterklasse und Mittelklasse leisten, den Kampf, den ein Teil von ihnen führt, nicht zu unterstützen mit allen Konsequenzen, also dem imperialistischen Staatsapparat und seinen Institutionen zu erlauben, daß diese einen Teil von ihnen in besonderer Weise und begründet auf von ihnen geschaffener Tradition und Kultur unterdrücken und durch Privilegierung des männlichen Geschlechts (auf dessen Kumpanei hoffend), die Ehefrau bis heute als Rechtsperson in diesem Fall nicht zulassen? Mögen, so gesehen, nicht die Einwände geradezu lächerlich und infam erscheinen und müßte unsere Antwort nicht sein, dann eben bei solchen Angriffen der Bourgeoisie die Stirn zu zeigen und dagegen anzukämpfen? Kann man Forderungen überhaupt mit solch erhobenem Zeigefinger (politische Prozesse) über etwaige Folgen ernsthaft diskutieren? Wir sollten solch weithergeholten Scharmützeln (um nicht zu sagen, demagogischen Argumenten) eine Abfuhr erteilen und uns ernsthaft mit der Sache auseinandersetzen.

Thesen über die historische Entwicklung der Vergewaltigung

Leider war es uns aus Platzgründen nicht möglich, zu diesem Zeitpunkt und in dieser Reihe einen historischen Abriß über die Rolle der Frau, der begleitenden Gesetze seit der Geschichtsschreibung, dem Leser vorzulegen. Der erste Artikel über Vergewaltigung im Faschismus konnte ebenfalls nur ein Schlaglicht auf geschaffene Traditionen werfen und gerade in der Entwicklung bis heute wenig differenzieren. Wir meinen jedoch an dieser Stelle darauf hinweisen zu müssen, daß die Stellung der Frau in keinem Zeitabschnitt so ungewiß, abhängig und somit faktisch rechtlos war, wie im kapitalistischen. Selbst im Mittelalter war es der Frau möglich, und zwar durchaus der Frau aus den sog. "Unterschichten", durch eigene Produktion und teilweisen Verkauf oder Selbstverbrauch, ihrer Stellung eine solide ökonomische Basis zu geben.

Mit dem Frühkapitalismus stürzte dieses Produktionsgewebe allmählich ein, die armen Leute werden in die Städte getrieben, und die Frauen finden entweder unter erbärmlichen Bedingungen selbst Arbeit oder müssen sich auf Geheiß und Verderb einen Mann suchen, der sie ernährt, wollen sie nicht verhungern. Ihre ehemalige Produktionsgrundlage, die örtlich gebunden war, wird mit einem Handstreich weggewischt; in der Masse der Landflüchtigen geht sie unter, in der Masse der Erwerbslosen trifft sie es, deren Arbeitskraft als minder im Gegensatz zu der des Mannes eingestuft wird. Sie kann ihre Arbeitskraft nicht zu den gleichen Bedingungen verkaufen wie ihr männlicher Klassen-genosse, sie ist zweite, ihre Kinder dritte Wahl.

Dies hing mit vielerlei Aspekten zusammen, es sei lediglich darauf verwiesen, daß z.B. durch Schwangerschaft, durch schwere Arbeitsbedingungen (sowohl was die Arbeitszeit als auch die körperlich schwere Arbeit betrifft) die Frau ins Abseits gedrängt wurde. Im Laufe der Zeit entwickelten sich bestimmte Familien- und Ehegesetzgebungen, die Ehe wurde institutionalisiert, die Frau zum Mündel. Im wesentlichen forciert durch preußische Edikte und Gesetze während der Vereinheitlichungsphase des deutschen Reiches, wurde der Frau eine gesamtgesellschaftliche Rolle aufgedrückt, die "Freiheit", ökonomische Basis und "Rechte" aus dem Mittelalter waren dahin, sie bekam keinen Ersatz dafür. In diesem Zusammenhang ist noch wichtig, daß die Landflucht auch dazu führte, daß sämtliche vorher bestandenen Strukturen und Verbindun-

gen, die die Besitzlosen besaßen, ebenfalls zunichte waren, was im speziellen Fall der Frauen dazu führte, daß bestimmte Dienste, die sie früher von Hebammen, Kräuterafrauen (hier soll die "Hexenverfolgung" unberücksichtigt bleiben) usw. in Anspruch nehmen können, nun wegfielen oder Kenntnisse aus der Medizin- und Kräuterlehre verschüttet wurden, da sie über die Generationen vermittelt wurden. Dies mag als nicht so belanglos erscheinen, betrachten wir die hohe Sterberate im Frühkapitalismus, vornehmlich bei Säuglingen, Wöchnerinnen und Frauen, die nicht allein auf eine schlechte Ernährungsgrundlage zurückzuführen ist. Hier ist die Hypothese am Platz, daß sich vermutlich (Unterlagen aus der Zeit des Frühkapitalismus zählen zu den Raritäten) die Ehefrauen ihren Ehemännern geschlechtlich verweigert haben, weil es unter diesen Verhältnissen lebensbedrohend war, Kinder auszutragen, auch wenn wir die unsichere Existenz in diesen Bevölkerungskreisen hinzuziehen. Mußten sich aber diese Frauen nicht in Gegensatz zu der gesellschaftlichen Forderung nach immer höherer und größerer Exploitation von immer mehr Arbeitskräften befunden haben und ist es dann nicht nur allzu logisch, daß die Gesellschaft kein Interesse daran hatte (sprich: preußischer Staat), die Vergewaltigung in der Ehe zu ahnden? Dies mag ein Grund sein, warum sich diese Privilegierung der Ehemänner im Gesetz durch den Verlauf des Kapitalismus seit Anbeginn an halten konnte. Bis heute besteht dies Ehegattenprivileg noch in einem Staat wie der DDR; in Ländern wie Dänemark, Schweden, Finnland, in einigen "Ostblockstaaten" wie der Sowjetunion, kürzlich auch in England, wurde dies Privileg abgeschafft, soweit es bestand.

Abschließend

Der 11. DGB-Bundesfrauenkongreß, der 1985 stattfand, hat sich in zwei Anträgen (NRW, Saarland) mit diesem Problem beschäftigt und Einstimmigkeit bei der Forderung nach Streichung von "außerehelich" erlangt. In diesem Sinne liegen auch Forderungen der Frauenausschüsse der SPD, der Grünen und der DKP auf dem Tisch. Die autonome Frauenbewegung fordert dies schon seit langem.

Wäre es möglich, auch in diesem deutschen Land zu einer Änderung dieser Paragraphen zu gelangen, hätte dies sicher Signalwirkung auf verinnerlichte Moralklischees in Bezug auf die Rolle der Frau, insbesondere der Ehefrau. Die Vergewaltigung in der Ehe wäre gesellschaftlich geächtet; es käme sicher eine Diskussion in Gang, die es versuchen würde, über Ursachen von Vergewaltigung Aufklärung zu erhalten.

Unserer Meinung nach müssen wir ohne Wenn und Aber für die Menschenwürde und sexuelle Selbstbestimmung der Frau eintreten, auch um ein Zeichen zu setzen, daß von seiten der Arbeiterklasse diese besondere Unterdrückung und Rechtlosigkeit von einem Großteil ihrer Angehörigen nicht mehr länger geduldet wird.

Literaturhinweise: Ute Gerhard, Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert, edition suhrkamp, 1984. Dierk Helmken, Vergewaltigung in der Ehe, Kriminalistik Verlag, 1979. Becksche Kurzkommentare, Dreher/Tröndle, Verlag C.H. Beck, 1980. Horst Link, Beck-Rechtslexika, Ehe- und Familienrecht, mit den Reformplänen der Bundesregierung, dtv, 1973. Cheryl Benard, Die ganz gewöhnliche Gewalt in der Ehe, rororo aktuell, 1984. Susan Brownmiller, Gegen unseren Willen, Fischer, 1984. Margret Lück, Die Frau im Männerstaat, Peter Lang Verlag, 1979. Annette Kuhn/Jörn Rüsen, Frauen in der Geschichte, Bde. I und II, Schwann Verlag, 1982. – (heb, heg, lip – DK-AK Besondere Unterdrückung der Frauen)

Berufsverbote in der BRD (II, 1973 – 85)

Rechtliche Grundlagen, Entwicklung und Anwendung

Die Ministerpräsidentenbeschlüsse entfesseln, gestützt auf das Definitionsmonopol der den Innenministerien unterstellten Staatsschutzämter, in Sachen "Verfassungsfeindlichkeit" Gesinnungsprüfungen in gesellschaftlichem Maßstab. Von Januar 1973 bis Juni 1975 werden nach offiziellen Angaben 454 585 "Überprüfungen der Verfassungstreue" von Bewerbern für den Staatsdienst vorgenommen, bei denen schließlich in 235 Fällen die Einstellung von den Behörden verweigert wird. Berücksichtigt man die Methoden, Berufsverbote zu verschleiern (Stellenmangel, Notendurchschnitte verschieben, nachträglich Stellen streichen etc.), ist die vom 3. Internationalen Russel-Tribunal 1978 geschätzte Zahl von 1 500 Ablehnungen für diesen Zeitraum wahrscheinlich.

Die Berufsverbotspraxis ab Anfang der 70er Jahre weist gegenüber der Praxis in den 50ern Besonderheiten auf: Die damalige Feindlinie lag bei den im Adenauer-Erlaß aufgeführten revolutionären bzw. linken Gruppierungen. Diese wird jetzt ausgedehnt auf oppositionelle Initiativen, Komitees, Bürgerinitiativen. In der Sprache der Militärs: Das gesamte Hinterland diesseits der eigentlichen Frontlinie wird mit erfaßt.

Das Verfahren selbst gleicht einer Filteranlage, bei der in der ersten Stufe Informationen durch den Staatsschutz gesammelt und gespeichert, sodann Millionen Einzelanfragen durch die Behörden gestellt werden, um in der nächsten Stufe sog. "Erkenntnisse" vorzulegen, welche eine Anhörung durch spezielle Landeskommissionen oder Beamte der jeweiligen (Einstellungs-)behörde nach sich ziehen. Der Betroffene weiß nicht, welche Fragen an ihn gerichtet werden. Die Willkür der präsentierten Erkenntnisse wird verstärkt durch die subjektive Übersetzung in die Fragen der Anhebungsbeamten. Weit davon entfernt, sich nur auf die vorgelegten "Erkenntnisse" oder Tatsachen zu stützen, erforschen die Anhörer Meinungen, Wünsche und persönliche Lebensumstände des Bewerbers. Hierbei setzen sich

die mehr oder minder privaten Ansichten des Dienstherrn bzw. der anhörenden Beamten als Bewertungsgrundlage für "Zweifel" durch. So heißt es beispielsweise in einem Ablehnungsbescheid des Oberschulamts Stuttgart Mitte der 70er Jahre:

"Wer – wie der Antragsteller – bei allen möglichen Ostermärschen, Kundgebungen gegen die Notstandsgesetze und Vietnamdemonstrationen im vorderen Glied mitmarschiert ist und die rote Fahne geschwungen hat, braucht zwar nicht unbedingt ein Kämpfer gegen die freiheitliche demokratische Ordnung des Grundgesetzes zu sein, aber eine positive Gewähr dafür, daß er jederzeit für die freiheitliche Grundordnung eintritt, liegt darin gewiß auch nicht." (1)

Der Verfasser dieses Bescheids unternimmt nicht die geringsten Anstrengungen nachzuweisen, die Teilnahme an Vietnamdemonstrationen begründe Zweifel an der "Verfassungstreue". Seine Abneigung gegen Vietnamdemonstrationen genügt; er erhebt sie in den Rang eines Verfassungsgrundsatzes.

Das Bundesverfassungsgericht läßt Art. 33 Abs. 5 zur absoluten Treuepflicht gegenüber der Exekutive auf

Mit dem ersten Leitsatz des Beschlusses vom 22.5.1975 dehnt das Bundesverfassungsgericht die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu einer umfassenden Treuepflicht aus und erklärt diese zur dominanten Eignungsanforderung für Staatsbeschäftigte. Als Kern von Art. 33 Abs. 5 leitet das Gericht eine politische Treuepflicht ab, d.h. "die Pflicht zur Bereitschaft, sich mit der Idee des Staates, dem der Beamte dienen soll, mit der freiheitlichen demokratischen, rechts- und sozialstaatlichen Ordnung dieses Staates zu identifizieren . . . Die politische Treuepflicht – Staats- und Verfassungstreue – fordert mehr als nur eine formal korrekte im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung; sie fordert vom Beamten insbesondere, daß er sich eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe und die geltende Verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren. Vom Beamten wird erwartet, daß er diesen Staat und seine Verfassung als einen hohen positiven Wert erkennt und anerkennt, für den einzutreten sich lohnt.

Politische Treuepflicht bewährt sich in Krisenzeiten und in ernsthaften Konfliktsituationen, in denen der Staat darauf angewiesen ist, daß der Beamte Partei für ihn ergreift. Der Staat – und das heißt hier konkreter, jede verfassungsmäßige Regierung und die Bürger – muß sich darauf verlassen können, daß der Beamte in seiner Amtsführung Verantwortung für diesen Staat, für 'seinen' Staat zu tragen bereit ist, daß er sich in dem Staat, dem er dienen soll, zu Hause fühlt – jetzt und jederzeit und nicht erst, wenn die von ihm erstrebten Veränderungen durch entsprechende Verfassungsänderungen verwirklicht worden sind." (2)

Diese inhaltliche Bestimmung der politischen Treuepflicht, vorgenommen von der Warte des Ausnahmezustands, des Ernstfalls, bezieht sich sowohl auf die fdGO als auch die konkreten Maßnahmen der Exekutive, wobei der Beamte einer fortwährenden Distanzierungspflicht gegenüber allen politischen Strömungen nachkommen muß, die den Staat, den Gesellschaftszustand fundamental kritisieren bzw. radikale Veränderungen befürworten. Eine sich mit dem jeweils real existierenden Staatsapparat und seinen Maßnahmen persönlich identifizierende, für jede Politik fügsam sich einsetzende Beamtenschaft wird hier verankert.

Wenn Sie Wert darauf legen - ich
kann Ihnen jetzt einen neuen Stempel
in die Akte
drücken!



Beschluß des BVerfG vom 22. Mai 1975 – Leitsätze (Auszüge)

1. Es ist ein hergebrachter und zu beachtender Grundsatz des Berufsbeamtentums (Art. 33 Abs. 5 GG), daß den Beamten eine besondere politische Treuepflicht gegenüber dem Staat und seiner Verfassung obliegt . . .

3. Bei Beamten auf Probe und bei Beamten auf Widerruf rechtfertigt die Verletzung der Treuepflicht regelmäßig die Entlassung aus dem Amt. Bei Beamten auf Lebenszeit kann wegen dieser Dienstpflichtverletzung im förmlichen Disziplinarverfahren auf Entfernung aus dem Dienst erkannt werden.

4. Es ist eine von der Verfassung (Art. 33 Abs. 5 GG) geforderte und durch das einfache Gesetz konkretisierte rechtliche Voraussetzung für den Eintritt in das Beamtenverhältnis, daß der Bewerber die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten . . .

6. Die sich aus Art. 33 Abs. 5 GG ergebende Rechtslage gilt für jedes Beamtenverhältnis, für das Beamtenverhältnis auf Zeit, für das Beamtenverhältnis auf Probe und für das Beamtenverhältnis auf Widerruf ebenso wie für das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit . . .

8. Ein Teil des Verhaltens, das für die Beurteilung der Persönlichkeit eines Beamtenanwärters erheblich sein kann, kann auch der Beitritt oder die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei sein, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt – unabhängig davon, ob ihre Verfassungswidrigkeit durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts festgestellt ist oder nicht . . .

10. Es steht nicht in Widerspruch zu Art. 12 GG, wenn der hergebrachte Grundsatz des Berufsbeamtentums im Beamtenrecht verwirklicht wird, vom Bewerber für ein Amt zu verlangen, daß er die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten."

Plastisch wird o.a. Anforderungsprofil am Beispiel der Amtsenthebung von Prof. Peter Brückner aus Hannover am 21.10.1977. Diese wurde auf Zitate von Texten Prof. Brückners gestützt, die in ihrer Gesamtheit im Zusammenhang seiner wissenschaftlichen Argumentation stehen und aus ihr verstanden werden müssen. In der Anschuldigungsschrift des niedersächsischen Wissenschaftsministeriums vom 16.1.1980 wird ihm vorgeworfen, er habe seine Dienstpflichten, v.a. die fdGO-Treue, verletzt, "indem er 1. Anfang Juni 1977 in Hannover dem niederländischen Journalisten Nico Haasbroek ein später am 23.9.1977 von der niederländischen Rundfunkgesellschaft VPRO ausschnittweise gesendetes Interview gab, in dem er bei der Analyse der studentischen Protestbewegung der Jahre 1967/68 und der verfassungsfeindlichen Ziele und des strafwürdigen Vorgehens der sogenannten Rote-Armee-Fraktion (RAF) die Reaktion des Staates und seiner Organe einseitig, verallgemeinernd und ohne eindeutige und vollständige Distanzierung von den verfassungsfeindlichen Bestrebungen der RAF würdigt, wenn er u.a. dem Vorgehen einzelner Polizeibeamter 'inhumane, terroristische und manchmal lustvolle Aspekte' zuschreibt; der Beschuldigte weiterhin meint, daß 'wir in Klassengesellschaften leben, in denen alle schönen Worte wie Sozialstaat, Gerechtigkeit, Gleichheit eigentlich Symbole für Scheinwelten sind . . .' (3)

Begriffskrücke der "politischen Treuepflicht" ist die dem Beamten auferlegte Mäßigung bei politischen Meinungsäußerungen, bei denen er angesichts des sanktionierten Ermessensspielraums der Behörden und je nach dem Stand der öffentlichen Meinung dauernd Gefahr läuft, bei kritischen Äußerungen die Grenze zur Dienstpflichtverletzung zu überschreiten. Die fortgesetzten Versuche u.a. der baden-württembergischen Kultusverwaltung, die Grenzlinie der Meinungsfreiheit von Staatsbeschäftigten mittels CDU-Programmatik und teilweise persönlichen Auffassungen des Kultusministers zu ziehen, wurden in dieser Zeitschrift schon öfters dokumentiert.

Leitsatz 8 des BVerfG-Beschlusses legt die Entscheidung, ob eine politische Partei in ihren Zielen darauf gerichtet ist, die fdGO zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, endgültig in die Hände der Behörden. Das sog. Parteienprivileg wird weitgehend hinfällig, da die behördliche Stigmatisierung von politischen Parteien als verfassungsfeindlich, diesen die Werbung von Mitgliedern erheblich erschwert und ihren Handlungs- und Wirkungsspielraum einschränkt. Explizit wird der Verwaltung zugestanden, die Bewertung ausschließlich auf ihre Prognose über die Persönlichkeitsentwicklung des Bewerbers oder Beschäf-

tigten zu stützen, wobei "eine von Fall zu Fall wechselnde Vielzahl von Elementen und deren Bewertung" zu berücksichtigen sei. Bei Anfechtungsklagen von abgewiesenen Bewerbern oder Entlassenen "ist die gerichtliche Nachprüfung darauf beschränkt, ob diese Stelle (die Behörde, d.Verf.) von einem unrichtigen Sachverhalt ausgegangen ist und ob sie den beamtenrechtlichen und verfassungsrechtlichen Rahmen (Art. 33 Abs. 2 und 5 GG), in dem sie sich frei bewegen kann, verkannt hat. Im übrigen ist die Nachprüfung von Ablehnungsbescheiden . . . auf die Willkürkontrolle beschränkt; dabei kann das Gericht die angegriffene Beurteilung ersetzen. Aus demselben Grund kann das Gericht in aller Regel dem Anfechtungskläger den Zugang zum öffentlichen Dienst nicht eröffnen." (4)

Die Grundsätze des BVerfG-Beschlusses wurden im Laufe der letzten zehn Jahre ungeachtet vorübergehender, verfahrensrechtlicher Lockerungsübungen Ende der 70er Jahre in den mittleren und unteren Etagen der Verwaltungs- und Arbeitsgerichtsbarkeit durchgesetzt, bei den Obergerichten noch vollständiger. Mit dem Bundesverwaltungsgerichtsurteil gegen den seit 30 Jahren bei der Post beschäftigten Technischen Fernmeldehauptsekretär Hans Peter vom 29.10.81 wurde eine Säuberung lebenszeitlich verbeamteter Staatsbeschäftigter eingeleitet. Gleichzeitig geben die Obergerichte zunehmend verbotsvorbereitende Beurteilungen von im Verfahren nichtbeteiligten Organisationen ab: "5. Der erkennende Senat (BVerfG-Urteil vom 29.10.81, d.Verf.) hat in seinem o.a. Urteil im einzelnen ausgeführt, daß die inhaltlichen politischen Bestrebungen der früheren Kommunistischen Partei Deutschlands und der DKP identisch sind, so daß die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts in dem KPD-Verbotsurteil vom 17. August 1956 (BVerfG 5,85) weiterhin auch für die DKP zutreffen. Hieran ist festzuhalten." (5) – (z., Bildungspolitische Korrespondenzgesellschaft)

(1) 3. Internationales Russel-Tribunal – Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland, Bd.1, hrsg. v. Deutschen Beirat und Sekretariat des 3. Intern. Russel-Tribunals (Westberlin: Rotbuch 1978), S.129; (2) vgl. Die politische Treuepflicht – Rechtsquellen zur Geschichte des deutschen Berufsbeamtentums, hrsg. v. Edmund Brandt (Karlsruhe, Heidelberg: C.F. Müller 1976), S.213ff; (3) zit.n. "Über die Pflicht des Gelehrten auch als Bürger tätig zu sein", ersch. bei Internationalismus Buchladen, Hannover 1981, S.188f; (4) Brandt, a.a.O., S.227; (5) zit.n. "Urteil des 1. Disziplinarsenats des Bundesverwaltungsgerichts gegen den Techn. Fernmeldeamtmann Hans Meister vom 10.5.1984 (BVerfG 1D 7.83), S.12.

50 Jahre Energiewirtschaftsgesetz

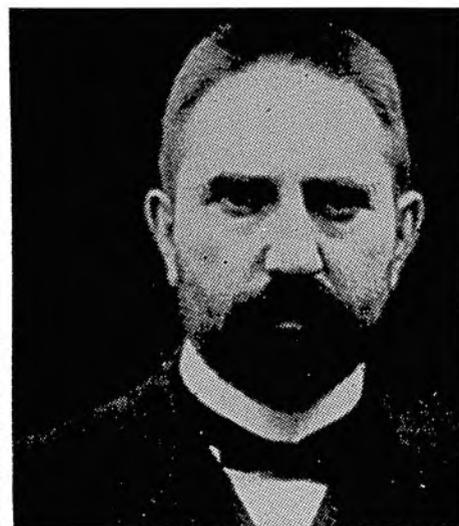
"Rekommunalisierung": Reformkonzept der GRÜNEN zu Struktur und Recht der Energiewirtschaft

Am 13. Dezember 1985 war das Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) seit 50 Jahren im wesentlichen unverändert in Kraft. Zusammen mit einigen auf dem Energiewirtschaftsgesetz aufbauenden Verordnungen (insbesondere die Tarifordnungen/BTO für Gas und Elektrizität und die Allgemeinen Versorgungsbedingungen), dem Kartellrecht (GWB), der Konzessionsabgabenanordnung (KAE von 4.3.1941), den Gemeindeordnungen, dem Atomrecht, dem Planungsrecht und dem Anlagenehmigungsrecht bildet das Energiewirtschaftsgesetz die wesentliche rechtliche Grundlage für die öffentliche Energieversorgung (aber nicht für die industrielle Eigenversorgung) in der Bundesrepublik.

Seit der Verabschiedung – sogar noch im Faschismus selbst, vor allem aber nach 1945 – gibt es Kritik und Novellierungsansätze zu diesem Rechtsrahmen der öffentlichen Energieversorgung. Nach dem Sieg über den Faschismus haben amerikanische Behörden in einem Gesetzentwurf und im Parker-Gutachten "über die Entflechtung und darauf aufbauende Um-

gestaltung der Elektrizitätswirtschaft" weitgehende Dekonzentrations- und Dekartellisierungsmaßnahmen gefordert. Das Präsidium des Deutschen Städtetages hat sich in einem Antrag von 1948 gegen das Energiewirtschaftsgesetz gewandt, "weil

das Energiewirtschaftsgesetz eine aus der Zielsetzung des totalitären Staates herrührende zentralistisch überspitze, bis ins einzelne gehende Bevormundung und Überwachung der Energiewirtschaft brachte. Die Erwartung, der neue Staat werde diesen



Die VEBA AG, eines der größten Energiemonopole, ist u.a. aus dem Stinnes-Konzern hervorgegangen (links: Konzerngründer Hugo Stinnes, 1920; rechts: Bergmann um 1895).

Dokumentiert: Antrag der GRÜNEN zum Energiewirtschaftsgesetz

(Aus dem Antrag der Bundestagsfraktion der GRÜNEN "Neuordnung der Energiewirtschaft und Novellierung des Energierechts", 11.12.1985) Der Deutsche Bundestag möge beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf für ein "Energiestrukturgesetz" (Rekommunalisierungsgesetz) vorzulegen, welches unter dem Leitgedanken "Rekommunalisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft" eine Reform der Ordnung insbesondere der leitungsgebundenen Energiewirtschaft zur Verwirklichung einer sozial und ökologisch verträglichen Bereitstellung von Energiedienstleistungen (EDL) einleitet.

Die zukünftige Bereitstellung von EDL soll dabei den folgenden Kriterien genügen:

- rationelle Energienutzung
- Umweltverträglichkeit und Ressourcenschonung
- soziale Verträglichkeit und demokratische Kontrolle
- ausreichende und sichere Versorgung

- volks- und betriebswirtschaftliche Effizienz
- Anpassungsfähigkeit

Die anzustrebende neue Ordnung der Energiewirtschaft, die den genannten Zielen entspricht, muß sich an folgenden Grundstrukturen orientieren:

a. Die Kommune als Basiseinheit:

Zum zentralen politischen Ort der Umwandlung und Nutzung von Energie werden die Städte, Gemeinden und Kreise. Über die historisch häufig willkürlich gewachsenen Versorgungsgebiete hinaus sollten nach ökologischen und energiewirtschaftlichen Kriterien Kooperationsformen und regionale Stromverbundsysteme (auch unter Einfluß und durch Wiederbelebung industrieller Eigenerzeugung auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung) aufgebaut werden.

b. Die Energiedienstleistungsunternehmen (EDU)

Der "Versorgungsauftrag" bzw. der in den Gemeindeordnungen genannte "öffentliche Zweck" von Energiever-

sorgungsunternehmen (EVU) soll im Sinne von Energiedienstleistungsunternehmen (EDU) ausdrücklich umorientiert und präzise festgelegt werden. Die Unternehmensziele eines EDU unterscheiden sich von denen traditioneller EVU in folgenden grundsätzlichen Punkten:

* Bedarfs- statt Erwerbsprinzip:

Wegen der inakzeptablen gesellschaftlichen Folgen verschwenderischen Energieverbrauchs muß das private Geschäft mit der Ware Energie prinzipiell in Frage gestellt werden. Dies gilt heute auch für kommunale Unternehmen, die dieses Geschäft als "öffentlichen Zweck" betreiben. Energie- und Umsatzexpansion aufgrund des Erwerbsprinzips, z.B. auch zum "fiskalischen" Zweck der Gewinn- und Konzessionsabgabenmaximierung für die Kommunalhaushalte, ist heute ökologisch und sozial weder vertretbar noch zur Substanzerhaltung und -stärkung kommunaler EDU notwendig.

* Nutzungs- statt Angebotsorientierung:

Die Nutzungsorientierung erfolgt konkret im Rahmen kommunaler bzw. regionaler Energiekonzepte, schließt stets die Gesamtoptimierung hinsichtlich Energiezuführung und -einsparung ein und erkennt gerade auch

weder wirtschaftlich nötigen, noch mit den Grundsätzen eines Rechtsstaates verträglichen diktatorischen und parlamentarisch unkontrollierten Staatseingriff beseitigen, haben sich nicht erfüllt." (Der Städtetag, 9/1948, S. 55)

Inzwischen hat es zwar einige begrenzte Novellierungsansätze zum Rechtsrahmen der Energiewirtschaft gegeben (z.B. Novellierung der BTO, 4. Kartellrechtsnovelle), aber die Kritik insbesondere am Energiewirtschaftsgesetz ist nie verstummt und hat gerade in jüngster Zeit wieder an Intensität gewonnen (vergl. Vorschläge der Arbeitsgruppe "Energie und Umwelt" der Umweltministerkonferenz, Kleine Anfrage der SPD vom 8.12.1983).

Für alle bisherigen Novellierungsansätze gilt jedoch, daß sie die Macht der Energiemonopole, insbesondere der großen Stromverbundkonzerne (allen voran RWE), unangetastet lassen und nur über eine verstärkte rechtliche Aufsicht des Staates "eine Regulierung" der Energiemonopole im Interesse des Gesamtkapitals erreichen wollen.

Die Bundestagsfraktion der GRÜNEN hat nun am 11.12.1985 der Presse einen Antrag "Neuordnung der Energiewirtschaft und Novellierung des Energierechts" vorgestellt, der nach erneuter Diskussion in der Partei der GRÜNEN in den Bundestag eingebracht werden soll (s. unten).

die Einsparung von Energie als eine zumindest gleichrangige "öffentliche Aufgabe" neben der Versorgung an. Durch ein neues vielfältiges Leistungsangebot von EDU soll der Verkauf von Energie prinzipiell nur im "Paket" mit konkreten Einsparmaßnahmen angeboten werden.

* Demokratisierung statt unternehmerische Verselbständigung:

Notwendig ist eine vorbehaltlose Offenlegung der Investitions- und Wirtschaftspläne und der Tarifkalkulation sowie deren Beschlußfassung in öffentlicher Gemeinderatssitzung. Der historische Prozeß der Ausgliederung der Versorgungstätigkeit aus der politischen Kontrolle des Gemeinderats muß rückgängig gemacht werden.

* Partizipation statt Verplanung:

Wesentliche Impulse zur Energiesparpolitik sind bereits bisher von engagierten Bürgern und Gruppen außerhalb der Verwaltung und EVU entstanden. Insbesondere wegen der Gefahr einer bürokratischen Planung über die Köpfe der betroffenen Bürger hinweg ist eine institutionelle Bürgerbeteiligung bei Planungsprozessen im Energiebereich sicherzustellen.

c. Die Primärenergiebasis

Die inländische Förderung und der Import von Primärenergie wird zur

Dieser Antrag wurde vom ÖKO-Institut/Freiburg erarbeitet und stützt sich auf eine Reihe von Publikationen dieses Instituts sowie des Bundes Naturschutz (BUND), die unter der Leitidee "Rekommunalisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft" stehen. Neu an diesem Reformkonzept ist, daß keine kosmetischen Korrekturen am Rechtsrahmen der Energiewirtschaft vorgenommen werden sollen, sondern die Produktionsverhältnisse einer bisher rein profitorientierten Branche ("Geschäft mit der Ware Energie") durch Dekonzentration und Entflechtung grundsätzlich angegriffen werden und kommunalisiertes Eigentum zur Grundlage gemacht wird. Insofern knüpft dieses Reformkonzept an Traditionen zur "Kommunalisierung" aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der Weimarer Republik an. Berührungspunkte ergeben sich auch zur Politik der Labour-Party in einigen Großkommunen in England (z.B. Greater London Council) wie zu Positionen, die in der Bundesrepublik unter dem Stichwort "Kommune als Gegenmacht" in rot-grünen Diskussionen eine Rolle spielen.

Unter theoretischen Gesichtspunkten ist an der Rekommunalisierungsstrategie folgendes interessant:

1. Die "traditionelle" Verstaatlichungs- und Vergesellschaftungsforderung der Arbeiterbewegung erhält für eine Branche einen konkret be-

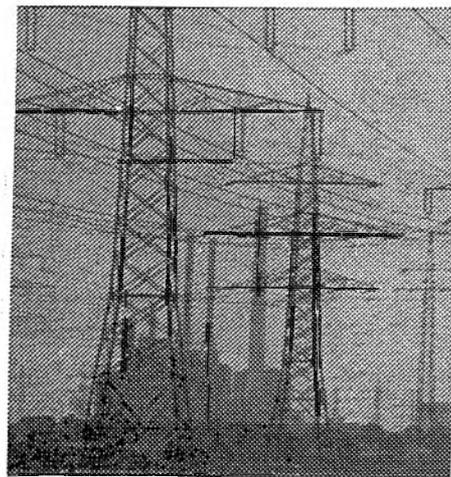
Durchsetzung des Leitziels "Vorrang für Energiesparen" unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt. Dies gilt insbesondere für die grundlegende Primärenergiebasis der Stromerzeugung (vor allem Braun- und Steinkohle), die eigentumsmäßig von der Stromerzeugung entflochten werden muß.

d. Die Netze

Die örtlichen Netze werden kommunales Eigentum und von den kommunalen EDUs betrieben. Die 380-220-kV-Höchstspannungsnetze des überregionalen Verbund- und Transportsystems werden ins Eigentum öffentlicher Zweckverbände überführt und von diesen – getrennt von der Stromerzeugung und für jedermann zum kostendeckenden Preis nutzbar – betrieben. Mittelfristig kann das 380 kV-Verbundnetz (zum Teil auch 220 kV) drastisch reduziert und damit enorme Kosten eingespart sowie Umweltbelastungen abgebaut werden.

e. Die Kraftwerke

Die Kraftwerke werden in das Eigentum von Betreibergesellschaften überführt, die in der Regel von kommunalen, bei landes- bzw. bundeswei-



Bisher durch Gesetz und Regierung unangetastet blieb die Macht der Energiemonopole (Bild: Großkraftwerk Mannheim).

stimmten Inhalt und eine neue objektive Begründung: Die Notwendigkeit einer Änderung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse wird nicht nur politisch ("Demokratisierung") begründet, sondern aus historisch grundsätzlich veränderten "Produktionsbedingungen" von Energie abgeleitet. Der hohe Vergesellschaftungsgrad in der Energiewirtschaft (z.B. Ausweitung leitungsgebundener Energieversorgung mit Erdgas und Fernwärme, steigende externe Effekte – Umweltzerstörung) steht in besonders schroffem Widerspruch zu dem dort vorherr-

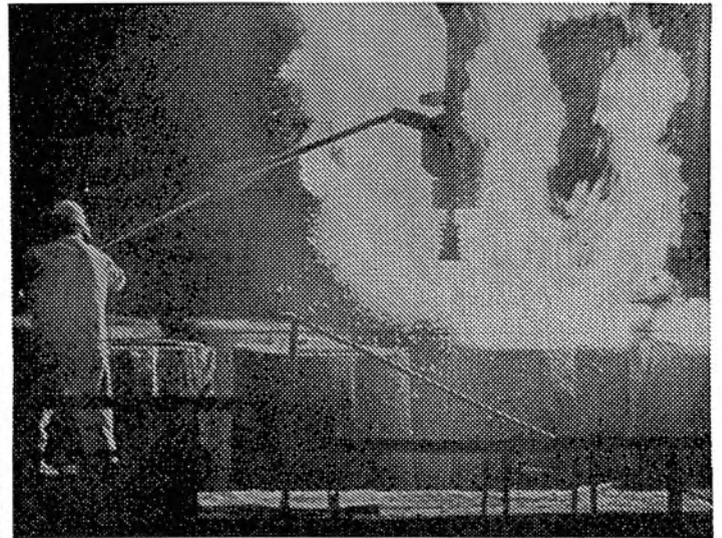
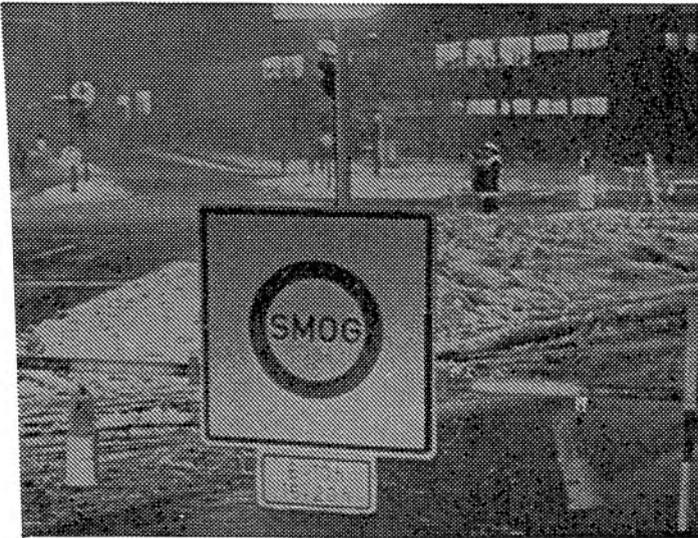
ter Bedeutung auch von gemischt-öffentlichen Anteilseignern kontrolliert und betrieben werden. Alle Betreibergesellschaften arbeiten nach dem Kostendeckungsprinzip.

Um der Produktionskonzentration vorzubeugen, gilt als organisatorisches Grundprinzip: "Pro Kraftwerk ein Unternehmen". Dieses Grundprinzip schließt mit ein, daß in Großstädten und ökologisch vertretbaren industriellen Ballungsgebieten örtliche/regionale "Kraftwerkparcs" z.B. im Rahmen von Zweckverbänden oder Gemeinschaftsunternehmen zusammengefaßt und bei der Investitions- und Einsatzplanung gemeinsam optimiert sowie als Verbundsysteme betrieben werden.

Gemäß den Zielen

- vorrangige Reduzierung der Kraftwerkskapazität durch Strom einsparungsprogramme
- weitgehende Anpassung der Kraftwerksstandorte an den örtlichen Strom- und Wärmebedarf und Umorientierung soweit wie möglich auf Kraftwerke auf Basis von Wärme-Kraft-Koppelung sowie erneuerbare Energiequellen (Wasser, Wind)

muß vor allem das Monopol volkswirtschaftlich schädlicher reiner Kondensationsstromerzeugung in Händen weniger Großkonzerne auf-



Zur billigen Versorgung stromintensiver Industrien (rechts: Stahlherstellung) ist ein großer Teil der Energieerzeugung in NRW konzentriert, eine Folge davon ist die hohe Luftverschmutzung (links: Fahrverbot wegen Smog-Alarm).

schenden Prinzip privater Kapitalverwertung (auch der formell "öffentlichen" Energieversorgungsunternehmen). Die Kommune als der adäquate "gesellschaftliche Ort" rationeller Energienutzung ("Dezentralisierung") wird insbesondere daraus abgeleitet, daß die Nutzung der Abwärme von Kraftwerken (in Nah- und Fernwärmesystemen), das Biomassepotential (z.B. Biogas, Holz- und Strohfeuerung in ländlichen Regionen) und der verstärkte Einsatz regenerativer Energiequellen (Wind, Wasser) sowie die Mobilisierung des Einsparpotentials

(insbesondere durch Wärmedämmung von Gebäuden) nur "vor Ort" möglich seien und eine öffentliche nicht primär an Gewinnerzielung orientierte politische Instanz, die Kommune, vorzusetzen.

2. Der Nachweis wird geliefert, daß durch "den Markt" kein System rationeller Energienutzung erreichbar ist, sondern nur durch Energienutzungsplanung und kleinräumige Abstimmung und Koordinierung.

3. Die Rekommunalisierungsstrategie ist insoweit "reformistisch", wie sie ansatz- und schrittweise unter

entsprechenden politischen Rahmen- und Kräfteverhältnissen in einer ansonsten profitgesteuerten Ökonomie realisierbar ist. "Revolutionär" daran ist gleichwohl, daß die geforderte vollständige "Entflechtung" der Energiekonzerne erstens nur unter einer Arbeiter- oder Volksfrontregierung durchsetzbar ist und zweitens dann Konsequenzen für die gesamte "Neuordnung" der Produktionsverhältnisse hätte.

Unter praktischen und politischen Gesichtspunkten ist an diesem Konzept interessant:

gelöst werden: d.h. der Kraftwerksbesitz der überregionalen Verbund-EVU (RWE, VEW, VEBA, Bayernwerk, Badenwerk und EVS) ist aus diesen Konzernen zu entflechten und eigentumsmäßig sowie in der technischen Konzeption grundsätzlich neu zu ordnen.

f. Der (Energie-)Planungsrat

Die existierenden Kraftwerksstandorte und die Versorgungsstruktur sind im wesentlichen Ergebnis der privatwirtschaftlichen Sektorplanung jedes der neun Verbund-EVU und deren Absprachen in der Deutschen Verbundgesellschaft (DVG).

Durch die Auflösung der DVG wird der Weg für die vorrangige Berücksichtigung gesellschaftlicher Belange in der Kraftwerksplanung frei.

Auch in einer konsequent kommunalisierten und dezentralisierten Energiewirtschaft – vor allem während des Übergangsprozesses – besteht ein überregionaler Planungs- und Koordinierungsbedarf. Diese Aufgabe soll ein (Energie-)Planungsrat übernehmen, der drittelparitätisch mit Vertretern der Gewerkschaften, der Umwelt- und Verbraucherschutzverbände und der Betreibergesellschaften durch direkte Wahl besetzt wird – der also ähnlich

wie die von den Gewerkschaften geforderten Wirtschafts- und Sozialräte konzipiert ist. Der Planungsrat erstellt auf der Grundlage des Rekommunalisierungsgesetzes im Einvernehmen und in Kooperation mit den Betreibergesellschaften (zunächst) einen Umstrukturierungsplan, welche Kraftwerke zu welchem Zeitpunkt grundsätzlich stillgelegt werden sollen und wie der Kraftwerkspark vorwiegend auf Kraft-Wärme-Kopplung sowie auf die Basis regenerativer Energiequellen umgestellt werden kann.

Nach Abschluß des Übergangsprozesses verbleibt als ständige Aufgabe des Planungsrates (u.U. auch mehrerer Planungsräte auf regionaler, Landes- bzw. bundesweiter Ebene), die Investitionsentscheidungen für Kraftwerke und Netze durch eine Rahmenplanung zu koordinieren. Der Grad der Verbindlichkeit dieser Rahmenplanung muß sich aus der Verbindung zentraler Investitions- und Entscheidungsautonomie mit gesamtgesellschaftlichen Zielen ergeben.

g. Die Aufsicht

Neben der "bürgerschaftlichen Kontrolle" durch die Gemeinderäte wird eine übergeordnete demokratisierte Aufsicht institutionalisiert: Dies kann

erreicht werden durch die Einrichtung von Kommissionen der Energieaufsicht, die mit einem staatlich finanzierten Budget, mit weitgehender Unabhängigkeit von Staatsapparat und Betreibern, einem umfassenden gesetzlichen Auftrag und dem Recht zur öffentlichen Erörterung konstituiert werden.

II. Flankierende Gesetzesnovellen

Teilweise in Ergänzung, teilweise in Vorbereitung auf diese Neuordnung sind fünf Gesetzesnovellen notwendig, die die Rahmenbedingungen für eine Rekommunalisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft verbessern sollen. Hierbei handelt es sich um:

a. Gemeindefinanz- und Verkehrsfinanzierungsgesetz

Bei diesen beiden, auch aus anderen als energiepolitischen Gründen anstehenden Gesetzesnovellen muß der Wegfall der Konzessionsabgaben und die Entflechtung der ÖPNV-Finanzierung (ÖPNV = öffentlicher Personennahverkehr, d.Red.) von den Energiegewinnen sowie ein entsprechender Finanzausgleich für die Kommunen geregelt werden ...

1. Es wird dargestellt, wie soziale Interessen die Struktur der Energieversorgung prägen. Für den überwiegenden Haushaltsbedarf nach billigen Wärme-Dienstleistungen sind z.B. die Nah- und Fernwärmesysteme und ein Wärmedämmkonzept im Mietwohnungsbau von entscheidender Bedeutung. Diesem Interesse steht das derzeitige Großverbundsystem von Kraftwerken reiner Stromerzeugung diametral entgegen. Seine Struktur und sein Charakter als direkter "öffentlicher" Vorleistungsbereich für die Industrie basiert auf der Allianz von stromerzeugendem Kapital und dem Interesse der stromintensiven Industrie, die Subventionierung ihrer Grundlast-Kraftwerke (Atomkraftwerke mit 1200 Megawatt, Kohlekraftwerke mit mindestens 600 Megawatt) auch mittels überhöhter Haushaltstarife abzusichern.

Hieraus ergibt sich für die unterschiedlichen Gemeindetypen – die ca. 8000 "B"-Gemeinden mit Fremdversorgung und die rd. 650 "A"-Gemeinden mit teilweise noch erhaltener Eigenversorgung – die Aufgabe arbeitnehmerorientierte Energiekonzepte aufzustellen und gegen die Industrieinteressen durchzusetzen.

2. Die auch unter den GRÜNEN noch weit verbreitete Ideologie von der "Volksgemeinschaft von Energiesparern" wird kritisiert, indem z.B. aufgezeigt wird, daß die große Masse der Lohnabhängigen in Mietwohnun-

gen weder die Möglichkeit noch die finanzielle Fähigkeit zum "Energiesparen" durch Einsatz rationellerer Nutzungstechnologie (z.B. Wärmedämmung, moderne Heiz- und Warmwasseranlagen) hat, über den in der Regel der Hauseigentümer entscheidet. "Energiesparen" über höhere Energiesteuern und -preise bedeutet daher



"Energiesparen"? Statt Wäschetrockner, Schwerarbeit am Wochenende!

letztlich Zwangssparen und zunehmend in Sozialhilfehaushalten frieren.

3. Für die Gewerkschaftsbewegung bedeutsam ist der Nachweis, daß die Reproduktionssicherung für die große Mehrheit der Lohnabhängigen sowohl

durch Entlastung von Energiekosten als auch durch Vermeidung von Gesundheits- und Umweltschäden durch rationellere Energienutzung Vorrang haben muß: Statt einer bornierten "Sicherung von Arbeitsplätzen" um jeden Preis (auch in den größten Dreckschleudern wie den Kraftwerken Buschhaus oder Ibbenbüren) und statt der Verteidigung des derzeitigen an Industrieinteressen ausgerichteten Energie- und Tarifsystems (zwecks angeblich notwendiger "Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie"). Bemerkenswert daher, daß in der IG Metall-Zeitung "Der Gewerkschafter" in der Nummer 10/1985 die Rekommunalisierungsstrategie unter der Überschrift "Eine machbare Utopie" vorgestellt wurde.

Quellenhinweis: Antrag der Fraktion der GRÜNEN, Neuordnung der Energiewirtschaft und Novellierung des Energierechts, zu beziehen über Büro Dr. W. Daniels (MdB), Bundeshaus, 5300 Bonn; P. Hennicke, S. Kohler, J. Johnson, D. Seifried, Die Energiewende ist möglich. Für eine neue Energiepolitik der Kommunen. Strategien der Rekommunalisierung, Frankfurt 1985 (Fischer-Verlag, 36 DM); diess., Kommunale Energiedienstleistungen. Wie können die Kommunen zum Träger einer nutzungsorientierten Energiepolitik werden? Hrsg. vom Bund Naturschutz Bayern, Wiesenfelder Reihe 4, München 1985 – (wim)

b. Gesetzliche Einspeiseregulierung zur Förderung kommunaler und privater/genossenschaftlicher Heizkraftwerke und von Systemen auf Basis von erneuerbaren Energiequellen (nach dem Vorbild der amerikanischen PURPA-210-Regelung)

(...)

c. Novellierung des Kartellrechts zur Verbesserung der Bedingungen für kommunale und private/genossenschaftliche Eigenversorgung

Die §§ 103 bzw. 103 a des GWB müssen so novelliert werden, daß im Übergangsprozeß zu einer rekommunalisierten Energiewirtschaft mit kartellrechtlichen Mitteln die Aufnahme kommunaler Eigenversorgung und auch die Versorgung Dritter innerhalb des durch den Umstrukturierungsplan gesetzten Zeitraums gefördert werden kann. Zumindest muß sichergestellt werden, daß während der Laufzeit kartellrechtlich relevanter Verträge der Prozeß der Rekommunalisierung im festgelegten Zeitrahmen nicht behindert wird.

III. Begründung

a. Allgemeine

Zahlreiche Studien (Krause u.a. 1980, Enquete-Kommission 1981, Norgard

1984, Österreichische Gesellschaft für Ökologie 1984, BMFT/BMBau Arbeitsprogramm "Örtliche und Regionale Energiekonzepte", 1982–85) belegen heute zweifelsfrei: Der Primärenergieverbrauch könnte auch in der Bundesrepublik – trotz unterstellten Wirtschaftswachstums und ohne Wohlstandseinbuße – innerhalb von 50 Jahren auf rd. 50% des Verbrauchs des Jahres 1980 abgesenkt werden. Die Technik hierfür ist vorhanden, auch die wirtschaftliche Realisierung dieses Einsparpotentials ist theoretisch nachgewiesen worden. Aber heute ist bereits klar: Im "automatischen Selbststeuerungsprozeß" des derzeitigen "marktwirtschaftlichen" Energiesystems ist dieses Ziel nicht erreichbar. Auch ein Kurieren an den Symptomen reicht nicht mehr aus. Eine grundlegende Reform der Ordnung und Struktur der Energiewirtschaft ist überfällig. Die strukturellen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft haben sich, vor allem nach 1945 und beschleunigt durch die beiden Energiepreiskrisen der 70er Jahre, derart grundsätzlich verändert (z.B. absehbare Erschöpfung der Ressourcen, hohe Energiepreise, Umweltbelastung, wachsende Vergesellschaftung auch der Wärmeversorgung durch leitungsgebundene Systeme), daß Refor-

men sowohl der Rechts- und Organisationsformen als auch der Eigentumsverhältnisse der Energiewirtschaft heute notwendig sind. Dies betrifft vor allem die Elektrizitätswirtschaft, deren Kraftwerks- und Netzsysteme strukturprägend sind für die gesamte Energiewirtschaft.

Entscheidend für eine sozial und ökologisch orientierte Reform des Energiesystems ist: Das Geschäft mit der Ware Energie, ob aus privatprofitorientierten oder aus öffentlich-fiskalischen Gründen, muß durch eine Neuorientierung der Energiewirtschaft auf rationelle Energienutzung und durch einen Wandel von gewinnorientierten Energie-"Versorgungsunternehmen" (EVU) zum bedarfsorientierten Energie-"Dienstleistungsunternehmen" (EDU) abgelöst werden. Dieser Wandel ist auf privatwirtschaftlicher Basis unmöglich. Er verlangt grundsätzlich öffentliche Unternehmen und eine Energienutzungsplanung durch politische Institutionen, die dem Energiesparen Vorrang einräumen können. Die Energiepolitik kann und muß heute – auf neuer technischer Basis – wieder dorthin zurückgeholt werden, wo sie einst ihren Ursprung hatte: in die Kommunen...



Neue Polizeigesetze

CDU, CSU und FDP haben sich geeinigt: Der schon lange hinter verschlossenen Türen erörterte Gesetzentwurf zur Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten, das MAD-Gesetz und das Amtshilfe-Gesetz dürfen in den Bundestag. Die Wege für den neuen Personalausweis und Paß sind frei, der Musterentwurf für die

neuen Polizeigesetze der Länder findet die Zustimmung der ganzen Regierungskoalition. Was da in Planung ist, bedeutet die Ermächtigung von Polizei und Geheimdiensten, datenschützend alles zu erforschen, zu fahnden, unter einander auszutauschen, zu speichern und bei Gelegenheit zu verwenden, was die innere Sicherheit der Reaktion stören könnte – die Entfesselung der Exekutive.

Für die Lostrennung Kurdistans?

Für die westdeutsche Bourgeoisie führt die Türkei in "Ostanatolien" einen Krieg gegen Terroristen auf eigenem Staatsgebiet. Die türkische Bourgeoisie bekämpft die Kurden, die für ein unabhängiges Kurdistan eintreten, als Separatisten und bringt sie in den Gefängnissen um. Für sie gibt es keine Kurden, nur "Bergtürken". Unter den türkischen und kurdischen revolutionären Organisationen gibt es verschiedene Auffassungen darüber, ob die Lostrennung Kurdistans unterstützt werden soll. Wie sehen diese Auffassungen aus, worauf begründen sie sich? Der für diese Ausgabe angekündigte Artikel erscheint nun im nächsten Heft.



Eigentumsförderung

Am 2. März werden in Schleswig-Holstein neue Kommunalparlamente gewählt. Im Hamburger Randgebiet leben im Durchschnitt mehr Erwerbspersonen als in den anderen Kreisen des Landes Schleswig-Holstein. Trotzdem gelingt es der CDU dort im wesentlichen, die Kommunalparlamente zu besetzen. Dies geschieht

über eine Politik, die der Eigentumsbildung von besserverdienenden Pendlern aus Hamburg nahesteht. Die Maßnahmen der CDU in den Kommunalparlamenten werden dann durch Tätigkeit der Landesregierung und durch Bundesgesetze gefördert. Im Gegensatz dazu wird für einfache Leute keine derartige Standortpolitik betrieben, die ihre Lebensbedingungen fördert.

Die Konjunktur zieht an – wen reißt sie mit?

Stand des Arbeitslohnes und Ausmaß der Beschäftigung bieten den lohnabhängigen Massen den entscheidenden Anhaltspunkt zur Beurteilung ihrer wirtschaftlichen Lage. Die gegenwärtig steigenden Arbeitslöhne und die zunehmende Beschäftigung erzeugen millionenfach die Illusion einer Besserung der Lage und Vertrauen in die Bourgeoisie. Warum steigen die Löhne? Die Antwort der Kapitalisten lautet: weil die Konjunktur läuft, und die läuft, weil sich die deutsche Industrie in der internationalen Konkurrenz behaupten kann. – Begründet der Wunsch nach Konjunktur tatsächlich Interessenübereinstimmung von Kapital und Arbeit?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 11

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler.
Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.